

## FRAUEN IN CHILE



### FOTOAUSSTELLUNG

Gruppe deutsch-chilenischer Frauen in Westberlin

Bestellung und Verleih: Gunhild Rauch  
Hohenzollerndamm 90  
1000 Berlin 33  
Tel. 030/82 58 353

Wir sind eine Gruppe chilenischer und deutscher Frauen und haben für die Lateinamerikatage 82 in Berlin eine Fotoausstellung über Frauen in Chile gemacht. Sie umfaßt ca. 50 s/w Fotos und mehrere Schrifttafeln und ist thematisch geordnet. Die Fotos sind aktuell, die meisten stammen vom Dezember 1981. Wir haben die Ausstellung als Wanderausstellung geplant und würden uns freuen, wenn sie noch oft an anderen Orten gezeigt würde. Mit der Ausstellung unterstützen wir eine Frauengruppe in Chile. Zur Ausstellung gibt es einen Katalog. Daneben haben wir auch eine Postkartenserie über Kinder in Elendsvierteln gemacht. Alles zu bestellen und auszuleihen bei obenstehender Adresse.

# LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 107

10. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Oktober 1982

Solidaritätspreis DM 3,-



Aus dem Inhalt dieser Nummer:

**MITTELAMERIKA:** »Modell Guatemala« auch für Nicaragua? — **NICARAGUA:** Der Klassenkampf beginnt — Erwachsenenbildung (in Nicaragua) — **ARGENTINIEN:** Heißer Winter — **BOLIVIEN:** ...PUTSCH...DEMOKRATISIERUNG...PUTSCH...DEMOKRATISIERUNG — **URUGUAY:** Haftbedingungen in den Militärfängnissen

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>Zu diesem Heft</b> .....	3
— ISRAEL/LIBANON: Ein moralischer Kommentar .....	5
— MITTELAMERIKA: »Modell Guatemala« auch für Nicaragua? ....	7
— NICARAGUA: Der Klassenkampf beginnt .....	13
Erwachsenenbildung (in Nicaragua) .....	20
— ARGENTINIEN: Heißer Winter .....	29
— BOLIVIEN: ...PUTSCH...DEMOKRATISIERUNG .....	34
— URUGUAY: Haftbedingungen in den Militärgefängnissen .....	38
— BRASILIEN: Völkermord mit der Bibel .....	41
— PERU: Sendero Luminoso .....	48
— REZENSIONEN: .....	55
— CHILE: Spendenaufruf .....	58
— ZEITSCHRIFTENSCHAU: .....	59
— TERMINE: .....	61

### Impressum

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
Jahrgang 10 der  
CHILE-NACHRICHTEN  
erscheint monatlich  
(mindestens 11 mal im Jahr)

### Redaktion:

Redaktionskollektiv  
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer  
Redaktionsschluß dieser Nummer: 2.9.1982

Abo-Preis: DM 35,—/Übersee DM 60,—

Zahlung nach Erhalt der Rechnung  
Spendenkonto des Chile-Komitees—»Hilfe für Chile«  
PSA Berlin West, Eilfriede Kohut, Nr. 380087-108  
Bankleitzahl 100 100 10

### Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
c/o FDCL  
Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2  
1000 Berlin 61  
Tel.: 030/693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den  
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
ist mit Quellenhinweis gestattet. Be-  
legexemplare erbeten.

## Zu diesem Heft

Der Monatsanfang bescherte uns die Machtübernahme der CDU, einer Regierung, deren Spitzen eine "Demokratie" wie in Chile für mustergültig hält und die aus ihrer Begeisterung für die "demokratischen" Verhältnisse in Ländern mit Militärregimes kein Hehl machen.. Was die SPD in ihrer 13-jährigen Regierungszeit an Repression gesät hat, wird die CDU nun in verschärfter Gangart ernten.

Für uns als Solidaritätsbewegung bedeutet der Regierungswechsel sicherlich, daß wir uns "wärmer anziehen" müssen und daß die Militärs der Länder Lateinamerikas sicher noch besseren Zeiten der Zusammenarbeit entgegen gehen werden. Für Nicaragua, in dem die "Sozialistische Internationale" mit ihrer Politik der Befriedung versuchte Einfluß zu gewinnen, bedeutet der Machtwechsel sicherlich eine sehr düstere Zukunft.

Was hat der Krieg im Libanon mit Lateinamerika zu tun? Sehr viel. Wir fragten uns, warum hierzulande die Empörung über den Völkermord am palästinensischen Volk auf Sparflamme gehalten wird. Liegt es am Gewöhnungseffekt mit den blutigen Machtübernahmen von Militärs, die im Laufe der letzten Jahre in zahlreichen Ländern stattgefunden haben oder vielmehr an der noch unbewältigten Vergangenheit vieler Linker gegenüber Israel, das im Namen von "Grenzsicherung und Bekämpfung des Terrorismus" auch vor Völkermord nicht zurückschreckte, die mageren Teilnehmerzahlen an den Libanon-Demonstrationen sprechen für sich. In diesem Heft versucht eine Autorin ihre Gefühle und Reaktionen auf den Krieg im Libanon zu beschreiben.

Zu Mittelamerika diesmal zwei Artikel. Im ersten wird aufgezeigt, wie die USA 1954 gegen die demokratische Regierung Arbenz in Guatemala eine Konterrevolution inszenierten. Anhand dieses Artikels drängen sich Parallelen einer möglichen Intervention Nicaraguas nach dem gleichen Muster auf.

Im zweiten Artikel versucht eine Autorin sehr plastisch ihre Eindrücke über ihre Teilnahme an einer Kampagne für Erwachsenenbildung in Nicaragua zu schildern. Erwachsenenbildung bedeutet - so die Autorin- nicht nur Alphabetisierung, sondern umfaßt im weitesten Sinn Bereiche der politischen Bildung und soll der Förderung des politischen Bewußtseins dienen.

Unter dem Aspekt Militärs diesmal 2 Artikel: Der erste über Argentinien, der zweite über Bolivien. Im ersten wird der politische und ökonomische Bankrott der argentinischen Militärs aufgezeigt. Er weist auf die innere Zerstrittenheit der Streitkräfte bezüglich des weiteren politischen Kurses hin.

In Bolivien haben die Militärs Mitte September ihre Rücktrittserklärung bekanntgegeben, mit der angeblich das „Parteien- und Gewerkschaftsverbot außer Kraft gesetzt werden soll. Zuckerbrot und Peitsche? Boliviens Geschichte ist voll damit. Dieser Artikel schildert die Chronologie der letzten Tage vor dem Rücktritt der Militärs.

In Brasilien versucht der italienische Orden der Salesianer in Zusammenarbeit mit den Militärs die indianische Bevölkerung am Amazonas zu "missionieren", indem sie deren politische und kulturelle Identität zerstören.

Längere Zeit haben wir nicht mehr ausführlich über Peru berichtet. Dies liegt nicht etwa daran, daß da keine Veränderungen stattfinden, oder an unserem mangelnden Interesse, sondern eher an fehlenden Materialien für eine umfassendere Einschätzung. Um die Diskussion wieder zu eröffnen, wollen wir in dieser Ausgabe über den "Sendero Luminoso" berichten.

Eine freudige Nachricht für Interessierte und (nicht nur) Frauenbewegte: Drei Neuerscheinungen zum Thema Frauen in Lateinamerika. In unserem Rezensionsteil beschäftigen wir uns in dieser Ausgabe mit den Büchern "Was wird aus uns, wenn eine sich wehrt" von Angelika Löw und "Frauenwiderstand in Lateinamerika" von Sieglinde Braeucker. In der nächsten Ausgabe werden wir uns mit der letzten Neuerscheinung "Wir sind die Ameisen der Bewegung" von Rose Gauger und Ulrike Helwerth beschäftigen.

Angelika Löw dokumentiert in ihrem Buch Lebensberichte von Frauen in Kolumbien unterschiedlicher Klassenzugehörigkeit. Die Aussagen der Frauen zeigen ihren Alltag und die physischen und psychischen Strapazen, die dieser Überlebenskampf fordert. Das Buch zeigt, wie aus diesen "Alltäglichkeiten" die Hoffnungen und Sehnsüchte für eine politische Veränderung erwachsen.

Sieglinde Braeucker versucht in ihrem Buch Hintergrundinformationen, die durch Interviews zu verschiedenen Aspekten verdeutlicht werden, über Kampf-Widerstands- und Organisationsformen von Frauen aus Chile, Bolivien und Brasilien Auskunft zu geben. Als zweiter Schwerpunkt werden anhand von Cuba die Bedingungen für Frauenbefreiung unter veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen untersucht, sowie das Frauenbild in linken Organisationen.

# ISRAEL/LIBANON

## Ein moralischer Kommentar

*Bilder: Warschau 1943 — Beirut heute*

Es ist Sommer, als die Regierung den Oberfall auf das Nachbarland befiehlt. Natürlich nur zur "Selbstverteidigung", heißt es in den Medien. Die Panzerkolonnen rollen über die Grenze und schießen in Dörfer und Städte. Flugzeuge bomben Straßen und Brücken, aber auch Schulen und Krankenhäuser. Die Hauptstadt wird erobert.

Nur im Ghetto hält sich der Widerstand. Unter dem Druck von Bombardierungen, wegen Hunger und Seuchen in dem abgeriegelten Stadtteil geben die Kämpfer schließlich die Waffen ab. Die Wehrmacht nimmt vor dem Lager Aufstellung. Die Soldaten lassen die Faschisten, die in dem Troß mitgekommen sind, in das Lager eindringen. Die machen alles nieder. Morden Wehrlose, Frauen, Kinder, Greise. Mit Bulldozern schieben sie die Menschenleiber zusammen.

Bilder aus Warschau einst und Beirut heute geraten mir durcheinander.

Die deutsche Wehrmacht damals, die israelische Armee heute.

Die faschistischen SS-Kommandos in Warschau, die faschistischen Haddad-Kommandos in Beirut.

Und Begin, Scharon und diese Regierung haben den Massenmord an den Palästinensern zu verantworten wie einst Hitler, Göring und die Reichsregierung die Massenerschießungen im Warschauer Ghetto.

Begin und Scharon haben die Entwaffnung der Palästinenser und den Einmarsch in Westbeirut damit begründet, sie wollten im Libanon Ordnung schaffen. Und diese Ordnung im Libanon beginnt mit dem Völkermord an den Palästinensern.

*Die Juden meiner Kindheit — die Juden in mir*

Kindheit in Bolivien. Nachkriegs-kindheit in einem Land, in das Tausende von ihnen geflohen waren - noch rechtzeitig entkommen konnten oder überlebt hatten...

Die ersten bewußten politischen Wahrnehmungen meiner Kindheit: Eingebrannte Nummern auf Armen von Menschen. Verachtung der in diesem fernen Land "alt-eingesessenen Deutschen" für "dieses Judenpack".

Ihre Geschichten. Das Entsetzen in ihren Gesichtern bei der Erinnerung. Endlose Berichte. Ich lernte Worte: KZ, Dachau, Bergen-Belsen, Rampe, Erschießungskommandos, SS, Gestapo. So viele Lebensgeschichten. Bilder, die mich verfolgten in den Nächten. Ich lernte Scham, schämte mich, Deutsche zu sein. Begann, dieses ferne Deutschland zu hassen und zu verachten. Deutschsein war für mich gleichbedeutend mit grausam, rücksichtslos, maßlos, herrisch, selbstbesessen. Judesein war gleichbedeutend mit verfolgt, erniedrigt, unterdrückt, empfindsam, tolerant, hilfsbereit.

Und ich, das Kind, stellte mich auf die Seite der Schwachen, identifizierte mich so sehr mit ihnen, daß diese Identität niemals mehr verloren ging, auch wenn die Namen der Gruppen und Völker andere wurden.

Als ich heranwuchs und zurückkehrte nach Deutschland, fragte ich viel bei den Erwachsenen, verschlang Bücher über die Geschichte der Juden und die

Geschichte der Deutschen. Ich kam zu dem Urteil, daß man vor den Deutschen Angst haben müsse, und daß es die Juden seien, auf die man sein Vertrauen setzen müsse für eine menschlichere Zukunft. Sie - dieses gepeinigte Volk - sie zumindestens würden niemals Verursacher von Qual und Elend sein. Alle moralische Hoffnung setzte ich auf sie. Da wußte ich noch nichts von der wirklichen Geschichte Palästinas. Da war ich 15, 16, die 50er Jahre gingen gerade zu Ende.

Und auch als ich - Jahre später - die wirkliche Geschichte Palästinas kennenlernte, wußte, daß die einst Vertriebenen selber zu Vertreibern geworden waren, da nahm ich zwar Partei für die nun Vertriebenen, aber die Hoffnung in die Juden bl' 5. Das Bewußtsein spaltete sich. Der Staat Israel - das waren nicht die Juden. - Aber es wurde immer schwerer, Erklärungen zu finden, Realität und Erwartung zusammenzubringen.

Und nun Libanon. Jenseits aller politischen Analyse das Nichtbegreifenkönnens: Wie ist es möglich, daß Menschen, die am eigenen Leib Warschau oder gar Auschwitz erlebt hatten - und überlebten, die Eltern, Geschwister, Freunde dort verloren hatten, solch einen Krieg führen? Muß ich die Lehre so verstehen: Selbst aus ihrer eigenen erlittenen Geschichte lernen die Menschen nichts?

Und dabei übersehe ich nicht die 300.000 Juden, die nach dem Massaker in den Ghettos protestierten gegen ihre eigene Regierung. Aber: Es sind schließlich auch Juden, die diese Regierung gewählt haben, die die Kommandos geben, die die Gewehre abfeuerten und die als Helfershelfer von Faschisten das Massenmorden in Sabra und Shatila ermöglichten.

Ein Mitglied der Redaktion

## MITTELAMERIKA

### »Modell Guatemala«: Auch für Nicaragua?

"Es ist Zeit, daß die USA energisch reagieren und die Demokratie verteidigen. Offensichtlich will der Kommunismus den amerikanischen Kontinent beherrschen." (1)

"Wir befanden uns zu diesem Zeitpunkt in einer hoffnungslosen Situation oder dachten jedenfalls, daß es so sei. Wir mußten uns einer kommunistischen Regierung entledigen, die die Macht ergriffen hatte ... Deshalb mußten wir sofort Hilfe schicken." (2)

Zwei Schlaglichter, zwei verschiedene Zeiten. Doch in derselben Region. Das erste der Verteidigungsminister José Serra Hernandez aus Honduras in einem Interview vom August 1982. Im Fadenkreuz steht Nicaragua. Das zweite vom ehemaligen US-Präsidenten Dwight Eisenhower, als er über Guatemala des Jahres 1954 in seinen Erinnerungen plaudert. In diesem Jahr war Guatemala zum ersten Modellfall Lateinamerikas geworden: Intervention ohne direkte Entsendung von US-Truppen. Hier, 1954 in Guatemala, gewannen die USA ihren ersten "schmutzigen Krieg", wie die Lateinamerikaner sagen. Und das nächste Opfer soll Nicaragua sein nach dem Willen der Reagan, Weinberger und Co.

Sicher, im Konkreten sind die Interventionsstrategien verschieden. Doch das Strickmuster bleibt unverändert. Damals wie heute ist der lokale Ausgangspunkt für eine Intervention Honduras. Gänzlich abhängig, wird es vollgepumpt mit Militärhilfe. 21 Millionen Dollar werden dieses Jahr allein in den Aufbau von zwei Flughäfen gesteckt. Im Notfall, so heißt es, dürften dort auch Bomber der Air Force landen. Kombinierte Manöver der "army men" aus dem Norden und aus Honduras proben diesen Notfall. Am 11. August 1982 hat der Senat Präsident Reagan grünes Licht gegeben, die Interessen der USA in Mittelamerika notfalls auch durch Entsendung von Truppen wahrzunehmen. Die hondurensischen Streitkräfte sind an der Grenze zu Nicaragua zusammengezogen, in Alarmbereitschaft. Sie warten darauf, daß bei der Verfolgung von Ex-Somozisten und ausländischen Söldnern sandinistische Soldaten die Grenze überqueren. Dies wäre ein willkommener Anlaß, das - ein wenig abgeändert - zu wiederholen, was die 10 Jahre demokratischer Hoffnungen Guatemalas und ganz Lateinamerikas zerstörte. Die CIA-Intervention 1954 in Guatemala gibt uns noch heute - 28 Jahre danach - Aufschluß über die möglichen oder höchstwahrscheinlichen Pläne der "schmutzigen Herren" aus Washington.

Angefangen hatte es am 20. Oktober 1944 mit einem Aufstand oppositioneller Soldaten, Offiziere, Studenten, Indígenas, Ladinos. Nach 14 Jahren beseitigten sie die Diktatur von Jorge Ubico.

Im folgenden Dezember wurden zum ersten Mal freie Wahlen abgehalten; der Zivillist Juan José Arévalo bekam fünfmal mehr Stimmen als seine beiden Rivalen zusammen. Arévalo gab Guatemala eine neue,

demokratische Verfassung: 8-Stundentag, gleiches Recht auch für Frauen, Schulpflicht, Autonomie der Universität. Er beseitigte das

Zwangsarbeitsystem Ubico: eine Gewerkschaft und ein Landarbeiterbund wurden gegründet, Ansätze zu einer Sozialversicherung wurden geschaffen. Er verstaatlichte die "Banco de Guatemala" als Währungsbank und erreichte einige Fortschritte für die arbeitende Bevölkerung Guatemalas. Zum ersten Mal in der Geschichte Guatemalas existierte weitgehende Freiheit des Denkens und der Kultur. In der Regierung, im Kongreß und in anderen staatlichen Institutionen saßen fortschrittliche Intellektuelle, die diese Entwicklung förderten.

Die Vereinigten Staaten drückten gegenüber dieser Regierung ihre Zustimmung aus. Doch 1947 verkündete der neue Präsident Truman seine "Truman-Doktrin", die sich gegen den Kommunismus wandte und militärische sowie wirtschaftliche Hilfe allen Staaten zusicherte, die bereit waren zu kooperieren. Guatemala war dazu nicht bereit. Es wollte keinen Vertrag zustimmen, der sich angeblich gegen den Kommunismus, in Wirklichkeit jedoch gegen das eigene Land richtete. Und so stimmte Guatemala als einziger Staat gegen den Vertrag. Die USA zogen ihre Konsequenzen. Sie hatten das Waffenlieferungsmonopol für Lateinamerika, und ab 1949 lieferten sie keine Waffen mehr an Guatemala.

In seinen sechs Jahren Amtszeit hatte Juan José Arévalo nicht weniger als 32 Staatsstreichen bzw. Anschlägen auf sein Leben zu widerstehen. Am 15. März 1951 übergab er sein Amt dem neugewählten Präsidenten Jacobo Arbenz Guzmán. Für Lateinamerika war dies in dieser Zeit ein ungewöhnlicher Vorgang, das sich die Staatsmänner nur allzu gern als Dauermieter in den Regierungspalästen einmieteten.

Noch hatte sich an den Strukturproblemen des Landes wenig geändert, noch war die wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA genauso groß wie unter Ubico. 1952 betrug das Pro-Kopf-Einkommen 181 Dollar jährlich, und 83% aller Exporte gingen in die USA.

Arbenz zwang die US-amerikanischen Verkehrs- und Elektrizitätsgesellschaften zur Senkung ihrer Tarife. Gleichzeitig wurde ein staatseigenes Elektrizitätswerk geplant. Bislang war die einzige Verkehrsverbindung vom Landesinneren zum Atlantikhafen Puerto Barrios eine Eisenbahnlinie; Eisenbahn und Hafen gehörten der UNITED FRUIT COMPANY (UFC). Man begann mit dem Bau einer Straße und bedrohte damit das Verkehrsmonopol des Konzerns. Durch das Agrarreformgesetz von 1952 verstaatlichte er die unbebauten Teile des Großgrundbesitzes, die über 86 Hektar betrug. Der enteignete Boden wurde an landlose Bauern, meist Indianer, verpachtet. Bis Oktober 1953 bekamen etwa 60 000 Campesinos Land zugewiesen. Arbeiter in den Fabriken erhielten höhere Löhne, und die der UFC erkämpften sich den - für iberoamerikanische Verhältnisse - sagenhaften Lohn von zwei Dollar pro Tag.

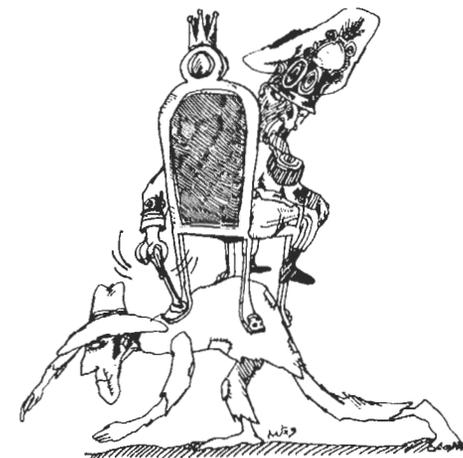
Die große Pleite dieser Regierung blieb aus, die die Skeptiker befürchtet hatten. Es gab keine Devisenbewirtschaftung, der Import wurde nicht reglementiert, die Preise blieben stabil, und obendrein hatte Guatemala eine aktive Handelsbilanz.

1953 tastete die Regierung Arbenz die heilige Kuh an - die "Banamera", die UNITED FRUIT COMPANY. 93 600 ha des riesigen Plantagengebietes wurden verstaatlicht. Die Company verlangte 16 Mio US-\$ Entschädigung und bekam 600 000 \$, denn das enteignete Gebiet war von der Gesellschaft steuerlich mit diesem Betrag veranschlagt worden.

Damit waren nun endgültig die Würfel gefallen. Die USA konnten unmittelbar vor ihrer Haustür keine national-selbstständige Regierung tolerieren, deren Politik sich gegen die Einmischung der Vereinigten Staaten richten mußte. Um sie aus dem Weg zu räumen, gab es mehrere mögliche Alternativen. Adolf A. Berle, eine zwielichtige Figur auf der politischen Bühne Washingtons, u.a. Botschafter, persönlicher

Präsidentenberater. Führendes Mitglied des Nationalen Komitees des Kalten Krieges für ein freies Europa, schrieb in einem Memorandum (datiert vom 31. März 1953) seine Meinung zum "Problem Guatemala":

"Wir haben mehrere Möglichkeiten: 1) die direkte Intervention wie im Jahre 1915 (in Nicaragua, d. Verf.). Diese ist in diesem Fall nur im Extremfall ratsam wegen der großen Schwierigkeiten, die sie auf dem Kontinent verursachen würde. 2) Organisierung einer Gegenbewegung ... mit Stützpunkten in den Nachbarländern ... Die Art der Aktion, wie ich sie vorschlage, ist langsamer, weniger aufsehenerregend, aber viel umfassender, ... Sie besteht aus dem Plan, einer 'politischen Verteidigung' Zentralamerikas, indem man die drei Staaten El Salvador, Costa Rica, Nicaragua als Hauptaktoren benutzt, mit der Hilfe, die man aus Honduras bekommen kann ..." (3)



Und danach wurde gehandelt. Es fehlte nur noch ein "Organ", das die Sache managte: Man gründete die Gruppe 10/2. Ihre Mitglieder waren: Allan Dulles (Chef des CIA), Walter Bedell Smith (Unterstaatssekretär), ein Mitglied des Verteidigungsministeriums, Robert Cutler (spezieller Berater des Präsidenten in Fällen, die die nationale Sicherheit bedrohen), C.D. Jackson (spezieller Berater des Präsidenten im Kalten Krieg, Koordinator der Außenpolitik); er war gleichzeitig der Chef dieser Gruppe.

Die Arbeit der Gruppe 10/2 bestand aus Folgendem:

1) Man brauchte die Mitarbeit der restlichen zentralamerikanischen Staaten; dazu wurde ein Team neuer Botschafter ausgesucht, die bei der Verwirklichung des Plans eine wichtige Rolle spielten. So hatten zwar Nicaragua und Honduras ihre Botschafter aus Guatemala zurückgezogen, der US-Botschafter Peurifoy blieb. Er hatte sich 1950 während des griechischen Bürgerkriegs genügend Erfahrung erworben, wie ein Botschafter "helfen" kann, eine durch den "Kommunismus" gefährdete Nation wieder auf den Weg der "Demokratie" zu bringen. Whiting Willauer, der Botschafter in Honduras während der Invasion in Guatemala, erklärt die Rolle der Botschafter in einem Interview näher:

Frage: Herr Botschafter, gab es also ein Team, das auf den Sturz der Regierung Arbenz hinarbeitete ... ?

Antwort: Ja, ... Jack (Peurifoy, d. Verf.) gehörte zu dem Team ... d.h. er war die Schlüsselfigur, und dann gehörten noch der

Botschafter in Costa Rica, Robert Hill, und auch Botschafter Tom Whelan in Nicaragua zu uns ..., wo sehr viel Aktivität entwickelt wurde ...

Frage: Würden Sie sagen, daß Sie der Mann waren, der in diesem Gebiet dieses Unternehmen leitete?

Antwort: Ganz gewiß. Man hat mich mit sehr wichtigen Aufgaben betraut, vor allem ..., die Regierung von Honduras bei der Stange zu halten, (die panische Angst hatte, selbst gestürzt zu werden, d.Verf.) damit Honduras weiterhin die Basis der revolutionären Aktivität bliebe ... (4)

2) Es galt, einen guatemalteckischen Kopf für die "Befreiungsarmee" zu finden:

Unter drei möglichen Kandidaten entschied sich die Gruppe 10/2 für Castillo Armas, Oberst, ausgebildet in der US-Militärakademie Fort Leavenworth (Kansas). Er befand sich wegen eines gescheiterten Putschversuchs vor den Wahlen im Exil in Mexiko. Ein anderer Kandidat, Miguel Ydigoras Fuentes, erzählt in seinen Memoiren, daß für ihn die Bedingungen des CIA nicht akzeptabel gewesen seien. "... unter anderem sollte ich zusichern, die United Fruit und die Ferrocarriles Internacionales de Centroamerica" (Eisenbahn im Besitz der UFC, d. Verf.) zu begünstigen, den Anspruch gegenüber Großbritannien auf Belize zurückzuziehen, eine Regierung der harten Hand 'à la Ubico' zu installieren ... Oberst Castillo Armas besuchte mich in El Salvador. Er erzählte mir, daß er mit der Hilfe nordamerikanischer Gesellschaften rechnen könne, daß er das Angebot der hondurensischen Regierung habe, ihm politisches Asyl zu gewähren, und die Erlaubnis hätte, die gemeinsame Grenze zu Guatemala für Angriffe zu benutzen. Außerdem hätte die Regierung Nicaraguas Waffen und die Möglichkeit zur Ausbildung von Truppen angeboten ... " (5)

3) Trotzdem mußten die USA auch noch militärische Unterstützung bieten: Man fand einen Waffenhändler in Dallas (Texas), über den alle Waffenlieferungen nach Honduras und Nicaragua abgewickelt wurden. Der größte Teil, einschließlich der B-47 Bombenflugzeuge, hatte der Zustimmung der nordamerikanischen Regierung bedurft. Außerdem mußten Söldner bezahlt werden. Nicht alle waren Guatemalteken, sie kamen auch aus Honduras und Nicaragua und erhielten einen Monatslohn von 300 US-\$.

4) Nicht zu vergessen ist die psychologische Seite eines solchen Krieges: So wurde eine ganze Reihe von Gerüchten in die Welt gesetzt, Flugblätter aus der Luft über Guatemala-Stadt abgeworfen, geheime Radiosender an der Grenze installiert. Alles fein säuberlich ausgearbeitet von gutausgebildeten Kriegspsychologen, wie z.B. dem CIA-Psychologen Knight, der später bei der Invasion in der Schweinebucht in Kuba eine wichtige Rolle spielte.

5) Man mußte die Unterstützung des guatemalteckischen Heeres gewinnen, oder es zumindest neutralisieren: Dies war für die "Befreiungsaktion" unbedingt erforderlich. Das Ziel wurde über die US-Militärmission erreicht. Während die Beziehungen zwischen den guatemalteckischen Regierung und Angehörigen der US-Botschaft als "distanziert und kalt" bezeichnet wurden, hatten hohe Offiziere des guatemalteckischen Heeres und US-Militärs gute Verbindungen in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht.

Und so konnte Botschafter Peurifoy kurz nach seiner Ankunft 1953 in Guatemala dem CIA melden, daß "Arbenz im Falle einer antikommunistischen Rebellion nicht vom Heer unterstützt würde." (6)

6) Es kam darauf an, Guatemala international zu isolieren: Am 11. März 1953 sah sich Guatemala gezwungen, sich aus der ODECA (Organisation der zentralamerikanischen Staaten) zurückzuziehen. Mehrere Mitglieder dieser Organisation gefährdeten - unter dem Vorwand, den Kommunismus zu bekämpfen - die innere Sicherheit Guatemalas, indem in diesen Ländern die Invasion vorbereitet wurde.

Auf kontinentaler Ebene waren die Bemühungen nicht weniger erfolgreich. Im März 1954 traf sich die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) in Caracas. Der US-Außenminister John Foster Dulles versuchte die 21 Staaten zu einer Entschloßung zu veranlassen, der Kommunismus sei eine allgemeine Gefahr, und "... die Beherrschung oder Kontrolle der politischen Einrichtungen irgendeines Staates durch die internationale kommunistische Bewegung würde eine Bedrohung der Souveränität und der politischen Unabhängigkeit der amerikanischen Staaten darstellen ... und würde eine Beratung und angemessene Maßnahme gemäß bestehender Verträge erfordern ..." (7)

18 Staaten stimmten Dulles zu, Mexiko und Argentinien enthielten sich. Guatemala stimmte im Bewußtsein, daß dies an die eigene Adresse gerichtet war, dagegen. Obgleich Uruguay und einige andere Delegationen sich bei den Vertretern Guatemalas entschuldigten, sie hätten auf

Grund des Drucks der USA zugestimmt, stand die Mehrheit der Regierungen hinter der Resolution. Man muß sich vorstellen, daß die Vertreter der blutigsten Diktaturen (Somoza, Rojas Pinilla u.a.) sich als empörte Demokraten gaben, als Verteidiger der Freiheit des Kontinents, indem sie die Regierung eines kleinen Landes richteten, die versuchte, die Lage eines hungernden Volkes zu verbessern.

Auf Grund des großen internationalen Drucks beschlossen die guatemalteckischen Kommunisten (PAR = Partei der revolutionären Aktion und FRG = Revolutionäre Partei Guatemalas), die in einigen Regierungsstellen vertreten waren, zurückzutreten. Sie wollten Arbenz nicht länger kompromittieren. Während der 10 demokratischen Jahre war Guatemala das einzige Land Lateinamerikas, in dem die kommunistische Parteien nicht verboten waren. Für die Reformmaßnahmen der Regierung Arbenz waren sie eine wichtige Stütze.

Im Januar 1954 veröffentlichte die guatemalteckische Regierung ein Weißbuch, in dem alle Einzelheiten aufgeführt sind, die Guatemala über die Vorbereitung der Invasion in Erfahrung bringen konnte. John Foster Dulles nennt das Weißbuch ein "kommunistisches Manöver". Währenddessen versorgen die USA Nicaragua und Honduras weiter mit Waffen und richten Ausbildungslager ein.

Guatemala selbst verfügte über 6 000 jämmerlich ausgerüstete Soldaten und es fehlte hinten und vorne an Waffen. Durch den Boykott der "freien Welt" war Guatemala gezwungen, Waffen in der Tschechoslowakei einzukaufen, das sie aber nur unzureichend liefern konnte. Die US-Regierung bekam Wind davon, versuchte das Schiff abzufangen und durchsuchte willkürlich in internationalen Gewässern Schiffe nach Waffen.

Nur langsam begann man sich in Guatemala mit dem unabwendbaren Krieg abzufinden und sich vorzubereiten: Truppen gingen in Stellung, Teile der Verfassung mußten außer Kraft gesetzt werden.

Von Seiten der USA war alles vorbereitet, der Kreis war geschlossen. War auch nichts vergessen worden, konnte nichts mehr schiefgehen? Es scheint so. Das Spiel konnte also beginnen und es begann im Juni 1954:

Flugzeuge überqueren von Honduras aus die Grenze und veranstalten "Warnbombardements". Dies wird zu einer der schärfsten Waffen während der ganzen Aktion. Die Mehrzahl der Piloten sind Nordamerikaner und bekommen vom CIA ein Monatsgehalt von 1 000 \$.

Die guatemalteckische Regierung protestiert in Tegucigalpa gegen diese Vorgänge und die Unterstützung der Söldnertruppen. Doch der hondu-

renische Außenminister versichert, alles sei normal, nichts spiele sich auf hondurenischem Gebiet ab. Zudem sei Honduras aus Tradition und dank politischer Ethik grundsätzlich neutral.

Am 18. Juni 1954 überschreiten die Invasionstruppen die Grenze. Sofort senden die CIA-Sender Falschmeldungen über die Erfolge der Aggressoren. Am 19. Juni wird der Ausnahmezustand verhängt, wieder spricht der guatemaltekeische Botschafter in Honduras vor. "Ja, ja, wir werden die Freischärler dieses Castillo Armas entwaffnen." Aber nichts geschieht. Armas wohnt noch immer in Tegucigalpa, und die Transporte zur Grenze gehen weiter wie bisher. Eine Sondersitzung des UNO-Sicherheitsrates wird einberufen. Der Vertreter der USA nimmt Stellung: "In Guatemala findet keine Invasion statt, Guatemala wird auch nicht bombardiert. Eine Revolution, eine antikommunistische Revolution ist ausgebrochen ...". Die USA weisen die Beschwerde zurück, die Invasionstruppen würden Kriegsmaterial benutzen, das von den USA an Honduras und Nicaragua geliefert worden sei. Der Gebrauch dieses Materials sei nur für die Verteidigung der Sicherheit der Hemisphäre bestimmt. Honduras bringt sein Erstaunen zum Ausdruck über die Verdächtigung, es unterstütze Armas. Es legt Wert auf die Feststellung, daß kein hondurenisches Flugzeug die Grenzen verletzt habe, und daß sich die Truppen von Armas nicht auf hondurenischem Gebiet organisiert hätten.

Als nichts mehr zu verschleiern ist, verlautet aus Tegucigalpa, die Regierung fühle sich natürlich zur Neutralität verpflichtet, aber die Grenze sei so lang und so schwer zu überwachen.

Demonstrationen finden in Guatemala-Stadt statt: "Yankees go home", und in Chile kommt es zu ersten Solidaritätskundgebungen: für Arbenz, gegen gegen die USA und ihre Marionette Castillo Armas.

Die "Befreiungsarmee" kommt kaum voran und bei geschlossenem Widerstand wäre sie wahrscheinlich gescheitert, wie die Invasion in der Schweinebucht auf Kuba 1962. Aber die Dinge liegen hier komplizierter. Honduras hat einen Beistandspakt mit den USA. Beim Zurückwerfen der Armastruppen an der Grenze zu Honduras ließe sich leicht eine Grenzverletzung konstruieren und der Fall bekäme internationalen Charakter. Natürlich sähen sich die USA gezwungen, Honduras beizustehen.

Demoralisiert, ohne Rückhalt bei seinen Streitkräften, verwirrt von den Erfolgsmeldungen der CIA-Sender, tritt Arbenz in der Nacht vom 27. Juni 1954 zurück und geht ins Exil.

Nach kleinen Pannen hielt Castillo Armas am 3. Juli 1954 mit etwas Verspätung Einzug in Guatemala, nachdem ihn US-Botschafter Peurifoy mit seinem eigenen Flugzeug eingeflogen hatte.

"Guatemala wurde ausgewählt als Versuch, aber auch als Warnung. Der Sturz der Regierung Arbenz ... gab eine Probe der Kalten-Kriegs-Strategie Washingtons in der westlichen Hemisphäre. Als solche sollte sie für die restlichen amerikanischen Staaten eine Lehre sein." (8)

- 1) Jose Serra Hernandez, Verteidigungsminister von Honduras, laut EL GRAFICO. Guatemala, 14.9.82
- 2) David Wise/Thomas Ross: The invisible government, S. 178
- 3) Adolf A. Berle: Navigating the rapids, New York 1973, S. 614
- 4) Whiting Willauer: Communist threat, S. 865-866
- 5) Miguel Ydigoras Fuentes: My war against communism, 1963, S.49-55
- 6) Guillermo Toriella, La batalla de Guatemala, 1955, S. 93-75
- 7) Susanne Jonas/David Tobis: Guatemala, una historia inmediata, Mexiko 1976, S. 132
- 8) Freda Kirchwey: Guatemala Guinea Pig, Artikel in NATION, 10.7.1954

# NICARAGUA

## Der Klassenkampf beginnt

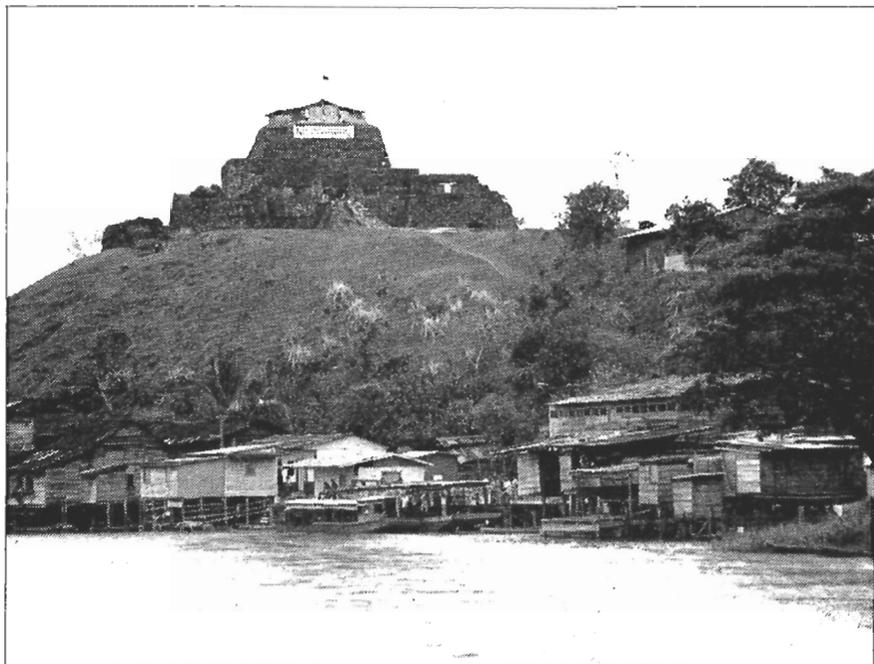
Während die Solidaritätsbewegung hier im März einen Kongreß gegen die US-Intervention in Mittelamerika veranstaltete und, mit dem Alarmplan in der Tasche auf den Tag X, den Tag der Intervention wartet, vollzieht sich diese Intervention in Nicaragua tagtäglich. Sie vollzieht sich schleichend.

Als kurz nach dem Amtsantritt Reagans den Nicaraguanern die Auszahlung unter Carter bereits zugesagter Kredite verweigert wurde, antworteten diese prompt: Der stornierte Weizenkredit, der im Lande eine Krise in der mehl- und brotverarbeitenden Industrie hervorrufen sollte, wurde mit einer breit angelegten Kampagne "PAN CON DIGNIDAD" beantwortet. Nicaragua erhielt Weizenschenkungen aus aller Welt, die den Wert der stornierten Kredite bei weitem überstiegen. Gleichzeitig hat die Kampagne im Innern eine Sensibilisierung gegenüber der Außenabhängigkeit der Nicas erzielt. Die bis dahin entwickelte Bündnispolitik auf internationaler Ebene hat einmal mehr gezeigt, wie groß die Sympathien mit dieser Revolution in aller Welt sind.

Das war der erste Schritt in der Reagan'schen Interventionpolitik... .. dann, fast 2 1/2 Jahre später, im Juni 1982 überfallen die Israelis mit dem US-Imperialismus im Rücken den Libanon, um die 'Endlösung' des Palästinenser-Problems zu besiegeln..... Die mageren Solidaritätsaktionen in aller Welt sind den Nicas wie ein Schock, wie eine Starre durch alle Glieder gefahren! Ihnen wurde einmal mehr klar, daß letztendlich nur sie selbst ihre Revolution verteidigen können und daß auch eine noch so gute Bündnispolitik - die allerdings inzwischen auch große Risse hat - nur ein minimaler Schutz vor dem immer aggressiver auftretenden US-Imperialismus ist.

In den 2 1/2 Jahren Reagan-Herrschaft wurde die Intervention auf allen Ebenen vorangetrieben:

- In Honduras wurde jetzt die Logistik für die dort operierende Konterrevolution von den USA finanziert und ausgebaut, die vorläufig letzte Station auf der militärischen Ebene. Gemeinsame Manöver mit Honduras vor den Küsten Nicaraguas gehören zu den ständigen Provokationen.
- Die Intervention auf wirtschaftlicher Ebene verschärft die strukturelle Krise in Nicaragua und hat im September 1981 zur Ausrufung des wirtschaftlichen Notstandes geführt.
- Auf diplomatischer und ideologischer Ebene zeigt die Interventionspolitik auch erste Erfolge: der 'sozialdemokratische' Präsident Costa Ricas, Monge, macht die nicaraguanische Revolution für die sog. Subversion im Innern verantwortlich; daß jedoch die wirtschaftliche Krise auch in Costa Rica, der Schweiz Mittelamerikas, Widerstand und soziale Revolte hervorruft, paßt so gar nicht in sein Weltbild. Mit dem Sturz des panameischen Präsidenten Torrijos und der Einsetzung eines US-freundlichen Nachfolgers schließt sich der Kreis des diplomatischen, militärischen und wirtschaftlichen Würgegriffs um Nicaragua.



Die vorläufig letzte Etappe dieser schleichenden Intervention begann am 19. Juli d.J., als genau zum Zeitpunkt der zentralen Kundgebung in Masaya eine von Honduras kommende Flugzeug zwei Bomben auf die Tanklager von Corinto - der wichtigsten Hafenstadt des Landes - abwarf, knapp daneben...! Wozu die neuausgebauten Flughäfen in Honduras gut sind, erführen die Nicas bereits 2 Tage später wieder, als ein Bombenflugzeug auf dem Weg nach Managua gerade noch zur Umkehr nach Honduras gezwungen werden konnte. Provokationen ... die Drahtzieher bleiben im Hintergrund und ziehen andere Drähte: Die Nicaraguaner, durch solche Provokationen gezwungen, eine eigene Luftabwehr aufzubauen, wollten nach dem Kauf französischer Flugabwehrraketen auch Abfangjäger kaufen, die - in Westeuropa auf Druck der USA nicht zu erwerben - aus der UdSSR kommen sollten. Doch, so ließ Reagan wissen, sei man durch sowjetische Abwehrflugzeuge in den eigenen Sicherheitsinteressen gefährdet - da schließt sich noch ein Kreis - Cuba-Krise-Neuaufgabe?

Die sowjetischen MIG's wurden nicht gekauft, zumal in der Sozialistischen Internationale Stimmen laut wurden, daß dieser Schritt das nach der Pastora-Visite eh schon angeknackste Bündnis mit der Frente engültig beenden würde.

Doch diese äußere Einkreisung Nicaraguas ist nur die eine Seite der Medaille. Der Bruch der nationalen Einheit hat inzwischen eine regelrechte innere Einkreisung zur Folge: Innere und äußere Einkreisung verschmelzen im Angriff auf die sandinistische Revolution an der Atlantikküste, wo Ex-Somozisten aus Honduras, gefolgt von den geflohenen Miskitos aus Zelaya norté einen regelrechten Guerillakrieg gegen das sandinistische Besatzerheer führen.

In der Unterordnung dieser inneren Revolte unter die Angriffe der vereinigten Konterrevolution aus Honduras rächt sich die fehlerhafte Integrationspolitik der ersten beiden Revolutionsjahre gegenüber den ethnischen Minderheiten. Die sandinistische Revolution stärkte bei den Indios eher die Autonomiebestrebungen als die von den Sandinisten angestrebte ökonomische, kulturelle und politische Einbindung in die Politik Managuas.

Die nationale Einheit ist längst vergangen, der Klassenkampf hat gerade erst begonnen ....

### *Erlebtes und Gesehenes in Nicaragua*

Die Besetzung einer salesianischen Schule in Monimbó in Masaya durch MDN (rechte Mittelstandspartei, früherer Vorsitzender war Robelo)-Anhänger und andere rechte Kräfte, führte zu einer Gegendemonstration der sandinistischen Jugend. In deren Folge wurden bei der Kundgebung vor der besetzten Schule Maschinengewehrsalven auf die demonstrierenden Jugendlichen abgefeuert. Die aus der Schule abgegebenen Schüsse fordern zwei Tote und sieben Verletzte ... der Klassenkampf zeigt sich.

Diese Auseinandersetzungen zwischen der sich mehr und mehr zum Sprecher der bürgerlichen Opposition avancierenden Kirchenhierarchie und den Sandinisten hat eine lange Vorgeschichte in den letzten Monaten. Die Verschärfung des innenpolitischen Klimas, dies ist die eine Seite. Daneben gibt es den Widerspruch zwischen 'Zentrum' und 'Peripherie', die sogenannte innere Einkreisung der Revolution.

### *»Zentrum« und »Peripherie«*

Als ich mit dem Beauftragten für Erwachsenenbildung aus Ocotal (im Norden Nicaraguas nahe der hondurenschen Grenze) in das Grenzort Santa Ana gehen wollte, bat er mich, allein zu gehen, er würde mich am Dorfeingang erwarten ... erst viel später kam ich dahinter, warum dies so geschehen sollte. Die bewaffnete Konterrevolution bringt gezielt Funktionäre der Frente, der Massenorganisationen, Lehrer, Ärzte mit dem Ziel der Einschüchterung um. Diese Morde werden meist durch Hinterhalte auf den Wegen ausgeführt, jeder 'Politische' muß damit rechnen; deshalb ließ er mich nicht mit sich gehen.

Die Grenzregion ist in weiten Teilen verlassen, die Menschen fürchten sich vor Übergriffen und etwas weiter nördlich, in Nueva Segovia und Jinotega ist die Lage noch gespannter. Die außerhalb der Ortschaften wohnenden Campesinos leben in ständiger Angst, jeder Gang zur ATC (Landarbeitergewerkschaft) wird zum unkalulierbaren Risiko, da ja vor allem politisch aktive und bewußte Leute umgebracht werden. Drohen die Keime der Demokratie, gepflanzt mit der Revolution, aufgegangen in der Alphabetisierung, im Terror der Konterrevolution zu ersticken?

Als ich im Mai in Pantasma, nördlich der Stadt Jinotega an einer Landverteilungskundgebung im Rahmen der Agrarreform teilnahm, demonstrierten ATC und UNAG (Kleinbauernorganisation) mit ihren Milizen ihre Stärke und Kampfbereitschaft. Hier, im Herzen der Revolution, in den Bergen nördlich von Matagalpa und Jinotega, wo Sandino seine Truppen rekrutierte, wagt kein Konterrevolutionär aufzutreten; doch in den weiter nördlich gelegenen Dörfern beginnt die Peripherie.

Nueva Guinea, an der südlichen Peripherie gelegen, ist eine erst 20-Jahre alte Kolonie und macht rein äußerlich den Eindruck einer 'Pionierstadt', in der man vom Sandinismus nicht viel hält. So führte der Mord an dem ATC-Beauftragten der Region zum teilweisen Zusammenbruch der 'Sindicatos' (Betriebsgewerkschaften) in der Region.



In Los Angéles, einem Dorf ca. 10 KM südlich von Nueva Guinea, erzählten mir die Campesinos, daß sie ihre Betriebsgewerkschaft auf der Kaffeefinca nicht mehr weiterführen, Angst, Unselbstständigkeit, die zur kulturellen Norm gewordene Bereitschaft, sich mit dem, was ist, abzufinden?

Spätestens hier wurde mir klar, daß die Vorstellung von den reinen sandinistischen Milizen falsch ist, die 'Contras' sitzen mitten drin, aus den 'eigenen Reihen' der ATC-Miliz wurde deren politischer Führer umgebracht. Soll man die verdächtigten Contras rauswerfen und die bereits bestehenden Banden um neue Mitglieder erweitern?

Man beobachtet sie lieber, macht die eigenen Reihen aus und zieht Grenzen - und diese Grenzen gehen mitunter mitten durch die Basis-einheiten der Massenorganisationen.

Die Unwetterkatastrophe Ende Mai zeigte hier einmal mehr die Schwäche der Massenorganisationen, nachdem kurz zuvor die sandinistische Maidemonstration tags darauf von einer zahlenmäßig größeren Demonstration kirchlicher Sekten konterkariert wurde. Nach der Regenkatastrophe fühlten sich plötzlich alle Spekulanten auf den Plan gerufen und verschärften die sowieso schon schwierige Nahrungsmittelversorgung. Daß hier unter Somoza fast nie Zucker hin kam, ist schon längst vergessen.

Heute sind diese Schwierigkeiten 'Schuld der Sandinisten' und so überfiel ein Trupp der Konterrevolution - gar nicht mal aus Costa Rica, sondern aus der Gegend kommend - eine ENABAS-Station (Staatliche Nahrungsmittelversorgung) und verteilte die Bohnen mit entsprechender Propaganda an die 'notleidende' Bevölkerung.

Da gibt es auf dem Markt tagelang keine Kartoffeln und dann wieder zum doppelten Preis. Die von Managua aus festgesetzten Preise, - mit spezieller Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten verschieden hoch festgesetzt - haben mit den hiesigen Marktpreisen wenig zu tun. Den CDS-(Sandinistische Verteidigungskomitees) Beauftragte für Preiskontrollen gibt es hier nicht, weil die CDS kaum funktioniert - und wenn schon, was will man machen, dann gibt es eben nichts auf dem Markt, weil die Händler angeblich bei staatlich festgesetzten Preisen nichts verdienen und ruiniert werden.

Die oft von einzelnen Basisgewerkschaften gegründeten eigenen 'Lebensmittelversorgungskooperativen' bringen zwar kurzfristig ihren Mitgliedern billige Grundnahrungsmittel, doch ändert das zunächst wenig an dem politischen Problem, dem Boykott von seiten der Händler.

Die Schwäche der Massenorganisationen, vor allem der CDS, bringt zwangsläufig unpopuläre, administrative Maßnahmen der Regierung mit sich. Dort, wo die CDS funktionieren - und das ist meist in den Zentren der Revolution, in den Städten oder auf dem Land in den Hochburgen der Landarbeiter im Norden - gab und gibt es ein wirksames Mittel gegen die Spekulation, die 'Virgilancia', revolutionäre Wache. Nachts stellt jede 'cuadra' (Häuserblock) 1-2 Personen für nächtliche Streifen und dort ist allein durch die Anwesenheit der Revolution die Lage unter Kontrolle.

*Die Konterrevolution in Honduras —*

### *Kirchenkampf im Herzen von Nicaragua libre*

Am 25.7. überfielen 'contras' das Dorf San Francisco del Norte und brachten 14 Milizionäre um. Zu der Totenmesse in Managua tags darauf erschienen 30.000 Menschen, die den Toten die letzte Ehre erwiesen. Was war geschehen, daß sich plötzlich so viele Menschen zu einer Kundgebung ihrer Entschlossenheit zum Kampf einfinden?

Tote bei Überfällen an den Grenzen, Tote im Krieg in Zelaya norte, gehören heute in Nicaragua zum Alltag, es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht der Tod eines Compas zu beklagen ist. Der Tod der 14 Compas aus San Francisco del Norte ... etwas 'normales' im Prozeß einer schleichenden Intervention? Nein, dieser Überfall fuhr vielen wie ein Schock in die Glieder, weil der Ermordung eine schreckliche Tortur vorausging: Die durch das Dorf getriebenen Todgeweihten mußten - die Gewehrkolben im Rücken - Parolen rufen wie: "Es lebe der Somozismus" und "Nieder mit den Sandinisten". Das war es auch, was wie ein Blitz einschlug und in den Vorstellungen der Menschen die Vergangenheit zur drohenden Zukunft werden ließ.

"Wir werden nie wieder Sklaven sein, niemals", las ich tags darauf auf einem Transparent der CDS in Masaya und das drückt wohl am besten die Gefühle der Menschen aus. So ist es auch nicht verwunderlich, daß die Milizen in der folgenden Zeit sozusagen überquollen vor kampfbereiten Compas.

Dies ist nur ein Grund für den spontanen Ausbruch der Wut und Entschlossenheit gegen die Einkreisung. Am 23. Juli wurde Pater Caldera aus der kirchlichen Basisgemeinde Santa Rosa versetzt und dies hatte zu einer regelrecht handgreiflichen Auseinandersetzung zwischen Basisgemeinde und Kirchenhierarchie geführt: Auf die Besetzung der Kirche in Santa Rosa reagierte der Bischof Obando y Bravo mit dem Versuch, die Heiligtümer aus der Kirche zu holen, sie sozusagen zu entweihen.



Dies scheiterte am Widerstand der Gemeindemitglieder. Obando x Bravo reagierte prompt und ließ 14 Mitglieder der Gemeinde ex-kommunizieren, weil bei dem Handgemeine um die Heiligtümer diese angeblich beschmutzt worden seien. Die Inspektion der Heiligtümer durch die Gemeindemitglieder tags darauf ergab, daß sie keineswegs beschmutzt waren ... also die Oberen lügen; die Autorität ist unglaubwürdig geworden.

Daß zu der Totenmesse am 26. Juli anlässlich der Ermordung der 14 Milicianos so viele Menschen kamen, lag dann auch wohl mehr daran, daß auf dieser Messe auf dem Platz der Revolution in Managua eben jener gefeuerte Pater Arias Caldera die Messe las. Eine Kundgebung des Mutes, der Entschlossenheit zur Verteidigung der Revolution und auch eine Kundgebung des Trotzes gegen die Kirchenhierarchie.

Für die weitere Eskalation sorgte dann ein Papstbrief, als Hirtenbrief an die Kirchengemeinden Nicaraguas gerichtet: 'Das Konzept einer "Volkskirche"', so argumentierte man aus Rom, 'kann sich kaum einer Durchsetzung mit sehr ideologischen Begriffsinhalten entziehen, die einen gewissen politischen Radikalismus, den Klassenkampf oder die Tolerierung der Gewalt zur Erreichung bestimmter Ziele etc. widerspiegeln'.

Das Innenministerium verbot der oppositionelle Zeitung "La Prensa" den Abdruck des Briefes. Angesichts der Verbreitung durch die Kirchenhierarchie kann man diese Zensur wohl nur als politische Dummheit bezeichnen!

Warum setzt man sich nicht in der "Barricada" (dem Organ der Frente) damit offensiv auseinander?

Für die Auseinandersetzungen in Monimbó, die erfolgte Besetzung der salesianischen Schule, gab es dann einen recht merkwürdigen Anlaß: Das sandinistische Fernsehen stand 'zufällig' vor einem Haus, aus dem der Pater Bismarck- jener Pater, der in Vertretung Obando y Bravos die Heiligtümer aus der Kirche in Santa Rosa holen sollte - von einer Liebesszene nackt auf die Straße getrieben wurde ... das Ganze boten sandinistische Medien der Öffentlichkeit preis mit dem Ziel, die kirchliche Autorität zu untergraben. Das mußte natürlich zum Boomerang werden.

Ziel der daraufhin erfolgten Besetzung der Schule in Monimbó/Masaya war die Provokation einer Räumung durch die Sandinisten - schon einmal wurde dieses Colégio von den herrschenden Kräften geräumt, damals, von Somozas Nationalgardisten, die nach den Kämpfen in Monimbó den Flüchtlingen nachjagten.

Der erhoffte Aufstand in Monimbó blieb aus, doch die vielen begleitenden Aktionen oppositioneller Kräfte in anderen Städten zeigten, daß die Opposition viel größer und inzwischen auch besser organisiert ist, als das bislang vermutet wurde.

Die Sandinisten sind inzwischen über ihre Massenorganisationen, vor allem die CDS und die Milizen, soweit konsolidiert, daß sie die Lage militärisch im Griff haben. Inwieweit sie auch politisch weiter an Boden gewinnen, werden die weiteren Klassenkämpfe zeigen. Die bisherige Stärke der Frente bestand immer auch zu einem Teil in der politischen Schwäche der inneren Opposition.

Gerade dieser Umstand, die nicht vorhandene Einheit der bürgerlichen Kräfte, hat in dem revolutionären Prozeß vor dem 19. Juli 1979 die dann uneingeschränkte Hegemonie der Frente gegenüber dem Bürgertum ermöglicht. Diese Hegemonie bedeutet aber noch lange nicht, daß die propagierte 'Verteidigung der Revolution für den Aufbau des Sozialismus', eines Sozialismus nicaraguanischer Art mit gemischter Wirtschaft und bedingtem politischen Pluralismus, daß dieser Weg auch so tief und breit im Volk verankert ist, wie viele hier meinen.

## Erwachsenenbildung in Nicaragua

In einer einmaligen Alphabetisierungskampagne der Bevölkerung lesen und schreiben beizubringen, damit ist es in Nicaragua nicht getan. Erwachsenenbildung bedeutet mehr. Der folgende Artikel versucht einen Einblick zu geben, in welchen Bereichen Erwachsenenbildung in Nicaragua zu finden ist und welche wesentliche Aufgabe ihr zukommt.

### Nachalphabetisierung

"Sandino vive!", "Viva la revolucion!" Den Schlachtrufen nach zu urteilen, könnte man meinen, auf einer großen Anti-Imperialismus-Demo oder einer El Salvador-Solidaritätsveranstaltung zu sein. Doch diesmal ist es nur ein kleiner Kreis von 16 Leuten, die sich auf die nächste Nachalphabetisierungskampagne vorbereiten, eine Aktion, um das während des großen Alphabetisierungskreuzzugs Gelernte nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Von März bis August 1980 waren ca. 200.000 freiwillige Schüler, Studenten, Lehrer, Arbeiter, Hausfrauen als Alphabetisatoren in allen Teilen des Landes tätig gewesen, um den Kampf gegen die Unwissenheit zu führen. Während vor der Revolution noch die Analphabetenrate bei 50,35 % lag, wurde nach der Alphabetisierungskampagne von einer Quote von 12,9 % ausgegangen. Doch ein einmaliger fünfmonatiger Wissensschub ist nicht ausreichend, um von realen 87,10 % Alphabetisierten sprechen zu können. Eine längerfristige Betreuung ist notwendig. Zu diesem Zweck wurde ein eigenes Vizeministerium für Erwachsenenbildung eingerichtet, das die Fortsetzung der Alphabetisierungskampagne als festen Bestandteil des revolutionären Prozesses in Nicaragua garantieren soll.

Es ist eine sehr bunt gemischte Gruppe, die sich jetzt, zwei Jahre später, im Erwachsenenbildungsbüro in Corinto zusammengefunden hat: 12 Frauen, 4 Männer, sowohl Hausfrauen, wie Studenten, Schüler, Berufstätige, Arbeitslose etc. Sie alle wollen als Alphabetisatoren in den nächsten 3 Monaten abends von 18 - 22 Uhr nach einem langen Arbeitstag ihren Nachbarn und Mitbürgern lesen, schreiben und rechnen beibringen. Einige hatten schon einschlägige Erfahrungen bei dem großen Alphabetisierungskreuzzug gemacht, andere sind noch völlig unbedarft auf pädagogischem Bereich. (Alphabetisator kann jeder werden, der/die eine mehrjährige Schulausbildung hinter sich hat, oder in der Alphabetisierungskampagne mitgemacht hat.)

In einem einwöchigen Vorbereitungsseminar (von 14 - 22 Uhr) sollte das politische, fachliche und didaktische Wissen der freiwilligen Alphabetisatoren aufpoliert werden und die einzelnen "Lehrer" Kontakt zu ihren "Schülern" aufnehmen. Ausländer als Alphabetisatoren sind mittlerweile seltener geworden. Das wollen die Nicas lieber selber machen. Ich hatte jedoch Glück. Ich wurde von Freunden aus dem Büro der Frente Sandinista in Corinto als "buena compañera internacionalista" vorgestellt und so durfte ich mitmachen.

Nach den obligatorischen Anfangsgesängen - die Nicaragua-Nationalhymne, bei der alle ungewohnt ernst sind und stramm stehen und die Hymne der Sandinisten, die mit ihrer fetzigen Melodie schon eher dem Temperament der Nicas entspricht und zu frischen Taten animiert - wird in zündenden Reden von dem Verantwortlichen aus dem Büro der Sandinisten und der Verantwortlichen aus dem Büro der Erwach-

senenbildung (seit der Revolution gibt es in Nicaragua keine Chefs mehr, sondern nur noch Verantwortliche) auf die revolutionäre Wichtigkeit der Alphabetisierung und der Erziehung der Nicaraguaner zu revolutionären Menschen (nach dem Beispiel ihres Befreiungshelden Sandino) hingewiesen, aber auch ausführlich die derzeitige militärische und wirtschaftliche Bedrohung Nicaraguas dargestellt. Den meisten Anwesenden ist das Gesagte bereits aus anderen Reden hinreichend bekannt, trotzdem nicken sie aufmerksam und stimmen lautstark in die Schlachtrufe ein. Sie sind sich alle einig: "Viva la revolucion!", "Patria libre o morir!"

Nun kann es losgehen mit dem alphabetisieren lernen. Doch erst müssen noch einige Formalitäten geklärt werden. Um das jahrhundertlang währende Chaos in Verwaltung und Bürokratie nun nach der Revolution zu verändern und die Nicaraguaner zu Ordnung und Disziplin zu erziehen, wird nun alles strukturiert, organisiert, systematisiert und katalogisiert: Der Kursus braucht einen Namen, am besten nach einem verstorbenen Nationalhelden. Neue Parolen müssen gedichtet werden, um das Ende einer Diskussion oder Kleingruppenarbeit lautstark anzuzeigen oder um die Arbeitsmoral zu fördern. ("Si Anibal Caño venció luchando - nosotros venceremos enseñando!" Wenn Anibal Caño kämpfend siegte, wir siegen lehrend!) Erst nachdem alles in Protokollen und Wandzeitungen festgehalten ist, kanns losgehen.

Am ersten Tag wird überwiegend Wert darauf gelegt, das politische Bewußtsein der Teilnehmer zu schulen. Dazu dient ein mehrseitiges Papier des Vizeministeriums für Erwachsenenbildung. Dabei handelt es sich nicht nur um allgemeine ideologische Formulierungen, sondern es bezieht sich auf die konkrete aktuelle Situation Nicaraguas:

Mit dem Sieg gegen die Diktatur Somozas sei die Revolution noch nicht getan. Es müßten neue Kämpfe gegen Krankheit, mangelnde Hygiene und Unwissenheit geführt werden. Die Aggression von außen werde immer stärker: Sabotageakte, Bombenanschläge, Grenzüberfälle, Darlehenskürzungen Kapitalflucht, Trainingslager für Contras in Honduras, die drohende Intervention durch die USA, das alles seien Maßnahmen, um die Revolution in Nicaragua zu destabilisieren. Auch habe Nicaragua sehr große wirtschaftliche Probleme, die auf zerstörter Wirtschaft und Verschuldung beruhen. Die wichtigsten Aufgaben der Bevölkerung seien Verteidigung und Produktion. Das bedeute mehr Arbeit, mehr Effizienz, mehr Disziplin, mehr Sittenstrenge, mehr revolutionäre Moral, mehr Liebe zum Volk. Doch Nicaragua habe neben der wirtschaftlichen und politischen Bedrohung ein schweres Erbe zu überwinden: Ineffizienz, Undiszipliniertheit, mangelndes Bewußtsein von Einigen, die denken, daß Revolution weniger und schlechtere Arbeit bei besserem Verdienst bedeute, und einigen Unternehmern und Funktionären, die weiterhin handeln wie früher, Schmiergelder beziehen, betrügen ... Zum Schluß wird nochmals auf die Wichtigkeit hingewiesen, gemeinsam am Aufbau des freien Nicaraguas mitzuarbeiten.

Anhand eines Fragenkatalogs soll eine Diskussion entfacht werden. Doch das Gespräch bleibt zäh und es zeigt sich, daß viele zwar emotional hinter der sandinistischen Revolution stehen und hinter der Alphabetisierungskampagne, jedoch zu unsicher sind in ihrer Argumentation und zu wenig konkretes Wissen haben, das über Propaganda und Schlagwörter hinausgeht. Nur die schon bei der letzten Alphabetisierungskampagne mit dabei waren, haben fundiertere Kenntnisse. Die anderen hören andächtig zu und nicken eifrig und bestätigend, aber auch einschläfernd mit dem Kopf dazu. Angesichts des riesigen Arbeitspensums ist für längere Diskussionen kaum Zeit und so bleiben Gespräche leider oft im Schlagwortaustausch stecken. In besonders lähmenden Phasen greift die Verantwortliche Lilia ein und mit schlagkräftigen Worten erläutert sie die Notwendigkeit der Revolution und der Erziehung des Volkes zu wahren Revolutionären. Die Stimmung steigt, die Arbeitslust auch, und alle sind sich einig: "Viva la Revolución!" "Patria libre o morir!"

Zwischendurch gibts Erfrischungen und abends Bohnen und Tortillas und Coca-Cola. Das hebt auch wieder die Stimmung und bringt die Möglichkeit, sich in Gesprächen näher zu kommen. So wandelt sich die anfängliche Scheu der Nicas vor mir als Ausländerin (und meine vor ihnen) schnell um in Neugierde. Die Fragen überschlagen sich, sie wollen ausführlich wissen, was ich mache in Nicaragua und warum, was ich von ihrer Revolution halte und, und, und. Die Pausen sind viel zu kurz, wir verschieben das Gespräch auf später.

Endlich um 1/2 11 Uhr ist Schluß. Die Verantwortliche Lilia ermahnt alle noch, am nächsten Tag unbedingt pünktlich zu sein ("hora Sandinista, no hora Nica!") Aber keiner hört mehr hin, alle sind geschafft, zu voll von Eindrücken.



Am nächsten Tag gehts zur Praxis über. Es werden Unterrichtsmaterialien behandelt und neue Beispiele entworfen. In Rollenspielen üben sich "Lehrer" und "Schüler" in Unterrichtssituationen.

So wird den "Schülern" ein Foto mit der Überschrift "Chavalo" (ein Kosenamen für Kind) vorgelegt, das Kinder zeigt, die Barrikaden bauen. Daraufhin entspinnt sich aufgrund einiger Fragen eine lebhaft Diskussion (Was zeigt das Foto? Wann scheint es aufgenommen worden zu sein? Welche Rolle spielten unsere Kinder während der Revolution? ... unsere Kinder hatten keine kindgerechte Kindheit, sie müssen oft mitarbeiten, um für den Lebensunterhalt ihrer Familie mitbeizutragen, ... sie kämpfen aktiv im Krieg mit gegen Somoza, ... die Revolution und der Kampf gegen Somoza waren wichtig. Was müssen und können wir tun, damit es unseren Kindern besser geht, damit ihre Zukunft gesichert ist? ... eine bessere Schul- und Berufsausbildung, ... bessere gesundheitliche und hygienische Bedingungen, ... mehr und bessere Arbeitsplätze, ... sich in Massenorganisationen (Frauen, Jugend, Stadtteilkomitee, Arbeiter- und Bauergewerkschaften und Miliz) organisieren, ... kämpfen gegen Unwissenheit und gegen Korruption, wir müssen echte Revolutionäre werden, ... kämpfen gegen die Contras und die Yankeys) Und so ganz nebenbei (man sieht lesen und schreiben lernen ist nicht unbedingt das wichtigste bei dieser Aktion) wird das Schlüsselwort "Chavalo" in einzelne Silben zerlegt und daraus wieder neue Wörter gebildet.

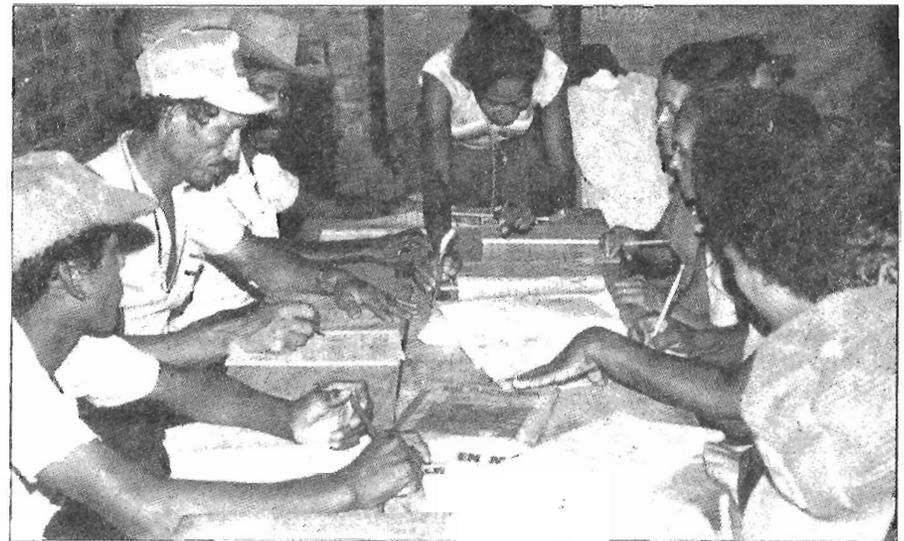
Ein weiteres Beispiel: Ein Foto zeigt eine Straßenszene in einem kleinen Ort. Die Straße ist ungeteert, die Häuser ärmlich, Strohdächer, keine Elektrizität, kein Trinkwasser, Kinder spielen im Dreck mit den Schweinen, Abfall häuft sich etc. Die darauffolgende Diskussion kommt zwangsläufig auf die Notwendigkeit von hygienischen und gesundheitlichen Veränderungen und die Wichtigkeit von Erzie-

hung und Organisation in Massenorganisationen, um bessere Lebensbedingungen für die arme Bevölkerung zu schaffen. (und natürlich die Wichtigkeit der Revolution und das Vertrauen in die sandinistische Regierung.)

Waren anfangs "Lehrer" und "Schüler" auch scheu im Spiel und unsicher in ihren Fragen und Antworten, ihrer Argumentation, allmählich macht der "Unterricht" allen Beteiligten Spaß und alle sprühen vor Ideen und Fantasien und Energien.

Die Mathematik ermüdet wieder alle: Zum einen ist es gar nicht so einfach, passende Rechenbeispiele zu finden (mit Äpfel und Birnen es es da nicht getan, es müssen schon Beispiele mit "revolutionärem" Charakter sein), zum anderen haben die meisten Alphabetisatoren selbst große Schwierigkeiten in den Grundrechenarten. Aber Übung macht den Meister. Das ist alles kein Problem, Hauptsache es macht Spaß. Und Spaß haben wir allemal. Das Gekichere will oft gar kein Ende nehmen und die Albernheiten der "Schüler" bringen manchen "Lehrer" halb zum Verzweifeln.

Und wenn die Alphabetisatoren auch keine perfekt ausgebildeten Lehrer sind, wen stört das. Es ist nicht ihr Anspruch, perfektes Wissen zu vermitteln und das typische Schüler-Lehrer-Verhältnis zu demonstrieren, sondern Schüler und Lehrer sind gleichwertige Partner am gemeinsamen Lernprozeß. Die Alphabetisatoren haben ihren Schülern voraus, daß sie lesen und schreiben können und dieses Wissen wollen sie weitergeben. Die Schüler hingegen haben ihre eigenen Lebenserfahrungen und Kenntnisse, von denen die Lehrenden wiederum profitieren können. Hinzu kommt, daß sich mit dem Durcharbeiten der Alphabetisationsfibel und durch die daraus sich zwangsläufig ergebenden Diskussionen und Austausch von Erfahrungen sowohl Schüler wie Lehrer sich gemeinsam Kenntnisse über die Gründe und Ziele der sandinistischen Revolution und die derzeitigen Probleme Nicaraguas aneignen.



## Der Einfluß Paulo Freires

Jemandem beibringen, wie man ein paar Sätze liest und seinen Namen schreibt ist nicht besonders schwer und hätte nicht des großen Aufwandes bedurft. Doch wem nützt es, wenn die Bevölkerung "Trink Coca Cola" lesen kann oder die verwirrenden entstellten Darstellungen in konservativen oder contrarevolutionären Zeitungen, ohne kritisch reflektieren zu können?

Ziel der Alphabetisierung in Nicaragua ist, einen Feldzug gegen die Unwissenheit zu führen und die Bevölkerung zu politisch mündigen und selbst entscheidungsfähigen kritischen Individuen zu erziehen durch eine befreiende und politisch-bildende Erziehung.

Der Brasilianer Paulo Freire, der Vater der Pädagogik der Unterdrückten, war Berater bei der Planung der Alphabetisierungskampagne. Er betont die Wichtigkeit der kritischen Erziehung. Er unterscheidet zwischen der traditionellen Erziehungsmethode und der befreienden Erziehung. In der traditionellen Erziehung wird dem Schüler fremdes Wissen, Vorstellungen, Urteile und Vorurteile des Erziehers und des Systems eingespeichert, der Schüler setzt sich nicht kritisch damit auseinander. Ziel dieser Methode ist, den Lernenden an ein bestehendes Herrschaftssystem anzupassen. Freire spricht in diesem Zusammenhang vom politischen Alphabetismus.

Seine Alternative dazu ist die "befreiende Erziehung", die sich nicht in Übermittlung von Informationen erschöpft, sondern auf Aktion und Erkenntnis beruht. Die konkrete Lebenswirklichkeit der Lernenden wird problematisiert und als Lernstoff behandelt. Der Widerspruch zwischen Lehrer und Schüler ist überwunden. Schüler und Lehrer sind als gleichwertige Partner am gemeinsamen Entwicklungsprozeß beteiligt.

Ziel der befreienden Erziehung ist, ein Bewußtsein zu schaffen, daß die Leute ihre vorher individuell wahrgenommenen Interessen und Probleme als soziale Interessen und Probleme erkennen, d.h. sich ein Klassenbewußtsein bildet, mit dem Ziel der revolutionären Aktion. Es genügt also nicht, ein revolutionäres Bewußtsein zu schaffen und tatenlos auf gesellschaftliche Veränderungen zu warten. Ebenso wenig wird eine Revolution, die von nur wenigen gemacht wird und die nicht vom Bewußtsein der Massen, in deren Interessen sie arbeiten wollen, ausgeht, erfolgreich sein.

Für Freire ist Voraussetzung für eine soziale Revolution die Herausbildung eines revolutionären Bewußtseins. Seiner Meinung nach sind Revolutionen, die mit einem kurzem Kampf erreicht werden, immer in Gefahr, bloß die Regierungen auszutauschen und sich in autoritäre Staatsbürokratien zu verwandeln.

Um dieser Entwicklung vorzubeugen, ist eine Politisierung der Massen und das Erklären von politischen Zusammenhängen sehr wichtig. Es ist notwendig, die gesamte Bevölkerung am revolutionären Prozeß zu beteiligen, um eine basisgerechte Befreiung zu gewährleisten.

Dieses Bewußtsein der Massen kommt nicht automatisch durch veränderte ökonomische Bedingungen (durch eine Revolution), sondern ist das Ergebnis eines langen Erziehungsprozesses.

## Veränderungen im Erziehungssystem durch die FSNL

Aus diesen Gründen kommt der Erziehung und Erwachsenenbildung in Nicaragua eine sehr wichtige Aufgabe zu.

Im Regierungsprogramm der FSLN werden Unwissenheit und Analphabetentum als die entscheidenden Faktoren zur Aufrechterhaltung von Unterdrückung und Ausbeutung erkannt. Erziehung für alle ist für die Revolution nicht nur eine strategische Notwendigkeit für die Überwindung der ökonomischen und sozialen Unterentwicklung des Landes, sondern auch Voraussetzung für die Entwicklung eines politischen Bewußtseins und der Fähigkeit zur Selbstbestimmung der Bevölkerung.

Daher wurden als erste Maßnahmen vom Erziehungsministerium das Schulsystem unter staatliche Kontrolle gestellt (mit Ausnahme von Privatschulen, z.B. die kath. Schulen) und die Kosten vom Staat übernommen, um Chancengleichheit zu gewährleisten. Zerstörte Schulgebäude wurden wieder aufgebaut und neue Schulen errichtet, damit auch im letzten Winkel Nicaraguas gelernt werden kann. Viele neue Lehrer mußten eingestellt werden (darunter 2.500 freiwillige Kubaner). Ebenfalls wichtige Punkte im Erziehungsprogramm sind Vorschulerziehung, Behinderten- und Waisenbetreuung und Betreuung von Kriegsverletzten.

In höheren Schulen und Unis wurden neue Ausbildungslehrgänge geschaffen, vorallem für die dringend benötigten Berufe wie Ärzte, Lehrer, Agrarwissenschaftler, Techniker, Naturwissenschaftler ...

Zahlreiche Abendschullehrgänge wurden eingerichtet, um Berufstätigen die Möglichkeit zur Weiterbildung zu geben. Da können Schulabschlüsse nachgeholt, berufsbildende Kurse und Berufsausbildungen gemacht werden. Weit über die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung Nicaraguas hat sich in Weiterbildungsmaßnahmen interessiert. Das Interesse und Bedürfnis nach Lernen ist enorm.

Für die Jugendlichen, die im Befreiungskampf mitgekämpft und in der Alphabetisierungskampagne mitgewirkt haben, ist es eine große Schwierigkeit, sich wieder in die traditionellen Schulstrukturen, die von den neuen Lernformen noch nicht betroffen sind, einzufinden. Sie, die sich im Erwachsenenleben bewährt haben, protestieren mit Recht gegen die autoritären und verschulerten Unterrichtsstrukturen. Während der Alphabetisierungskampagne hatten sie selbst unterrichtet und dabei mehr gelernt über die Realitäten des Landes, als dies die Schule in jahrelangem Unterricht hätte vermitteln können. Sie wollen sich nun nicht mehr auf Lernen im traditionellen Sinne reduzieren lassen. Eine Abschaffung der autoritären Unterrichtsformen zugunsten von emanzipatorischem gleichberechtigtem Lernen jedoch würde ihnen nicht genügen, sondern sie wollen weiterhin aktiv am Aufbau Nicaraguas mitarbeiten.

Nach einem neuen Erziehungskonzept, der "Arbeitsschule", bleibt nun das Lernfeld nicht auf Schule beschränkt. Bei Bedarf helfen Schülergruppen freiwillig bei der Kaffee- oder Baumwollenernte mit, organisieren den Bau von Latrinen, Brunnen oder Schulen, führen Umfragen durch oder helfen, wie jetzt gerade bei der großen Unwetterkatastrophe, bei den Aufräumarbeiten.

Neben ihrem normalen Unterricht nehmen die Schüler an berufsbildenden Werkkursen teil: Da gibt es Elektrik- und Maschinenkunde für die Jungen und Näh- und Kochkurse für Mädchen. Auch wenn dies für uns sehr stark nach traditioneller Rollenrolle aussieht und auf Kritik stößt, muß man doch berücksichtigen, daß es in Ländern Lateinamerikas schon ein erheblicher Fortschritt ist, wenn Mädchen überhaupt einen Beruf erlernen können.

Da nach wie vor ein großer Mangel an ausgebildeten Lehrern besteht, werden Schüler und Studenten zunehmend auch zum Unterricht der jüngeren Jahrgänge herangezogen. Die jugendlichen Lehrer werden in Schnellkursen pädagogisch ausgebildet und von Pädagogen fortlaufend betreut.

Als weiteres Projekt des Erziehungsministeriums sind Landschulen geplant. Dies sind Schulzentren auf dem Land, wo neben dem normalen Unterricht eine landwirtschaftliche Produktion betrieben werden soll, um das Lernfeld Schule zu erweitern.

Gerade dem Bereich der "Jugendbildung" kommt im Erziehungsprogramm der Sandinisten besondere Bedeutung zu, da mehr als die Hälfte aller Nicaraguaner unter 25 Jahre sind.

### Comics und Fernsehen als Medium zur Bewußtseinsbildung

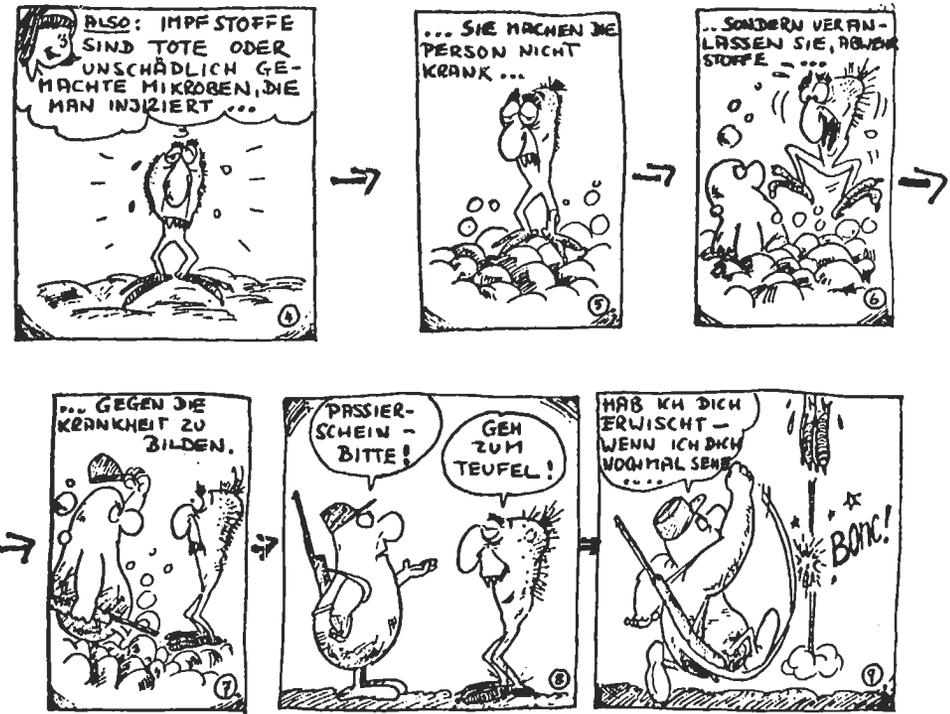
Das Erziehungsprogramm der FSLN beschränkt sich nicht nur auf Weiterbildung im schulischen Sinne. Ihr Ziel ist es, die jahrelang künstlich aufrechterhaltene Unwissenheit der Bevölkerung zu beenden und sie aus ihrer Apathie und Schicksals-ergebenheit aufzuwecken und am revolutionären Umwandlungsprozeß zu beteiligen, und ihr Interesse an gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen zu wecken. Aus diesem Grund wird sehr viel Wert auf Öffentlichkeitsarbeit gelegt:

Die einzelnen Stadtteilkomitees erstellen Wandzeitungen aus Zeitungsartikeln, Fotos und Aufrufen, um Information für jedermann zugänglich zu machen.



Die Rede von Regierungsmitglied Daniel Ortega vor dem Anti-Interventionskongreß in USA wurde wortwörtlich in der regierungsnahen Zeitung "Barricada" abgedruckt und stundenlang am Fernsehen übertragen.

In Form von Comics, die der Tageszeitung "Barricada" beigelegt sind, werden wichtige Probleme aufgegriffen, ihre Zusammenhänge und Lösungsmöglichkeiten vereinfacht dargestellt und diesbezügliche Kampagnen (z.B. Impfkampagnen) unterstützt. So z.B. die mangelnden hygienischen Bedingungen, das Abfall- und Trinkwasserproblem, die nur zu oft Ursache von Erkrankungen sind, die Wichtigkeit von Impf- und Vorbeugungskampagnen gegen Malaria, TBC, Polio etc.



Auch der von der Regierung im März 82 verordnete Ausnahmezustand wird ausführlich erklärt und die Gründe dafür (die militärische Bedrohung von außen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten) in anschaulichen Zeichnungen erläutert.

Die zivile Verteidigung, die Notwendigkeit und die Möglichkeiten, sich gegen eine drohende militärische Intervention zu schützen, sind Gegenstand einer weiteren Comic-Serie. Da wird gezeigt, wie man sich im Hinterhof einen Bunker baut, oder sein Haus mit Sandsäcken verbarrikadiert ("... wenn die Contras oder die Yankees kommen"), es wird darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, an Milizübungen teilzunehmen, sich in Stadtteilkomitees und sonstigen Massenorganisationen zu organisieren oder Kontakt zu halten, um informiert zu sein und mit beteiligt zu sein am Aufbau Nicaraguas.

Im Fernsehen, das sich ansonsten nicht wesentlich von dem anderer lateinamerikanischer Länder unterscheidet und vollgepfropft ist mit US-amerikanischen und mexikanischen Klischee-Spielfilmen und "Novelas" (verfilmte Fortsetzungsromane) wurden die sonst üblichen Werbespots, die ständig das laufende Programm unterbrechen und für Coca-Cola und andere Konsumgüter werben, ausgetauscht: Nun werden die TV-Zuschauer stattdessen in einleuchtenden Trickfilmen darauf hingewiesen, wie wichtig es sei, vernünftig und sparsam mit Energie und Wasser umzugehen, da Nicaragua hierfür US-Dollar bezahlen müsse, die wichtigen Devisen jedoch besser gespart und für den Aufbau Nicaraguas verwendet werden könnten. Statt Weizen, der teuer importiert werden muß, könnte nicaraguanischer Mais zum Kochen und Kuchenbacken verwendet werden, statt 5 Löffel Zucker in den Kaffee nur 2, das wäre gesünder und Nicaragua könnte mehr Zucker exportieren. So und ähnlich soll die Bevölkerung zur Mitverantwortung erzogen werden.

Das öfteren sprechen Regierungsmitglieder über das Medium Fernsehen zur Bevölkerung. Als im Frühjahr 82 die für ganz Nicaragua versprochene eine Woche Urlaub zur "Semana Santa" (in weiten Teilen Lateinamerikas wird die Woche vor Ostern, die Karwoche, mit täglichen Prozessionen und Gottesdiensten als höchstes kirchliches Fest begangen) kurzfristig abgeblasen wurde, erklärte Juntamitglied Daniel Ortega per TV ausführlich der enttäuschten Bevölkerung die Gründe für diese Regierungsentscheidung. (drohende Intervention, wirtschaftliche Schwierigkeiten Nicaraguas).

Auch über den im März 82 ausgerufenen teilweisen Notstand oder über anstehende Kampagnen (Malaria-Schluck- und sonstige Impfkampagnen, Nachalphabetisierung) informieren Fernsehen und Radio.

Großer Wert wird auf die "Noticieros", die Nachrichtensendungen gelegt. Ausführliche Filmberichte und zahlreiche Interviews berichten über die wichtigsten Geschehnisse des Tages. Begleitet werden diese Informationssendungen immer wieder von Perolen wie "Sandino Vive!", "Patria libre o morir", "Viva la Revolution" und auch arsonsten erschleicht sich einem der Eindruck, es mit regierungsfreundlicher Berichterstattung zu tun zu haben. Sehr viel Kritik jedenfalls ist weder im Radio, Fernsehen noch in der Zeitung "Barricada" zu entdecken. Überhaupt scheint die Regierung Nicaraguas für Kritik wenig empfänglich zu sein, wie auch die Reaktion der FSLN und der Medien auf die Vorwürfe des Ex-Kommandanten Eden Pastora zeigte.

Doch jede Freitagnacht steht ein Mitglied der Junta im Radio- und Fernsehstudio für Fragen aus der Öffentlichkeit zur Verfügung. Die ganze Nacht hindurch bis morgens um 6 Uhr kommen sehr unterschiedliche und teilweise auch sehr kritische Anfragen aus allen Teilen der Bevölkerung, (unzensuriert, wie mit immer wieder versichert wird) und die Regierungsmitglieder müssen Rede und Antwort stehen. Hauptgrund für diese Aktion ist, daß die Regierung den Kontakt zur Bevölkerung nicht verlieren will und der Möglichkeit vorzubeugen versucht, eine Politik, abgehoben von den Bedürfnissen des Volkes zu machen.



## ARGENTINIEN

### Heißer Winter

In den Monaten des argentinischen Winters drehte sich in der Militärführung und der Regierung das Personalkarussell: mangels politischer Konzepte wurden Personen ausgewechselt. Die Niederlage im Krieg um die Malvinen hat die Auseinandersetzungen in und über die Streitkräfte angefacht. Gegen die immer katastrophalere soziale Situation protestieren die Gewerkschaften mit Streiks und Demonstrationen. Die Regierung hat jetzt den seit Jahren beratenen Entwurf eines neuen Parteienstatuts in aller Eile vorgelegt - Voraussetzung für die Reorganisation der Parteien und die Durchführung von Wahlen.

#### Die Situation in den Streitkräften

Ein zentrales innenpolitisches Thema ist immer noch die Diskussion um den verlorenen Malvinenkrieg. Die Zeitungen sind voll von Berichten von Kriegsteilnehmern, die der Führung der Streitkräfte militärische Unfähigkeit und Korruption vorwerfen. Diesen Berichten zufolge stahlen Offiziere Geschenkpakete, die an Soldaten adressiert waren, und verkauften ihnen dann den Inhalt. Eine militärische Untersuchungskommission soll die Schuldigen an der Niederlage herausfinden. Bei der Veröffentlichung des Berichts, die für Oktober erwartet wird, müssen viele hohe Offiziere mit Bestrafung oder Pensionierung rechnen. Die kleine Kommunistische Partei Argentiniens machte sich die Unzufriedenheit zunutze: 23 000 Menschen folgten ihrem Aufruf zu einer Demonstration in Buenos Aires unter der Forderung nach der Eroberung der Malvinen.

Die Diskussion über den verlorenen Krieg zog auch die Veröffentlichung von Anklagen gegen die Verbrechen der Militärs während der Repressionswelle in den ersten Jahren nach dem Putsch vom März 1976 nach sich. Dabei geriet vor allem der selbsternannte "Sozialdemokrat" Admiral a.D. Massera - Mitglied der ersten Militärjunta und einer der Hauptverantwortlichen der Repression - ins Kreuzfeuer. Aussagen des früheren Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, Juan Alemann, und Enthüllungen italienischer Zeitungen belegen, daß Massera als Mitglied der skandalumwitterten Freimaurerloge P-2 nicht nur an Korruptionsgeschäften beteiligt war, sondern auch direkt verantwortlich ist für die Ermordung der argentinischen Botschaftssekretärin Elena Holmberg in Paris (1978). Nach den Aussagen Alemanns ist der Prozeß um die Ermordung Frau Holmbergs neu aufgerollt worden.

Diese Veröffentlichungen verstärkten die Befürchtungen innerhalb des Militärs, es könne nach der Wahl einer zivilen Regierung zu "Würnberger Prozessen" gegen die Verantwortlichen der Verbrechen des Militärs kommen. Aus diesem Grund plant Präsident General Reynaldo Bignone eine Amnestie für alle Militärs, die an den Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren. Damit würde zwar eine Untersuchung des

Schicksals der "Verschwundenen" nicht ausgeschlossen, hätte aber für die Verantwortlichen keine strafrechtlichen Folgen.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Streitkräfte um die Verantwortung für die Malvinenniederlage und den zukünftigen politischen Kurs des Regimes kosteten Brigadier Lami Dozo, den Oberkommandierenden der Luftwaffe, den Job. Er hatte geglaubt, die Erfolge der Luftwaffe im Krieg seien eine gute Basis für seine politischen Ambitionen. Aber sein Vorstoß zur Gründung einer officialistischen "Partei des Prozesses der Nationalen Reorganisation" (so nennen die Militärs ihre Politik seit dem Putsch) stieß bei den zerstrittenen Streitkräften auf so starken Widerstand, daß er zurücktreten mußte; Nachfolger wurde Brigadier Augusto Jorge Hughes.

Im September trat auch der letzte der am Krieg beteiligten Oberkommandierenden, Marinechef Admiral Anaya zurück. Sein Nachfolger wurde Admiral Rubén Franco, der während des Malvinenkrieges Militärattaché in Washington war. Mit der Ernennung der beiden neuen Oberkommandierenden wurde auch ein großer Teil der obersten Militärhierarchie ausgewechselt.

Der Streit innerhalb der Streitkräfte kristallisiert sich - nach Informationen des in London herausgegebenen LATIN AMERICA WEEKLY REPORT - in drei Gruppen von "Verschwörern":

- Die erste Gruppe soll die Absicht haben, durch einen "autogolpe" (etwa: Putsch gegen sich selbst) die Junta der Oberkommandierenden als oberstes Regierungsorgan zu entmachten und Präsident Bignone volle Kompetenzen der Regierung zu übertragen; Bignone soll dann beschleunigt Wahlen herbeiführen; dieser Gruppe werden enge Verbindungen zu Gewerkschaften und Parteien nachgesagt.
- Eine zweite Gruppe soll aus rechtsgerichteten Offizieren bestehen, deren Ziel die Ersetzung Bignones durch General Cristino Nicolaides und ein Rechtskurs der neu zu bildenden Regierung ist.
- Die dritte Gruppe, über die am wenigsten bekannt ist, soll aus jüngeren stark nationalistischen Offizieren mit peronistischen Ansichten bestehen. Sie versteht sich als Fortsetzung einer Offiziersgruppe, die wegen ihrer engen Verbindung zu den Peronisten und ihrem Wahlbündnis von 1972, Frente Justicialista de Liberación "Frejuli blindado" (etwa: gepanzerte Frejuli) genannt wurde; diese neue Gruppe nennt sich selbst "los sables blancos" - "die weißen Säbel".

Über die tatsächlichen Kräfteverhältnisse innerhalb der Streitkräfte werden die im Herbst routinemäßig anstehenden Beförderungen Aufschluß geben, die traditionell Gegenstand eines harten Machtpokers der politischen Fraktionen im Militär sind.

### Wirtschaftsprobleme und Umschuldungsverhandlungen

Die Unfähigkeit der herrschenden Militärs und ihrer zivilen Minister, eine Politik zur Überwindung der Wirtschaftskatastrophe zu entwickeln, symbolisiert sich darin, daß der gerade erst im Mai ernannte Wirtschaftsminister Dagnino Pastore und Zentralbankpräsident Cavallo schon wieder zurückgetreten sind. Anlaß für den Rücktritt Dagnino Pastores waren anstehende Lohnerhöhungen, gegen die er sich - zur Bekämpfung der Inflation auf dem Rücken der Lohnabhängigen - zur Wehr setzte.

Aber auch sein Nachfolger Jorge Wehbe konnte bisher keine bessere Wirtschaftspolitik vorführen. Wehbe war allerdings eher bereit, auf wirtschaftliche Forderungen der Lohnabhängigen einzugehen.

Die vordringlichste Aufgabe des neuen Wirtschaftsministers aber waren Verhandlungen mit den ausländischen Gläubigern Argentiniens über Umschuldungsmaßnahmen. Bis Ende dieses Jahres muß Argentinien 12 Mrd. \$ für Schuldendienst (Zinsen und Kredittilgung) aufbringen. Das Land verfügt nach offiziellen Angaben nur noch über Devisenreserven in Höhe von 3 Mrd. \$, inoffiziellen Schätzungen zufolge sogar nur über 1,5 Mrd. \$. Auch der zu erwartende Handelsbilanzüberschuß wird nur einen Teil der Verbindlichkeiten decken können. Wehbe erreichte bei dem internationalen Bankenkonsortium, das die Hauptgläubiger vertritt, einen Zahlungsaufschub und brauchte deshalb nicht den Internationalen Währungsfonds (IWF) um einen stand-by-Kredit zu bitten. Da der IWF stand-by-Kredite nur mit Auflagen gewährt, die eine scharfe Austeritätspolitik - und damit eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation der Lohnabhängigen - beinhalten, gab es schon im Vorfeld der Verhandlungen heftige Proteste gegen einen möglichen IWF-Kredit und seine Begleiterscheinungen. Ende September reiste eine IWF-Delegation nach Buenos Aires, um die Lage dort zu prüfen, da man erwartet, daß Argentinien spätestens im Frühjahr des kommenden Jahres doch einen IWF-Kredit brauchen wird, um die neu aufgelaufenen Verbindlichkeiten einhalten zu können.

Zu einem Streit zwischen Regierung und Exportproduzenten kam es in diesem Sommer wegen des gespaltenen Wechselkurses des Peso. Während der Finanzkurs der Währung sich "frei dem Markt anpaßt", ist der Handelskurs von der Regierung festgelegt und liegt weit unter Finanz- und Schwarzmarktkurs. Um bessere Geschäfte zu machen, gingen die Getreide- und Fleischexporteure zum Schmuggel in großem Maßstab über und verkauften ihre Produkte schwarz in den Nachbarländern Paraguay, Uruguay und Brasilien. Damit sparten sie nicht nur die Exportsteuern, sondern machten auch noch dadurch horrenden Gewinn, indem sie die eingenommenen Dollars zum Schwarzmarktkurs von ca. 60 000 Pesos/\$ tauschten - wenn sie sie nicht gleich im wirtschaftlich profitableren Ausland ließen. Seither versucht das Regime diesen Schmuggel durch Großbesätze der Polizei und Grenztruppen zu unterbinden.

Zur Bekämpfung der Inflation versuchte Wirtschaftsminister Wehbe die Unternehmen zu freiwilligen Preisbindungen zu veranlassen, was diese aber unter Hinweis auf die steigenden Rohstoffpreise ablehnten. Unter dem Druck der Gewerkschaften wurden dann Preiskontrollen für Güter des täglichen Bedarfs erlassen - wobei es sehr unwahrscheinlich ist, daß die Preis"kontrolle" irgendeine reale Auswirkung haben wird. Außerdem wurde der Mehrwertsteuersatz für Nahrungsmittel gesenkt und die Einkommensteuer für die niedrigsten Einkommen abgeschafft.

### Soziale Not

Die immer schlechtere wirtschaftliche Lage schlug sich vor allem im Fleischverbrauch nieder. Argentinien ist ein Land mit einem traditionell sehr hohen Fleischverbrauch, der aber bereits in den letzten Jahren stark zurückgegangen ist. Im Juli dieses Jahres sank der Fleischkonsum rapide auf die Hälfte des Durchschnittskonsums der letzten 10 Jahre. Dies ist auf die hohen Preissteigerungen zurückzuführen, die Nahrungsmittel überproportional stark betreffen: während im Juli der allgemeine Preisanstieg bei 16,3% gegenüber dem Vormonat (!) lag, stiegen die Nahrungsmittelpreise um 21,2%.

In dieser Situation unterstützte Arbeitsminister Hector Villaverein die Forderungen der Gewerkschaften und setzte eine Lohnerhöhung um 400 000 Pesos (ca. 10 \$ bei einem durchschnittlichen Dollarkurs von 40 000 Pesos / Dollar) durch.

Daß dies bei weitem nicht ausreichend ist, zeigen folgende Berechnungen:

Der gesetzliche Minimallohn - nach den Lohnerhöhungen - beträgt 2,8 Mio Pesos (ca. 70 \$);  
 der Durchschnittslohn eines Industriearbeiters liegt bei 4,3 Mio Pesos (ca. 110 \$);  
 die Kosten des Warenkorb einer durchschnittlichen Familie (canasta popular) betragen aber das Doppelte: 8,7 Mio Pesos (ca. 220 \$).  
 Das bedeutet, daß kein Industriearbeiter von seinem Lohn eine Familie ernähren kann, geschweige denn diejenigen, die nur den Minimallohn erhalten oder gar arbeitslos sind.

### Gewerkschaftsproteste

Am 26. Juli veröffentlichte die Dachgewerkschaft CGT ein Dokument, indem sie eindringlich die Folgen der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre für einen großen Teil der Bevölkerung beschreibt:

Die CGT erklärt, daß "Millionen Arbeiter und Bürger, Frauen, Kinder und Alte täglich hungern, Kälte ertragen müssen und an Krankheiten und Schmerzen leiden, die sie nicht lindern können. Täglich suchen Zehntausende von ihnen ihr Essen in Abfällen und sammeln das Obst und Gemüse aus den Abfallhaufen der großen Märkte ... In den Regionen an den Grenzen unseres Landes sind tausende Menschen zu einem primitiven Leben zurückgekehrt und müssen von Wurzeln des Waldes und Pflanzen, von der Jagd und dem Fischfang leben ..." Die Gewerkschaft führt das zurück auf "skrupellose Ausplünderung der Reichtümer der Nation durch Agenten der Feinde des Vaterlands ("antipatrias"), die in den letzten Jahren an der Macht waren, auf den Sadismus und die Grausamkeit der Unersättlichen, die dafür die Verantwortung tragen, daß in einem der reichsten Länder der Welt bei den Volksschichten (sectores populares) Elend und Hunger eingekehrt sind." Diese Situation provoziere ungeheure soziale Spannungen, die sich in dem massenhaften Ruf nach Freiheit und sozialer Gerechtigkeit manifestierten.

Es blieb nicht bei Erklärungen und verbalen Protesten. Am 13. August demonstrierten 500 000 Arbeitslose vor der Kirche von San Cayetano, dem Schutzheiligen der Arbeiter, in Buenos Aires und beteten um Arbeit. Sie knüpften damit an die größte Massendemonstration seit dem Militärputsch an, die im November vergangenen Jahres ebenfalls mit einem Gottesdienst in San Cayetano stattgefunden hatte (vgl. LN 99).

Am 18.9. streikten die Arbeiter von drei der sechs Bahn- und Ubahnlinien der Hauptstadt zusammen mit den Busfahrern und den Fahrern der Kollektivtaxis.

Auch die beiden rivalisierenden Gewerkschaftszentralen riefen zu Aktionen auf. Beide Zentralen nennen sich CGT - Central General del Trabajo (Allgemeine Arbeitszentrale), um damit ihren Anspruch auf das Erbe der verbotenen Dachgewerkschaft CGT zu demonstrieren. Die Dachgewerkschaft, die sich schon seit einiger Zeit CGT nannte, heißt jetzt - zur Unterscheidung - CGT-Brasil, die frühere "Intersectorial" nennt sich CGT-Azopardo, jeweils nach den Straßen, in denen die Hauptquartiere liegen.

Die CGT-Brasil rief für den 22.9. zu Streiks und einer zentralen Demonstration auf, die CGT-Brasil für den 23.9., machte aber die Durchführung der Aktionen davon abhängig, ob die Regierung sich zu Zugeständnissen bewegen ließe. Wegen der Lohnerhöhungen, Steuererleichterungen und Preiskontrollen setzte sie dann die Aktionen aus, wogegen aber die Führung von drei ihrer wichtigsten Mitglieds-gewerkschaften opponierten: Triaca (Arbeiter der Plastikfabriken), Guerrerro (Textilarbeiter) und Goymeche (Arbeiter der Maschinenbau-

unternehmen) verlangten trotz der Zugeständnisse die Durchführung der Protestaktionen, um nicht der CGT-Brasil die Initiative zu überlassen, konnten sich aber nicht durchsetzen.

Mit den Forderungen nach Lohnerhöhungen über der Inflationsrate, Aktionen gegen die Arbeitslosigkeit und einem Sofortprogramm zur Bereitstellung von billigem Wohnraum demonstrierten am 22. September ca. 15 000 Menschen auf der Plaza de Mayo vor dem Regierungspalast, was allgemein als ein guter Erfolg und eine Stärkung der CGT-Brasil gewertet wurde.

### Entwurf eines neuen Parteiengesetzes

Das seit Jahren in Arbeit befindliche Parteienstatut steht vor seiner Fertigstellung. Es sollte ursprünglich nach dem Willen der Militärherrscher dazu dienen, unliebsame Parteien dauerhaft vom politischen Leben auszuschließen. Unter dem Druck der wirtschaftlichen und politischen Krise ist aber jetzt der von zivilen Beratern des Innenministeriums ausgearbeitete Entwurf weniger restriktiv ausgefallen; er enthält keine Klausel, die einen Ausschluß der Peronisten ermöglichen würde. Der Entwurf sieht Folgendes vor:

- Alle bestehenden Parteimitgliedschaften sind ungültig; Parteimitglieder müssen sich unter juristischer Aufsicht neu registrieren lassen. Dahinter steckt wahrscheinlich die Hoffnung, daß weniger Bürger sich registrieren lassen, was eine Schwächung vor allem der großen Massenparteien bedeuten würde.

- Eine Partei auf Distriktsebene muß nachweisen, daß mindestens 4 pro 1 000 in die Wahlregister eingetragenen Bürger Mitglieder sind. Eine Partei auf nationaler Ebene muß 2 Mitglieder pro 1 000 eingetragene Wähler und die Zulassung in 5 Distrikten nachweisen. Auf nationaler Ebene wären dies etwa 35 000 Mitglieder, was einen großen Teil der kleineren Parteien von der Wahl ausschließen wird.

- Die Parteifunktionäre müssen mindestens alle vier Jahre in geheimer und direkter (also nicht über Delegierte) Wahl durch die Parteimitglieder bestimmt werden.

- Der Zeitplan für die Neuformierung der Parteien erstreckt sich <sup>sich</sup>ab Inkraft-Treten des Gesetzes in mehreren Etappen über 13 Monate, soll also etwa im kommenden Herbst abgeschlossen sein.

Die Parteien begrüßten den Entwurf, forderten aber gleichzeitig, daß dann auch schon im Herbst 1983 Wahlen stattfinden sollen. Einige Politiker verlangen die Wahlen bereits im nächsten Frühjahr, und nicht - wie vom Präsidenten verkündet - im Frühjahr 1984.

Es ist jedoch vollkommen unsicher, ob dieser Zeitplan so eingehalten werden kann. Die Zuspitzung der Wirtschaftskrise und die politische Zerrüttung des Regimes machen sein Überleben bis zum Frühjahr 1984 mehr als unwahrscheinlich. Aber auch eine frühere Wahl läßt nur wenig hoffen: bei der Wirtschaftskrise (zu deren Lösung keine der Parteien ein Konzept anzubieten hat) und der hohen Auslandsverschuldung ist zu erwarten, daß jede Regierung auf einen IWF-Kredit und damit auf eine unsoziale Austeritätspolitik zurückgreifen wird. Wie eine schwache zivile Regierung die zu erwartenden sozialen Kämpfe überstehen soll, ist vollkommen unklar. Daher sind es nicht nur berufsmäßige Schwarzseher, die prophezeien, die zivile Regierung könne nichts anderes sein als eine Übergangsregierung - bis zum nächsten Putsch.

### QUELLEN:

Latin America Weekly Report, Latin America Regional Report/Southern Cone, El Pais, El Clarin, FAZ

# BOLIVIEN

...PUTSCH...DEMOKRATISIERUNG...PUTSCH...DEMOKRATISIERUNG

17. Juli 1980

Regierungserklärung der Putsch-Junta:

"... als Institution, deren Aufgabe die Absicherung des Friedens, der Ordnung ... und der Sicherheit aller Bolivianer ist, ... übernimmt das Militär die Kontrolle des Staates. Aufgrund des wirtschaftlichen und sozialen Zerfalles, des subversiven Krieges, unter dem Deckmantel des Wahlprozesses, ... des Wahlbetruges, welcher zu einer verfassungsmässigen Regierung ohne Legitimität geführt hatte, werden folgende Entschlüsse gefasst:

- 1.- die Wahlergebnisse werden nicht anerkannt
- 2.- der Kongress wird als verfassungswidrig erklärt."

17. September 1982

Rücktrittserklärung der Militär-Junta:

"... Das Militär, als vormundschaftliche Institution der Nation, ... übernahm die Regierung, um das Land zu demokratisieren und wieder zum Rechtsstaat zu machen. ... Der Bevölkerung wird die uneingeschränkte Ausübung ihrer verfassungsmässigen Rechte und Garantien zurückgegeben. Das Verbot der Parteien und Gewerkschaften wird aufgehoben, die unumschränkte Autonomie der Universitäten anerkannt ... und schliesslich eine allgemeine und uneingeschränkte Amnestie erlassen. ... Das Militär wird die nächste Regierung unterstützen und die Macht übergeben, sobald diese vom verfassungsmässigen Kongress von 1980 gewählt ist."

- Weshalb haben die Militärs innerhalb von zwei Jahren und zwei Monaten einen solch radikalen Wechsel vollzogen, obwohl ihre Führung in Wesentlichen die gleiche blieb?
- Ist der Rücktritt der Militärs Ergebnis einer Niederlage, oder vielmehr ein "taktischer Rückzug", um die Wirtschaftskrise an die Zivilen zu delegieren, und die eigenen Kräfte für einen neuen Schlag wieder zu sammeln?
- Hat das Volk dank seines beharrlichen Widerstandes die stets umkämpfte Demokratie erreicht?

Kategorische Antworten auf diese Fragen existieren nicht, weder in Bolivien, noch viel weniger in diesem Artikel. Mit einer kurzen Zusammenfassung der letzten Ereignisse wollen wir deshalb versuchen, zu einem besseren Verständnis der wechselhaften Politik Boliviens beizutragen.

Die Gewerkschaften und Parteien hatten mit Garcia Mesas Putsch im Juli 1980 einen massiven Schlag erlitten. Trotz Verbot und Verfolgung passten die Gewerkschaften sich bald den neuen Bedingungen an, und vermochten sich im Untergrund zu reartikulieren. Während der



Luís García Meza  
(Mitte)

letzten Monaten waren die COB, sowie die Parteien, zu einem unumgänglichen Adressat der Militärregierung geworden, um nach einer Lösung für die unkontrollierbare Krise zu suchen (siehe LN IX/82).

Anfangs September spitzten sich die Konflikte weiter zu, wobei sie dadurch einen neuen Charakter erhielten, dass ausser den Gewerkschaften auch die regionalen Organisationen (Zivilkomitees, lokale Behörden, etc.), und sogar der Unternehmerverband offen in Opposition gegenüber der Militärregierung gingen.

## Chronologie der letzten Tage der Militärregierung

Am 2. September erklärten sich die Departamente Chuquisaca, Potosí und Tarija im Notzustand und drohten mit einem Generalstreik. Die Direktion des "Nationalen Rates der Universitäten" (CONUB) trat in Hungerstreik, damit der Staat die zustehenden Gelder des nationalen Budgets überweist.

Am 3. September traten die Bergbauarbeiter von Huanuni in einen unbefristeten Generalstreik, um ihren Forderungen nach einem Minimallohn mit "escala móvil" (Anpassung an die Preiserhöhungen) Nachdruck zu verleihen, und um die Aufhebung des freien Wechselkurses des Dollars durchzusetzen. Ausserdem wurde von der FSTMB (Landesverband der Bergbauarbeiter) und der COB (Dachgewerkschaft) die Verhängung eines unbefristeten Generalstreikes für das ganze Land gefordert.

Am 4. September wurde in Potosí der VI. Nationale Kongress der Arbeiter der Presse durchgeführt und zur Mobilisierung aller Arbeiter aufgerufen, um die demokratischen Freiheiten zu verteidigen und zu vertiefen, sowie um einen Mindestlohn mit "escala móvil" durchzusetzen.

Am 6. September setzte sich in Cochabamba eine "Asamblea popular" (Volksversammlung) über die Weisungen der COD (regionale Instanz der COB) hinweg und trat in Generalstreik, um die Übergabe der Macht an den Kongress von 1980 zu erzwingen und um gegen die geplanten Wirtschaftsmassnahmen der Militärregierung zu protestieren.

Am 7. September feierte die MIR (Mitglied der UDP) ihren Gründungstag, wobei alleine in La Paz über 50.000 Menschen teilnahmen. Eine Regierung der "Nationalen Einheit" wurde gefordert, mit Siles Zuazo (MNRI-UDP) und Paz Zamora (MIR-UDP) als Präsident resp. Vice-Präsident.

Am 13. September setzten die Bergbauarbeiter von Siglo XX der FSTMB und der COB eine Frist, um den nationalen Generalstreik zu vorhängen. Am selben Tag erklärte die FSTMB einen nationalen Streik der Bergbauarbeiter für 48 Stunden.

Am 14. September begannen die regionalen Organisationen der Departamente Tarija, Potosí und Chuquisaca einen unbefristeten Generalstreik. In Oruro wurde vom Zivilkomitee zusammen mit der COD ein Streik von 48 Stunden koordiniert.

Am 15. September organisierte die COB einen "Marsch gegen den Hunger" auf nationaler Ebene. In Abwesenheit der COB-Führung riefen die Bergbauarbeiter von Siglo XX zu einem unbefristeten Generalstreik auf, was von der mobilisierten Menge aufgegriffen wurde.

Am 16. September akzeptierte die COB die Forderung und offiziell gemacht. Auch in Cochabamba, Beni und Santa Cruz setzte die Basis in den regionalen COD ihre Forderung durch. Der Generalstreik wurde in ganzen Land strikt befolgt und ergriff, mit Ausnahme des Verteidigungsministeriums, des Ministeriums des Innern, sowie des Militärs, selbst sämtliche staatlichen Institutionen.

Am 17. September traf sich die Führung des Militärs mit allen Befehlshabern der wichtigsten Einheiten zu einer Notsitzung. Nachdem sich in einer 24-stündigen Debatte zunächst die harte Linie durchgesetzt hatte, die eine "Regierung, welche regiert" forderte, unterlag sie schliesslich dem "institutionellen Sektor" der Militärs, und endete mit der vorne zitierten Rücktrittserklärung.

Am 18. September tagte die erweiterte Führung der COB, wobei sie von paramilitärischen Gruppen umzwängt wurde. Trotz der Opposition breiter Kreise wurde die Aufhebung des unbefristeten Generalstreiks beschlossen, damit die Putsch-Fraktion innerhalb des Militärs mit dieser extremen Massnahme nicht zusätzliche Stärkung erhalten könnte.

Am 18. September kam es in Sucre zu harten Auseinandersetzungen zwischen Militärs und Demonstranten, welche zum Tod von 7 Menschen führte.

Am 19. September gab die UDP ihren Entschluss bekannt, die Regierung zu übernehmen. Sowohl Paz Estenssoro (MNR-H) als auch Benjamin Miguel (PDR) erklärten, der UDP bei den Wahlen im Kongress ihre Stimmen zu geben, womit deren benötigte absolute Mehrheit abgesichert ist.

Aus der Chronologie dieser ereignisreichen Septembertage wird deutlich, dass weder die Politik der Militärs, der Parteien, noch der Führung der COB so klar vorbestimmt gewesen war. In den monatelangen Verhandlungen dieser drei Kräfte konnte keine Lösung erzielt werden. Vielmehr war es die direkte Aktion der zivilen Regionalorganisationen und der Gewerkschaftsbasis, welche die COB-Führung überholt hatte, welche die Tatsachen geschaffen hatte. Die vorläufige Niederlage der "harten" Militärs und der jetzige Rückzug des Militärregimes ergab sich jedoch aus der Kombination verschiedener Faktoren. Der Volkswiderstand und die hoffnungslose Wirtschaftskrise waren ebenso entscheidend, wie der internationale Druck (vorallem der USA) auf die Militärs, aufgrund ihrer Verwicklung in das Kokaingeschäft. Damit wurde der Zersetzungsprozess innerhalb des Militärs weiter beschleunigt und erlaubte schliesslich keine neue Kompromissformel, um General Vildoso durch einen anderen Militär auszutauschen.

Die UDP bereitet sich inmitten einer wirtschaftlich und politisch äusserst schwierigen Lage auf die Regierung vor. Das Volk fordert Brot und Gerechtigkeit gegenüber jenen, welche massakriert und das Land ausverkauft haben. Die Militärs stellen für ihren Rückzug eine "Tabula rasa" mit der Vergangenheit zur Bedingung. Die internationalen Organismen stellen für Verhandlungen über Umverschuldung eine Einigung mit dem Internationalen Währungsfond zur Bedingung, dessen anti-populäres Paket selbst die Militärregierung nicht komplett durchzusetzen vermochte.



Nach den gescheiterten Neutralisierungsversuchen der Militärs bei den Wahlen von 1980 und den ergebnislosen Kompromissvorschlägen an die "Institutionalisten" des Militärs während den letzten zwei Jahren ist die UDP radikaler geworden. Ihre Führung kündigte an, dass "die Mobilisierung des Volkes ein grundlegender Bestandteil jeder Handlung der neuen Regierung" sein wird. Gleichzeitig wurde aber auch ein Wirtschaftsprogramm angekündigt, welches ein "gemeinsames Opfer" erfordern wird.

Wird eine Regierung der UDP den Zusammenstoss mit den Militärs verhindern können? Wird die UDP bereit und fähig sein, das Volk für den Kampf vorzubereiten, falls der demokratische Weg von den Militärs ein weiteres Mal verstellt wird?

...PUTSCH...DEMOKRATISIERUNG...PUTSCH...DEMOKRATISIERUNG

# URUGUAY

## Haftbedingungen in den Militärgefängnissen

Im Schatten des Malvinen-Krieges, der die Aufmerksamkeit einer sensationslüsternen Weltöffentlichkeit auf sich zog, konnten sich die Militärs in Uruguay relativ ungestört an den politischen Gefangenen austoben: es hat mehrere Todesfälle gegeben, die sowohl als Folge der Folter als auch der allgemeinen Haftbedingungen anzusehen sind. AMNESTY INTERNATIONAL hat Ende Juni des Jahres alarmierende Informationen über die Haftbedingungen in den Militärkerkern der ehemaligen sogenannten "Schweiz Südamerikas" erhalten und eine Briefkampagne gestartet.

Da wir diesen Bericht aus Platz- und Zeitgründen in der letzten Nummer nicht mehr haben unterbringen können, empfehlen wir unseren Lesern, ihn jetzt um so aufmerksamer zur Kenntnis zu nehmen und Möglichkeiten der Weiterverbreitung und der solidarischen Aktion zu überlegen.

*»...um sie alle in den Wahnsinn zu treiben«*

Von den gegenwärtig 1.200 politischen Gefangenen in den Militärgefängnissen Uruguays sind mindestens 91 schwer krank. Ihre medizinische Versorgung ist mehr als mangelhaft. Wenn ein Häftling schwer krank wird, kann er erst nach einem langwierigen Antragsverfahren, d.h. oft viel zu spät in das Militärhospital eingeliefert werden. Behandlung und Operationen werden hier meist unfachgemäß und häufig grob fahrlässig durchgeführt, was darauf zurückzuführen ist, daß - laut Aussagen ehemaliger politischer Häftlinge - viele Ärzte des Militärhospitals (nicht alle) diese Patienten als ihre persönlichen Feinde betrachten.

Die meisten Gefangenen befinden sich im Establecimiento Militar de Reclusión No. 1 (EMR 1 = Militärgefängnis LIBERTAD), einem Männergefängnis, und im Establecimiento Militar de Reclusión No. 2 = PUNTA DE RIELES), einem Frauengefängnis. In beiden Einrichtungen herrschen unerträgliche Zustände, die sich in letzter Zeit permanent verschlechtern. Die politischen Gefangenen werden Tag und Nacht den raffiniertesten Schikanen ausgesetzt.

In jedem der 5 Stockwerke des EMR 1 herrscht eine unterschiedliche "Gefängnisordnung", die zudem ständig geändert wird: was heute er-

laubt ist, ist morgen strengstens verboten und umgekehrt, so daß die Gefangenen ständig verunsichert sind. Gefangene werden häufig auf andere Stockwerke verlegt, müssen sich an die neuen Zellenkameraden gewöhnen. Beim Hofgang ist eine bestimmte Körperhaltung vorgeschrieben, und das geringste Abweichen führt zu Strafen - vom Hofgangverbot über Post- und Besuchsverbot bis zum Verlegen in den Straferker. Provokationen und Demütigungen jeder Art gehören zur Tages- und Nachtordnung. Die eisernen Zellentüren werden grundsätzlich durch Zuschlagen geschlossen, um die Gefangenen immer wieder aufzuschrecken. Zellendurchsuchungen finden tagsüber oder nachts statt, wobei Lebensmittel, die von den Angehörigen mitgebracht worden waren, durcheinandergebracht werden, indem man z.B. Zucker mit Seifenpulver mischt etc.

Den Grund für diese ständigen Schikanen verriet der ehemalige Direktor von EMR 1 - Libertad -, Major Arquimedes Maciel, bei einem Gespräch mit seinem Stellvertreter: "...wir wagten es nicht, sie alle zu töten, als wir die Möglichkeit dazu hatten. Eines Tages müssen wir sie freilassen; und wir müssen die verfügbare Zeit nutzen, um sie alle in den Wahnsinn zu treiben."

### *Strafkerker*

Die Strafkerker, winzige Isolationszellen - werden von den Gefangenen "die Insel" genannt. Ein ehemaliger politischer Gefangener schildert die "Insel" so: "Eine Höhle aus Zement und Gittern, kalt, dunkel, sehr feucht und völlig leer. Eine Latrine ohne Wasser und darüber ein Loch in der Wand, aus dem sie manchmal, nachts, von außen Wasser fließen lassen... und nichts mehr. Es gibt keine Pritsche, keinen Hocker, keinen Tisch. Das Licht wird von außen angeschaltet und nur, wenn man schläft, um den Schlaf zu stören. Der Gefangene darf keine warme Kleidung haben, die dünne Matratze und die Decken werden im Morgengrauen geholt und um 22 Uhr - oft mit Essen und Exkrementen verschmutzt - zurückgebracht. Dort gibt es nichts zu tun und wo zu sein. Nur den feuchten Boden und die endlosen Stunden."

### *Todesfälle und Kampagne von ai*

Innerhalb nur eines Jahres hat es in Libertad (EMR 1) fünf Todesfälle von politischen Gefangenen gegeben.

Am 30. Juli 1981 starb Horacio Ramos Betancourt, 38 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder, Bankangestellter. Er war im April 1981 in die "Insel" gebracht worden. Als man ihn dort herausholt, schleifen ihn die Wachen am Boden entlang und behaupten, er habe Selbstmord begangen. Mithäftlinge bezweifeln diese Version.

Gerardo Cuesta, Gewerkschaftsführer, 65 Jahre alt, Abgeordneter der Frente Amplio, war seit Jahren herzkrank und klagte seit Monaten über Atemnot, wahrscheinlich durch eine chronische Lungenentzündung hervorgerufen. Anfang Oktober 1981 wird er im Militärhospital einer Operation unterzogen, wobei er einen Herzstillstand erlitten haben soll. Sein Leichnam wird seiner Familie übergeben, nachdem der Militärrichter seine "Freilassung" unterschrieben hatte.

Ebenfalls im Oktober 1982 starb Miguel Coitino, nachdem er in der Klinik La Espanola eine Herzoperation überstanden hatte. 20 Tage nach diesem äußerst komplizierten Eingriff holten die Militärs ihn - trotz des Protestes der Ärzte - aus der Klinik und brachten ihn ins Militärhospital.

Edgar Sosa hatte seine Strafe bereits im Juni 1981 abgebußt, wurde aber weiterhin festgehalten. Man sperrte ihn in eine leere Baracke in Libertad, wo er als einziger Gefangener völlig isoliert gehalten wurde. Im April 1982 beobachteten Mitgefangene, wie er auf einer Bahre herausgetragen wurde. Niemand wußte, was geschehen war. Inzwischen weiß man, daß Edgar Sosa tot ist. In derselben leeren Baracke befindet sich jetzt Jorge SELVES, der ebenfalls im Juni 1981 bereits seine Strafe abgebußt hatte.

Juan PINO wurde zusammen mit Jorge Selves in die Militärkaserne Florida verlegt. Am 18. Juni dieses Jahres wurden die Angehörigen von Juan Pino in die Kaserne bestellt, wo man ihnen die Leiche Juans übergab. Juan hatte seine Strafe Ende April 1982 abgebußt.

Nach diesen Ereignissen muß stark um das Leben von Jorge Selves gefürchtet werden.

AMNESTY INTERNATIONAL hat Ende Juni 1982 eine Briefkampagne mit dem Ziel gestartet, das Leben von Jorge Selves zu retten und denjenigen Gefangenen zu helfen, die ihre Strafe - z.T. seit über einem Jahr - bereits abgebußt haben, aber immer noch festgehalten werden; unter den geschilderten Haftbedingungen und z.T. unter schweren Folterungen, von denen hier nicht einmal die Rede war. Die Liste von 25 enthalt 25 Namen, sie ist aber aller Wahrscheinlichkeit nach nicht vollständig.

Wer sich an der Briefaktion beteiligen möchte, der kann dies auf folgende Weise tun: einen Brief etwa nachfolgenden Inhalts an die Uruguay-Gruppe Köln, c/o O. Cámpora, Postfach 86 02 55, 5000 Köln 86 schicken, oder direkt an die Botschaft Uruguays in Bonn oder/und an die Deutsche Botschaft in Montevideo.

"Die Unterzeichner dieses Briefes möchten ihre tiefe Besorgnis über die Situation der politischen Gefangenen in den Haftanstalten Uruguays zum Ausdruck bringen. Insbesondere fordern wir die sofortige Freilassung aller Häftlinge, die ihre Strafe schon abgebußt haben und trotzdem noch nicht in Freiheit sind! Uns sind die Namen von mindestens 25 dieser Häftlinge bekannt.

Es ist uns ferner bekannt, daß kranke politische Häftlinge nicht die notwendige medizinische Versorgung und Behandlung genießen.

Wir fordern:

- eine Garantie für die körperliche Unversehrtheit und das Leben aller politischen Gefangenen,
- die sofortige Aufklärung der Umstände, unter denen Edgar Sosa und Juan Pino Garin gestorben sind,
- die sofortige Freilassung der Gefangenen, deren Strafzeit abgebußt ist,
- medizinische Versorgung der kranken Gefangenen,
- die sofortige Freilassung der schwerkranken Gefangenen
- die Behandlung durch Ärzte ihrer Wahl,
- daß psychisch kranke Gefangene in Spezialkliniken verlegt werden, wo ihnen die notwendige Behandlung erteilt werden kann!

Hochachtungsvoll (Unterschrift)."

Denkt daran: Eure Mühe, einen kurzen Brief zu schreiben und ein bißchen Porto-Geld aufzuwenden kann mithelfen, das Leben von politischen Häftlingen in Uruguay zu retten!

# BRASILIEN

## Völkermord mit der Bibel?

Der folgende Bericht stammt von einem österreichischen Ethnologen, der sich von September 1981 bis April 1982 zu Sprachstudien in Brasilien aufhielt. Dabei hatte er Gelegenheit, sich über die "Desintegrationsmethoden gegenüber den im Gebiet des Rio Negro lebenden Indianervölkern, eingehend zu informieren". Durch die Teilnahme an Anthropologie-Seminaren, in Gesprächen mit Márcio Souza, Alvaro Sampaio, Ethnologen und Missionaren konnte er Einblick nehmen in die "Zivilisierungsarbeit" des Salesianer-Ordens sowie in die Funktionsweise traditioneller indianischer Gesellschaften der Rio Negro-Region bekommen.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, Indianerkulturen auszurotten: die Anwendung brutaler Waffengewalt, den Einsatz bakteriologischer Waffen und die Dezimierung durch Epidemien. Außerdem gibt es noch subtilere Methoden, die durch ihre latente Form und Technik beinahe als hundertprozentiges "Erfolgsrezept" in der Indianerliquidierung angewandt werden. Dazu zählt die Missionsarbeit des Salesianer-Ordens bei den Indianervölkern der Region Rio Negro im nordwestlichen Teil Brasiliens.

Dieser Orden wurde im November 1980 vor dem 4. Russell-Tribunal in Rotterdam von Marcio Souza, einem brasilianischen Schriftsteller, des Völkermordes angeklagt und schuldig gesprochen. Hauptzeuge der Anklage war der Tukano-Indianer Alvaro Sampaio, Angehöriger eines der betroffenen Stämme.

### Alvaros Kommentar zum Russel-Tribunal

In einem im März dieses Jahres in Sao Paulo geführten Gespräch mit Alvaro Sampaio - Hauptzeuge gegen die Salesianer in Rotterdam - kritisierte er vor allem das Russell-Tribunal, erklärte, daß diese Anklage als Konsequenz lediglich die intellektuellen Ambitionen des Tribunals als Indianervertretungs-Institution befriedigt hätte, jedoch hinsichtlich der Effizienz als Interessenvertretung der betroffenen Indianer am Rio Negro nicht einmal in der Lage gewesen sei, ihn und die mit ihm zusammenarbeitenden Indianerschutzorganisationen über den Ausgang bzw. die Auswirkungen dieser "Veranstaltung zu unterrichten, obgleich dies in Rotterdam hoch und heilig versprochen wurde, d.h. Alvaro hat seit seinem Holland-Aufenthalt vom Tribunal nichts mehr gehört und in diesem Gespräch seiner dadurch entstandenen Enttäuschung offen Ausdruck verliehen.

### Mythologie — Kosmologie

Die Funktionsweise des indianischen Gesellschaftssystems basiert praktisch auf Mythologie und Kosmologie. Diese gewährleisten in einer durch sie bestimmten stammeseigenen Hierarchie das sozio-ökonomische Leben. In der Mythologie reflektiert sich die Existenz des

Indianers in seiner unmittelbaren Umwelt, in der Natur. So versinnbildlicht für die Tukanos ein Baum das menschliche Wesen.

Die Wurzeln, mit der Mutter Erde verbunden, repräsentieren die Kindheit; der Stamm den Erwachsenen und die Blätter das Alter: sie sind dem Licht am nächsten, was Weisheit bedeutet. Durch diese Identifikation mit der Natur lernt der Tukanos, sie zu schätzen und zu respektieren. Sie ist sozusagen ein Teil von ihm und er ein Teil von ihr. Dadurch steht er in permanenter Wechselbeziehung zur Natur und ist harmonisch in sie integriert, ohne sie zu zerstören, wie es die moderne Gesellschaft zu tun pflegt. Aus dieser Ehrfurcht vor der Natur entstanden auch die verschiedenen Kulte und Gebräuche, sowie ein sehr profundes botanisches Wissen. Parallel dazu entwickelten sich eigene Sprachen, deren Subtilität und Kompliziertheit die Sprachen der "Zivilisierten" als primitiv entblößen. So findet man in der Tukanosprache 17 Gegenwarts- und 35 Vergangenheitszeiten, die Minuten, Stunden, Tage, Monate, Jahre durch jeweils differenzierten Sprachgebrauch genauestens unterscheiden. Außerdem existiert neben der herkömmlichen Alltagssprache noch eine symbolische: die des Pajé (Schamane), welche bei religiösen Feiern angewandt wird. So heißt das Auge in dieser Sprache "lebende Kugel". Man kann sagen, je naturverbundener eine Indianerkultur ist, desto komplizierter ist ihre Sprache.

Der Engländer Joseph Boot führte im Rio Negro-Gebiet bei einem Stamm linguistische Untersuchungen durch. Als er im Verlaufe seiner Studien bereits bei 70 verschiedenen Konsonanten angelangt war, dies aber bei weitem noch nicht alle waren und die verbleibenden aufgrund herkömmlicher sprachwissenschaftlicher Methoden nicht mehr verifiziert werden konnten, verzweifelte er und gab sein Unternehmen auf.

### Die Missionsarbeit der Salesianer

Seit 1916 betreibt die katholische Kongregation der Salesianer, ein italienischer Orden mit Sitz in Mailand, im Gebiet des Rio Negro (Bundesstaat Amazonas) die sogenannte "Zivilisierung" der dort lebenden Ureinwohner Brasiliens. Neben den salesianischen Missionen findet man dort noch den Orden Monfort, die World Wide Evangelization Cruzade und die New Tribe Mission. Im Vergleich zu den Salesianern haben diese hinsichtlich ihrer Funktion als "Zivilisationsvollstrecker" lediglich sekundäre Bedeutung angesichts der Größe des von den Salesianern in Besitz genommenen Indianerlandes.

Das Betreuungsgebiet der Salesianer gliedert sich in: die - unter der Leitung des Bischofs Dom Miguel Alagna befindliche - Prälatur Sao Gabriel da Cachoeira (89.339 km<sup>2</sup> und somit größer als Österreich) die Diözese Santa Isabel (75.037 km<sup>2</sup>) und die Diözese Barcelos (112.490 km<sup>2</sup>), die noch als Administrationszentren fungieren. Zur Prälatur Sao Gabriel da Cocheira zählen die Missionen: Taracua, Pari Cocheira, Jaurete, Icana, Mataracá und Maraniá.

Die Missionsarbeit der Salesianer konzentriert sich größtenteils auf die Internate, achtjährige Grund- und Sekundarschulen. Nebenbei werden teilweise Landwirtschaft und missionseigene Ambulatorien betrieben.

Versorgt werden die Missionsstationen durch die FAB (brasilianische Luftwaffe). Sao Gabriel da Cachoeira erreicht man noch mit lokalen Fluggesellschaften. Die übrigen Gebiete werden ausschließlich von der FAB und der CAN (Post) angefliegen. Wer eine Transportmöglichkeit in diese Gebiete bekommen will, benötigt eine schriftliche Genehmigung der FUNAI (Nationale Indianerbehörde) und des Militärkommandanten. Solche Genehmigungen bekommen aber nur diejenigen, die im Rahmen wissenschaftlicher Projekte auf ethnologischem bzw. linguistischem Gebiet tätig sind - nach eingehender vorheriger

Prüfung. Dadurch ist eine totale Kontrolle dieser Gebiete durch diese Institutionen gewährleistet und etwaige Kontakte nichtautorisierter Personen mit Indianern werden unmöglich gemacht. Dies scheint hinsichtlich des Schutzes der Indianer vor abenteuerlustigen Alternativtouristen vorteilhaft, liefert aber andererseits die Indianer völlig der Willkür der Missionen und des Militärs aus. Rechtlich gesehen ist die FUNAI die legitime "Indianervertretung", was real bedeutet, daß sie für jeden brasilianischen Indianer Vormund ist, da vor dem brasilianischen Gesetz der Indianer als unmündig gilt und folglich jeder Schritt, den er unternehmen will, von der FUNAI autorisiert werden muß.

Zum Desintegrationskartell zählen neben Missionen und Militär noch die Regatoes (Flußhändler), die den Indianern Schnaps und Konsumgüter verkaufen und so den bereits vielfach bewährten Beitrag zur Dekulturation der Indianervölker liefern.



### Salesianische Gehirnwäsche

Erster Schritt der salesianischen Konfrontation mit den Indianern im Rio Negro-Gebiet war die totale Zerstörung der Malocas (Gemeinschaftshütten für mehrere Familien in einem Ausmaß von ca. 40 x 20 Metern). Die Salesianer vermuteten, daß diese Hütten inzestösen Beziehungen freien Raum ließen, was aber aufgrund ethnografischer Studien widerlegt wurde. Ein Beweis für die Ignoranz und Inkompetenz der Salesianer im Bereich ihrer vermeintlichen Zivilisierungsarbeit.

Die Aversion der Salesianer gegen die Malocas hatte aber auch noch andere Gründe. Sie sahen in ihnen - und das mit Recht - das Symbol, die wahre Wiege der Stammestraktionen, der heidnischen Kulte, die ihren Bekehrungsplänen diametral entgegengesetzt waren und der christlichen Moral widersprachen. Sie waren die spirituelle und

soziale Ausgangsbasis für ein funktionierendes Stammesleben. Für den Indianer repräsentierte die Maloca: Küche, EBraum, Schlafplatz, Arbeitsstelle, Versammlungsplatz bei Regenzeit und bei religiösen Zeremonien, kurzum: seine Welt.

Mit den Malocas zerstörten die Missionare das Symbol der indianischen Eigenständigkeit. Außerdem unterbinden sie permanent die Ausübung traditioneller Gebräuche, so wurden z.B. die Bottiche, in denen Caxiri (fermentierte Fruchtgetränk) zubereitet wurde, zerstört und das Trinken dieses Getränks verboten. Diese Strategie zielt auf die totale Vernichtung sämtlicher, durch unzählige Generationen überlieferter kultureller Werte der Stämme. Das alles gipfelt im Verbot der stammeseigenen Sprachen.

Dies war die erste "frohe missionarische Botschaft", welche den Indianern zuteil wurde. Wie diese aufgenommen wurde, läßt sich wohl leicht nachvollziehen. Als nächster Schritt wurden ihre Koka-Plantagen zerstört. Die Kokablätter dienten zur Herstellung von Ipadu, einem pulverisierten Produkt, welches bei religiösen Feierlichkeiten sowie auf längeren Bootreisen als hungerstillendes Mittel verwendet wurde. Produziert wird es von den Stämmen Aruak, Tukano und Maku. Im Zuge der Zerstörung des indianischen Kulturgutes wurde das Land im Namen der Diözesen für das Zivilisierungsvorhaben in Besitz genommen. Das hatte für die Indianer die Konsequenz: harte Arbeit in den Kautschukplantagen und Kastanienhainen, Abgabe billiger Arbeitskraft für Missionen und Militär, eine Stelle als Hausangestellte für das eine oder andere Indianermädchen, Prostitution, Alkoholismus und Marginalität.

So schreibt Darcy Ribeiro - hierzulande durch das Buch "Der zivilisatorische Prozeß" bekannt geworden, zur Zeit Brasiliens wohl bedeutendster und kompetentester Anthropologe (gemeinsam mit dem bereits verstorbenen Eduardo Galvao Begründer einer eigenständigen brasilianischen Anthropologie) über die Salesianer: "Die Ignoranz und Geringschätzung der indianischen Kulturen seitens der Salesianer ließen die Rolle und Wichtigkeit dieser nicht erkennen, wodurch sich das Ergebnis ihrer "Zivilisierungstätigkeit" in der Ausrottung ganzer Stämme widerspiegelt".

Ribeiro stellt somit den Missionar neben den Händler und Grundstücksspekulanten, der für dieselbe Sache kämpft. Der eine wie der andere, jeder auf seine Art, ermöglicht der Gesellschaft mit der Ausrottung der Indianerkulturen den Weg des Fortschritts, des Fortschritts der Kolonisatoren.

#### *Salesianisches Schulmodell*

Die Internatsschulen werden von der Secretaria de Educação und den örtlichen Gemeinden betreut und gefördert. Weitere Finanzhilfen kommen vom Innenministerium, dem Ministerium für Erziehung und Kultur, der UNICEF, der CARITAS und von multinationalen Konzernen der Freihandelszone in Manaus, der Hauptstadt des Bundesstaates Amazonien.

Die Schulen wurden grundsätzlich aus dem in Italien gehandhabten Klosterschulsystem der Salesianer ohne jegliche Adaptation auf brasilianische Verhältnisse übernommen. Das bezieht sich sowohl auf Konstruktion und Organisation als auch auf Lehrpläne und Lehrmittel. Der Gebäudekomplex einer solchen Missionsschule setzt sich aus Kirche, EBraum und Küche als Mitteltrakt, der rechts und links durch das Knaben- und das Mädchenkollegium flankiert wird, zusammen. Bis 1970 wurde der Unterricht nach Geschlechtern getrennt abgehalten.

Die Region Rio Negro umfaßt 111 Schulen, in denen 317 Lehrkräfte zur Verfügung stehen (Stand 1980). Der Lehrkörper setzt sich aus Missionaren, Ordensschwestern und den von ihnen in den Missionsschulen zu Lehrern ausgebildeten Indianern zusammen. Die "Zivilisierung" beginnt

für die Indianerkinder im vorschulpflichtigen Alter mit der Isolierung von Eltern und Stamm in den Missionsschulen. Bei der Einteilung der Schulklassen wird bezüglich der Stammeszugehörigkeit nicht unterschieden, d.h. sämtliche Stämme werden von Beginn an vermischt. Dabei muß man bedenken, daß die Stämme hinsichtlich ihrer Ethnien mitunter Jahrhunderte voneinander entfernt sind und folglich der Kontakt mit entwickelteren Kulturen, die weniger entwickelten aus deren Evolutionsprozeß eliminiert, d.h. die weiter entwickelten Kulturen unterjochen die anderen und beuten sie teilweise aus. Daraus resultiert der erste markante Schritt zur Desintegration autochthoner Kulturen, denen dadurch die Möglichkeit einer eigenständigen kontinuierlichen Entwicklung genommen ist. Ein Beispiel dafür sind die in den Missionen auf engstem Raum zusammenlebenden Stämme Tukano und Maku. Ersterer, bedingt durch eine schon weiter entwickelte Kultur, (auch wegen seiner Arroganz und Herrschsüchtigkeit bekannt) unterwarf die Maku praktisch total. Das geht soweit, daß die Maku für die Tukano Hütten errichten, das Geld, das sie in der Mission erarbeiten an sie abliefern müssen und getrennt voneinander die Mahlzeit einnehmen. Natürlich sind es Tukano, die als Lehrer in den Schulen die Maku unterrichten. Aus diesen Unterwerfungen ergeben sich innerhalb der verschiedenen Indianerstämme missionsinterne Hierarchien, welche eine Solidarisierung dieser untereinander als Einheit der indianischen Stämme unterbinden.

Als Unterrichtsmaterial werden Bücher über griechische und römische Kulturen sowie über das europäische Mittelalter verwendet. Es wird weder über die Geschichte Südamerikas, über die indianischen Kulturen noch über die indianische Bevölkerung Brasiliens im Unterricht gesprochen. Indianersprachen sind in den Missionen strengstens verboten. Auf diese Weise wird die Existenz der eigenen Kulturen völlig geleugnet und somit werden die Indianer ihrer eigenen Geschichte beraubt. Demgemäß werden alle von der Indianerkultur herrührenden Einflüsse von den Missionaren und Ordensschwestern als Werk des Teufels verdammt. Die (gebrauchten) Lehrbücher werden aus Rio und São Paulo eingeflogen; die Schulkinder müssen sie durch Arbeitsleistung abgeben. Die Einstellung der Missionare der Indianer-Kultur gegenüber bewirkt bei den Indianerkindern natürlich Minderwertigkeitskomplexe bezüglich ihrer Abstammung, und sie beginnen sich von diesen Einflüssen zu distanzieren bzw. ihre Indianeridentität zu negieren. Der Teufelskreis schließt sich spätestens nach Verlassen der Mission, wenn sie erfahren müssen, daß sie nun weder Indianer noch gleichberechtigte Brasilianer sind und sie dadurch in immer ärger werdende Identitätskrisen schlittern.

In den Schulen lernen die Mädchen Kuchen backen, Nagellack und Schmuckzeug gebrauchen, hohe Absätze und Miniröcke tragen sowie die sonst noch nötigen Kniffe, um später einmal als Hausangestellte für umgerechnet 70,- DM monatlich bei Offizieren oder begüterten Familien in der Stadt unterzukommen. Die Ordensschwestern selektieren hierfür die "schönsten und liebsten" für die diversen Herrschaften aus. Aufgrund der geringen Stellenangebote ist der Ausleseprozeß entsprechend. Denen, die einmal durch dieses Sieb gefallen sind - und das ist die große Mehrheit -, bleibt nur noch die Prostitution in den Militärbasen und Städten, da sie nach achtjähriger Gehirnwäsche nicht mehr fähig sind, sich in das traditionelle Stammesleben zu reintegrieren. Davon abgesehen, ist die Kollaboration zwischen Missionsschwestern und Militär als sehr gut zu bezeichnen. So wurde z.B. von den Ordensschwestern für die FAB ein eigenes Wochenendquartier zur Verfügung gestellt. Eingerichtet wurde dieses von den Militärs. Hier können sich höhere Offiziere, die eigens dafür per Flugzeug aus der ca. 1.500 km entfernten Stadt Belém (an der Amazo-

nasmündung) kommen, übers Wochenende vergnügen. Der Grund für diese Strapazen sind die hübschen Indianermädchen, welche von den Ordensschwestern den Herren Offizieren ins Bett gelegt werden. Kompensiert wird diese "christliche Nächstenliebe" durch das Benutzungsrecht dieser Räumlichkeiten mit Kühlschränken und sonstigen modernen Haushaltsgeräten während der Abwesenheit der Offiziere. Eine Hand wäscht also die andere.

Wer sich den Ordensrichtlinien widersetzt, braucht auf Sanktionen nicht lange zu warten: einem in der Mission Pari Cachoeira tätig gewesenen Missionar widerstrebte die salesianische Tyrannei, der die Eliminierung jeglicher indianischer Ausdrucksmöglichkeit zugrundeliegt. Ihn hatte der Pajé (Schamane) in die Mythologie und Kosmologie seines Stammes eingeweiht. Dadurch ist er heute einer der wenigen, die über die mystische Welt der Rio Negro-Indianer Bescheid wissen, wofür seine Sprachkenntnisse der jeweiligen Stammsprachen ausschlaggebend waren. Nach 30-jährigem Zusammenleben mit den Indianern gilt er auch in brasilianischen Fachkreisen als einer der profundesten Kenner ihrer Kulturen. Deswegen wurde er auch vom Orden - gegen seinen Willen - von seiner Funktion als Missionar enthoben. Zur Zeit betätigt er sich in Manaus als Lehrer für Anthropologie und als Indianersprachforscher. Ausschlaggebend für seinen Rauschmiß war seine Beliebtheit und Kooperationsbereitschaft mit den Indianern, sowie sein Interesse für deren Sprachen, Gebräuche und für ihre Mythologie, was natürlich beim Orden sehr verpönt war. Verantwortlich für solche Sanktionen ist der Bischof Dom Miguel Alagna, unter dessen Obhut sämtliche Salesianermissionen stehen. Seine Intoleranz besiegelt das Schicksal der dort noch lebenden Indianer, obwohl diese über eine der best adaptiertesten Kulturen des Tropenwaldes verfügen; ihre Lebensgewohnheiten haben sie sogar an die Caboclos (Mestizen) weitergegeben.

1962 publizierte der Salesianer Alcionilio Brüzzi in seinem Buch "A civilização indígena do Uaupés" (Die Eingeborenen-Zivilisation des Flusses Uaupés) seine persönlichen Erlebnisse als Missionar, wobei er die Indianer mit überaus vorurteilsbespickten Kommentaren, in abfälliger Art und Weise darstellt, ihre Kultur, Gebräuche und Lebensform so darstellt, daß man dabei den Eindruck gewinnt, es handle sich um eine seltsame tropische Tierart - alles ganz in der Tradition rassistischer Ethnographie.

### Indianerleben in der Großstadt

Seit 10 Jahren lebt Mario - ein Tukano-Indianer - in Manaus. Und genau vor 10 Jahren hat er zum letzten Mal seine Familie gesehen. Er kam, wie so viele andere, voller Illusionen über die Zivilisation, um hier ein besseres Leben zu beginnen. Heute ist von den Illusionen nichts mehr übriggeblieben. Nur sein Stolz als Tukano ist weiterhin ungebrochen. Dieser verbietet es ihm, ohne Geschenke zu seinem Stamm zurückzukehren. Eine Arbeitsstelle hat er nicht gefunden. Indianer werden in Manaus nicht eingestellt. So hat er sich äußerlich verändert, trägt Hemd und Jeans, hat sich die Haare geschnitten. Durch einen Bekannten und durch Mundpropaganda bekommt er als Universalkraft Gelegenheitsarbeiten auf dem schwarzen Arbeitsmarkt vermittelt. Er bewohnt eine feuchte Kellerbude, deren einziges "Möbelstück" eine Hängematte ist. Dafür bezahlt er umgerechnet ca. 70,-DM monatlich. Am Wochenende ertränkt er seinen Kummer in Cachaça (Zuckerrohrschnaps), ist schon des öfteren im betrunkenen Zustand überfallen worden, ausgeraubt, von der Polizei eingesperrt und am Montag von seinem Freund, einem Missionar, wieder aus dem Gefängnis rausgeholt worden. Auf die Frage, warum er der Polizei nicht sage, daß er Tukano ist und dadurch unter den Schutz der FUNAI fallen würde, antwortet er: "Wenn ich sage, daß ich Indianer bin, bekomme

ich doch nie wieder Arbeit". Als sein Vater ihn anfangs besuchen wollte, versteckte er sich aus Scham davor, sein armseliges Dasein als Tukano dem Vater eingestehen zu müssen. Jetzt kommt der Vater nicht mehr und Mario wird ihn nicht mehr wiedersehen. Übrigens: Marios gibt es derzeit in Manaus ca an die 10.000.

### Indianerausbeutung durch die Kokain-Maffia

Im Rio - Negro-Gebiet unterscheidet man zwischen seßhaften und landwirtschaftltreibenden Stämmen wie den Baniwa, Curipako, Tukano, Piratapuya, Wanano und Betoja sowie den Jäger- und Nomadenstämmen Maku, Waika, Xiriana und Yanomamö. Da die Stämme bis zum Eintreffen der ersten Zivilisationsvollstrecker in der Lage waren, eine ausreichende Selbstversorgung der eigenen Stämme zu gewährleisten, war ein sozio-ökonomisches Gleichgewicht gegeben. Durch die Besitznahme ihrer Länder durch Missionen und Plantagenkultivatoren wurde aber ihre ökonomische Grundlage, resultierend aus einer immer schneller fortschreitenden Dezimierung ihrer Territorien, zerstört.

Die von den Missionen und der FUNAI eingerichteten Stationen waren bei weitem nicht in der Lage, ein entsprechend harmonisch funktionierendes Stammesleben aufrechtzuerhalten; im Gegenteil: die Desintegration avancierte unaufhaltsam. Da nun ihre eigene Existenzgrundlage durch die Zivilisationseinbrüche unterminiert wurde, waren die Indianer gezwungen, einen Ausweg aus dieser Notlage zu suchen. Sie ließen sich in die Konsumgesellschaft integrieren, die von den Regattos eingeführt wurde und der sie sich als Arbeitskräfte selbst verpfändeten. Im kolumbianischen Grenzgebiet wurden von einer Mafia riesige Kokainplantagen angelegt, wobei die brasilianischen Indianer des Rio Negro als Arbeitskräfte fungierten. Sie gelanten dorthin per Ruderboot auf den Flüssen Tiqué, Papuri und Uaupés in drei- bis viertägiger Reise. Bezahlt wird dort in Naturalien: Flinten, Außenbordmotore, Batterieradios sind dabei die begehrtesten Zahlungsmittel.

In derselben Region befinden sich auch Laboratorien, in denen reines Kokain hergestellt wird. Das Kokain-Zentrum ist das kolumbianische Dorf Mitú, 200 km von der brasilianischen Grenze entfernt. Dort gibt es 223 Mafiosi, die sich um das Monopol streiten. Im Dezember 1981 wurden 52 von ihnen in einer bewaffneten Auseinandersetzung umgebracht. Sogar die kolumbianische Guerrillengruppe 19. April (M-19) ist dabei involviert und tauscht Kokain gegen Waffen am Schwarzmarkt von Miami ein.

So sagt ein Tukano dem es gelang, eine Schlüsselposition im Kokaingeschäft zu bekommen: "Bis heute hat mir die Regierung nicht geholfen, so bin ich eben hier eingestiegen". Ebenso erzählt Pedro de Jesus Tariano, 37 Jahre alt: "Die Salesianer schickten mich nach Belém um zu studieren, anschließend steckten sie mich in ein Priesterseminar. Als ich aber kundtat, daß ich mich zum Priester nicht berufen fühle, wurde ich aus der Schule genommen und mein Stipendium gestrichen. Ich kehrte nach Jauarete zurück, verheiratete mich und habe drei Kinder. So begann ich für die kolumbianische Kokainmafia zu arbeiten. Seit 30 Jahren lebe ich in Jauarete, ohne daß sich was verändert hätte. Nirgends gab es eine andere Beschäftigungsmöglichkeit als im Kokainhandel. Sie haben uns zivilisiert, waren aber nicht in der Lage, uns einen Broterwerb in ihrer Zivilisation zu verschaffen".

## Sendero Luminoso

»Leuchtender Pfad« in die Zukunft oder wiederholt sich die Geschichte?

"Diese Seiten sind nicht abgeschlossen. ... Sie sind in der Überzeugung geschrieben, daß eine Fortsetzung des revolutionären Guerillakampfes in Lateinamerika und in Peru möglich und unabdingbar sind ..."

Mit diesen Worten beginnen die Aufzeichnungen von Héctor Béjar Rivera über den Guerilla-Aufstand in Peru 1965. Der Autor, der diese Schrift im Gefängnis verfasste, war Mitkämpfer 1965 in der Guerillatruppe des ELN (Ejército de Liberación Nacional) und einer der wenigen Überlebenden.

Heute, mehr als 15 Jahre danach, scheinen Riveras Voraussagen erneut Wirklichkeit zu werden. Seit Monaten wird Peru von den bewaffneten und spektakulären Aktionen einer Gruppe in Atem gehalten, die im Sprachgebrauch selbst rechter Publikationen und bei der Regierung von "Terroristen" zu "Guerilleros" aufgestiegen sind. Bevor wir doch näher auf "Sendero Luminoso" ("Leuchtender Pfad", wie sich die Gruppe selbst nennt), ihre Strategie und Aktionen näher eingehen, wollen wir ein wenig in die Geschichte einsteigen.

Die Guerilla 1965 von den zwei rivalisierenden Gruppen MIR (Abspaltung der APRA) und ELN (aus der KP hervorgegangen), entstand auf dem Hintergrund eines von sozialen Unruhen geschüttelten Landes, das ökonomisch fest in der Hand des Imperialismus lag und politisch von einer Zivilregierung zwischen den gegensätzlichen Gruppen der Oligarchie durchmanövriert wurde. Die Unzufriedenheit hatte nicht nur die Bauernschaft erfaßt sondern auch Teile des Kleinbürgertums und der Studentenschaft. Die Bauern wollten ihr Land zurück, sich aus sklavennähnlichen Abhängigkeiten befreien und das Recht auf gewerkschaftliche Organisation. Arbeiter und breite Schichten des Kleinbürgertums forderten höhere Löhne.

In diesem Klima entstanden auf der einen Seite neue reformistische Tendenzen wie der Belaundismus und die Christdemokratie. Belaúnde gelang es sogar mit seinen Wahlversprechungen besonders bezüglich einer Agrarreform 1963 die Wahlen zu gewinnen und seine erste Regierung anzutreten. Bald nach seinem Amtsantritt war jedoch klar, daß die Bauern weitgehend leer ausgehen würden. Auf der anderen Seite wuchs aber auch der Einfluß der marxistischen Linken auf Bauernschaft, Arbeiter und Studenten.

Starken Einfluß hatte auch die kubanische Revolution, die das Thema Revolution und Sozialismus wieder auf die Tagesordnung setzte und neben anderen Faktoren eine tiefe Spaltung in der traditionellen Linken (APRA und KP) herbeiführte. Der bewaffnete Kampf war wieder in greifbare Nähe gerückt. Und er war auch bereits auf seine Art begonnen worden. Im Gebirge, in verschiedenen Teilen des Landes aber besonders im Süden in der Provinz la Convención kämpften landlose Bauern geführt von Hugo Blanco um ihre Rechte. Bald war klar, daß sie sich in diesem Kampf verteidigen mußten und es entstanden erste Ansätze von Gewerkschaftsmilizen. Aber die aufständigen Bauern, schlecht vorbereitet, isoliert und kaum von außen unterstützt, wurden bald von der Repression aufgereiben, ihre Führer ermordet oder ins Gefängnis geworfen.

Diese Ereignisse lagen bereits 2 Jahre zurück, als im Juni 1965 an

3 Fronten die ersten Aktionen von ELN und MIR eröffnet wurden. Aber bald stellte sich heraus, daß persönliche Überzeugung und Heldenhaftigkeit der Guerilleros nicht ausreichten, um den Kampf erfolgreich zu führen. Die kleinen bewaffneten Gruppen waren nur ungenügend vorbereitet, meist Studenten oder Intellektuelle aus den Städten an der Küste, nicht vertraut mit dem Leben in den Bergen, der Landbevölkerung und ihrer Sprache. All diese Faktoren führten dazu, daß ihr Widerstand innerhalb von 7 Monaten gebrochen werden konnte, zumal sie von den anderen linken Gruppen nicht oder nur ungenügend unterstützt wurden.

Wo liegen die Parallelen zu heute?

Der Sieg der nicaraguanischen Revolution, der anhaltende Kampf in El Salvador, die sich zuspitzende Lage in Guatemala und Honduras und nicht zuletzt die Niederlage der Volksbewegung in Chile lassen in Lateinamerika immer mehr Stimmen laut werden, daß der bewaffnete Kampf weiterhin unerlässlich ist, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern.

Diese Überlegungen existieren auch in Peru. Hat doch der Wechsel von der Militärdiktatur zur demokratisch gewählten Regierung 1980 bewiesen, daß die neue "Demokratie" eine Farce ist. Die zweite Regierung Belaúndes erscheint eine Wiederholung der Geschichte. Spätestens 2 1/2 Jahre nach seinem Amtsantritt wird das deutlich. Vergessen die Wahlversprechen von wegen einer Million neuer Arbeitsplätze, Wohnungen, Preisstabilität etc. Der bereits vor der vorausgegangenen Militärdiktatur Morales Bermúdez vorgegebene wirtschaftliche Kurs wird konsequent fortgesetzt. Mister Friedmans Monetarismus hat auch in Peru Einzug gehalten. Aufhebung der Import- und Exportbeschränkungen, regelmäßige Abwertung des Sol, Anhebung der Zinssätze und Reprivatisierung großer Teile staatlicher Betriebe, Aufhebung der Subventionierung für Grundbedarfs Güter wie Lebensmittel, Benzin etc. führen das Land immer tiefer in die Krise. Die Preissteigerungen sind so erschreckend, daß man sich wirklich fragt, wie die Leute, die schon bisher kaum das Nötigste zum Leben hatten, jetzt überhaupt noch weitermachen können. Die Arbeitslosen- und Unterbeschäftigtenrate liegt bei über 50%!

Natürlich sind all diese Maßnahmen von Unruhen aus dem Volk begleitet. Aber auch eine "demokratische" Regierung schreckt vor keiner Unterdrückungsmaßnahme zurück, wenn es um die Erhaltung ihrer Interessen geht. Die Formen sind vielgestaltig. Aufhebung früherer Arbeitsrechte, Einführung eines Antiterrorgesetzes, Deckung polizeilicher Repressionen, Diskussionen über die Wiedereinführung der Todesstrafe. Als Argument für die zunehmende staatliche Repression dienen in erster Linie die Aktionen der sogenannten "Terroristen" unter die besonders Sendero Luminoso fällt.

## Ursprung

Der Ursprung dieser marxistischen Gruppe geht auf das Jahr 1964 und die Spaltungen innerhalb der KP zurück. Der pro-chinesische Flügel, der sich von den Revisionisten der Moskauer Linie trennte, zerfiel alsbald wieder in verschiedene Gruppen, darunter auch eine, die wie fünf weitere Splitter den Namen Kommunistische Partei Perus (PCdEP) für sich beanspruchte. Streng auf Mao Zedong-Linie, die die Schwenke der Führung der VR-China nach dem Tod des großen Vorsitzenden nicht mitmachte, beruft sich diese Gruppe auf die Lehren des marxistischen Theoretikers und Mitgründer der ersten peruanischen KP im Jahre 1928, José Carlos Mariátegui. Es geht die Rede, daß das Organisationsstatut der Gruppe mit den Worten: "Gemäß des leuchtenden Pfades Mariátegui ..." eingeleitet wird, was der Organisation den eingetragenen Namen "Leuchtender Pfad" einhandelte.

Sendero Luminoso hat seine Hochburg stets an der Universität San Cristobal de Huamanga in Ayacucho gehabt, Hauptstadt des gleichnamigen Andenbezirks, einer der ärmsten und vernachlässigsten des Landes, der bereits schon öfters von sozialen Unruhen geschüttelt wurde. Nicht zuletzt während der Guerilla 1965.

Sendero Luminoso propagiert den bewaffneten Kampf, der vom Land in die Städte getragen werden muß und machte damit auch Ernst, als er Anfang 1980 auf einem nationalen Kongreß zur Auffassung gelangte, daß in Peru alle Bedingungen erfüllt seien, diesen Kampf anzufangen. Mit dem Regierungswechsel am 18. Mai 1980 war der Startschuß gegeben.

### Struktur

Trotz fieberhafter Bemühungen von Seiten der staatlichen Repressionsorgane liegen bisher nur wenige Erkenntnisse über Stärke und Struktur von Sendero Luminoso vor. Wie die meisten Untergrundorganisationen ist sie streng hierarchisch gegliedert. Die einzelnen Gruppen oder Zellen operieren unabhängig voneinander und stehen nur über ihre Leitungen miteinander in Verbindung. So kennt jedes Mitglied nur den kleinstmöglichen Teil der Gesamtorganisation. Fällt ein oder mehrere Mitglieder der Repression in die Hände, so reißt der Faden zum Rest der Organisation sofort ab.

Es kursieren Zahlen, daß es sich bei Sendero Luminoso um etwa 500 bewaffnete Personen handelt. Auf die Art und Weise wie sich die Aktionen in der Zwischenzeit multipliziert und auf weitere Regionen bis weit in den Norden ausdehnen, entsteht jedoch der Eindruck, daß sich weitere Gruppen den Kämpfenden angeschlossen haben. (Regional Report vom 14. Mai 1982 nennt mehrere Splittergruppen in der Stärke von 15 bis 200 Personen).

Über Verbindungen zu ausländischen Organisationen (M19 in Kolumbien wurde bereits als Gerücht gehandelt) gibt es nur Mutmaßungen. Beiläufig entblödete sich nicht, die Vermutungen aufzustellen, daß "ein karibisches Land" seine Hände im Spiel hätte. Und schließlich habe man bei den Guerilleros auch ausländische Waffen gefunden!

### Aktionen

In der peruanischen Tageszeitung "Corréo" vom 25.6.1982 bekannte sich Sendero Luminoso zu 2900 Aktionen seit Beginn seiner Tätigkeit. Trotzdem ist es schwer zu sagen, welche Anschläge und Attentate wirklich auf seine Rechnung gehen, da er sich selten offiziell bekennt oder distanziert. So kommen auch immer stärkere Vermutungen auf, daß ein Teil der Aktionen von rechtsgerichteten Gruppen ausgehen, die mit Duldung oder gar mit Wissen der Polizei und des Innenministeriums operieren, um die politische Lage weiter anzuheizen.

Bei den Senderoaktionen lassen sich verschiedene Phasen unterscheiden. Etwa ein Jahr lang machte Sendero Luminoso durch gelegentliche Sabotageakte (Sprengung von Hochspannungsmasten, Bombenanschläge auf öffentliche Gebäude etc.) von sich reden. Später folgten Überfälle auf Polizeiposten und Bergwerke zwecks Waffenbeschaffung. Diese Aktionen spielten sich zu diesem Zeitpunkt noch in der Region von Ayacucho ab, was dazu führte, daß dort bereits im Herbst 1981 in 5 Provinzen der Ausnahmezustand ausgerufen wurde.

Eine qualitativ neue Stufe des Kampfes leitete die spektakuläre Aktion am 2. März 1982 ein. Ein Kommando von ca. 50 bewaffneten Personen stürmte das Provinzgefängnis in Ayacucho. Im Verlauf des mehrstündigen Gefechts konnten sich über 300 Gefangene befreien, darunter auch viele "Senderistas". Eine nie gekannte Menschenjagd setzte in der Region ein. Trotzdem blieben fast alle Entflohene spurlos verschwunden.

Einige Tage später wurde der Polizeiposten in einem kleinen Dorf in der Nähe von Ayacucho mehrere Stunden von einer Gruppe beschossen, ließ sich aber nicht einnehmen.

Die Polizei, die auf Grund erbeuteter Dokumente bereits vor Monaten über eine Verschärfung der Aktionen informiert war, glaubte jedoch offensichtlich nicht so recht an eine zunehmende Stärke der Organisation.

In der Zwischenzeit dehnten sich die Aktionen auch auf andere Gebiete aus. Im März blieben große Teile der Hauptstadt Lima nach der Sprengung von Hochspannungsmasten stundenlang in Dunkelheit gehüllt. Am 28. Juni stürmte ein Kommando das Gefängnis von Cerro de Pasco in der Zentralsierra. 13 Geiseln konnten befreit werden.

Im August wurde in Lima und Callao nach einem eintägigen totalen "black-out", der verbunden war mit Bombenanschlägen und Plünderungen, auch dort der Ausnahmezustand ausgerufen.

Mitte August kamen bei einem Angriff von 100 bewaffneten Personen auf einen abgelegenen Polizeiposten 180 Kilometer von Ayacucho entfernt 6 Polizisten und 20 Guerilleros ums Leben.

Ziel dieser Unternehmungen scheint es, die Polizeikräfte von ihren Außenposten in manchen Gegenden abzudrängen, um so einen größeren Aktionsradius in "befreiten Gebieten" zu bekommen.

Die Aktionen werden selektiver. Attentate auf Repräsentanten der Herrschenden, Amtsträger wie Bürgermeister, Gouverneure, Abgeordnete nehmen zu. Ebenso Hinrichtungen von sogenannten "Verrätern". So wurden die Fälle von zwei Bergarbeitern bekannt, deren enthauptete Leichen aufgefunden wurden, versehen mit einer Nachricht, die den bewaffneten Kampf hochleben ließ und die Opfer als Spitzel entlarvte. Oder der Angriff auf eine kleine Ortschaft in der Region Ayacucho bei dem der Bürgermeister und ein Geschäftsmann getötet wurden. In einer anderen Ortschaft wurde angeblich der Bürgermeister wegen Verrats öffentlich vor den Augen der versammelten Dorfbewohner von einem Kommando hingerichtet.

Solche Meldungen sind wie immer mit Vorsicht zu genießen. Natürlich ist nicht auszuschließen und möglicherweise auch nicht verwerflich, daß Sendero Luminoso oder andere Gruppen zu solchen Methoden greifen. Auf der anderen Seite dienen solche Meldungen aber den Kreisen, die die Guerilla weiterhin im Schema von Terroristen halten wollen, die ohne Rückhalt in der Bevölkerung, ja sogar gegen deren Widerstand operieren. So kommen dann auch Nachrichten, daß Kommandos LKWs, besetzt mit Bauern, die zum Markt fahren, überfallen und den Eingeschücherteten mit Waffengewalt eine revolutionäre Spende abfordern. Oder die militärische Besetzung von Dörfern, die der Verbreitung von politischer Propaganda dienen. Es soll auch vorgekommen sein, daß sich Dorfgemeinschaften gegen die Guerilleros zur Wehr gesetzt haben.

### Verankerung

Den Rückhalt der "Senderistas" innerhalb der Bevölkerung zu beurteilen, ist wirklich schwer. Es ist aber auf jeden Fall bemerkenswert, wie relativ unbeschadet und weiterhin stark Sendero Luminoso bisher aus allen Aktionen und Verfolgungen hervorgegangen ist. Eines zumindest scheint die heutige Guerilla ihrer Vorläuferin von 1965 vorauszuhaben: Ihre Mitglieder kommen aus der Region selbst, der "mancha india", dem "indianischen Fleck", wie sie genannt wird, weil dort der allergrößte Teil der Bevölkerung indianisch ist und Quechua spricht. Und obwohl die meisten von der Universität in Ayacucho kommen, sehen sie doch aus wie die Einheimischen und sprechen deren Sprache. Das erhöht ihre Operationsfähigkeit enorm und schafft sicher auch größeres Vertrauen bei der Landbevölkerung. Anders läßt sich auch die Tatsache nicht erklären, daß nach dem Sturm auf das Gefängnis in Ayacucho mehr als 300 Personen unauflöslich

findbar in der völlig unwirtlichen Berggegend verschwinden konnten. Ob das nur auf die Einschüchterung der Bevölkerung zurückzuführen ist?

Die große Menschenmenge, die zur Beerdigung der Senderoführerin Edith Lagos im September in Ayacucho zusammenkam, war sicherlich freiwillig gekommen, dem Ausnahmezustand, der immer noch in der Region herrscht und dem Polizeiterror zum Trotz. Edith, fieberhaft gesuchte Guerillachefin, über die "El Diario" noch im März 82 in einem tränenrührenden Interview mit 2 ihrer Schwestern berichtete, sie sei Opfer einer Hetzkampagne und hätte nichts mit der Guerilla zu tun, war bei der Aktion am 2. März aus dem Gefängnis entkommen und seitdem verschwunden. Nach offiziellen Meldungen des peruanischen Innenministeriums fiel die Guerillera am 3. September bei einem Zusammenstoß mit der Polizei. Es gibt aber auch andere Versionen, die besagen, daß Edith erst nach ihrer Verhaftung zu Tode kam. ERhärtert wird dieser Verdacht dadurch, daß die Polizei die Leiche nicht gleich den Familienangehörigen übergeben wollte. Edith war schon während ihrer Haftzeit Opfer von Mißhandlungen geworden.

### Repression

Die Regierung geht bei der "Bekämpfung des Terrorismus" weiß Gott nicht zimperlich vor. Schon bald nach dem ersten Auftauchen von Sendero Luminoso verabschiedete die Regierung im Frühjahr ein Antiterrorgesetz, das stark dem westdeutschen nachempfunden ist. Neben den konkreten terroristischen Taten werden auch die Verbreitung und Aufruf zur Gewalt in Wort und Schrift (§ 88a) und die Bildung einer "kriminellen Vereinigung" (§ 129) unter Strafe gestellt. Terrorist ist jeder, der der Regierung unbequem ist, und das sind viele. Der Gewalt ist Tür und Tor geöffnet. Durch die prompte Verhängung des Ausnahmezustands in gefährdeten Regionen, werden verfassungsmäßige Garantien nach Schutz vor Verhaftung und Freiheit der Person aufgehoben und ermöglichen den Repressionskräften, der Polizei und der Antiterrorseinspezialität "Sinchis" ein rücksichtsloses Vorgehen und Menschentreiben gegenüber der Bevölkerung.

Es kann sich auch nur um eine Frage der Zeit handeln, bis Belände dem Drängen des Militärs nachgibt und es zu den Säuberungsaktionen einsetzt. Zu deutlich mag dem Herrn noch vor Augen stehen, daß er sich 1968, als er die Militärs zum Ordnungsmachen ranließ, selbst sein "Aus" bescherte. Die Militärs übernahmen damals vorsichtshalber gleich die ganze Macht.

Willkürliche Verhaftungen von Linken, Bauernführern und Gewerkschaftern häufen sich. Die Gefängnisse sind mit Tausenden von Terrorismusverdächtigen gefüllt, die oft unter unhaltbaren Anklagen monate- ja jahrelang auf ihren Prozeß warten. Immer öfter wird von Gefangenen und Menschenrechtskommissionen der Vorwurf erhoben, daß in den peruanischen Verhörzentren und Gefängnissen mißhandelt und gefoltert wird. Die Fälle von Festgenommenen, die in der Haft zu Tode kommen, häufen sich.

Die Zustände in den Krästen sind katastrophal. Besonders schlimm scheint es auf der ausbruchssicheren Gefängnisinsel "El Frontón" zuzugehen, auf die in der Zwischenzeit die politischen Gefangenen aus den Provinzgefängnissen verlegt werden, da man weitere Gefangenenbefreiungen befürchtet. Am 23. Juli kam es auf "El Frontón" daher zu einer Gefangenenermäuterung, bei der 5 Gefangene verletzt wurden.

Die Geschichte wiederholt sich auf traurige Weise. Auf "El Frontón" saßen in den 60er Jahren Hugo Blanco und die Genossen vom MIR und ELN und warteten auf die Vollstreckung ihres Todesurteils.

Die Todesstrafe wurde später abgeschafft, die politischen Gefangenen unter der Reformregierung General Velascos arrestiert. Jetzt

soll die Todesstrafe wieder eingeführt werden. Es liegt bereits eine Gesetzesvorlage vor, die die Verfassung ändern soll. Sehr brutal war das Vorgehen der Polizei nach dem Sturm auf das Gefängnis in Ayacucho. In einem Rachefeldzug wurden 3 junge Männer, die als Terrorismusverdächtige verletzt im Krankenhaus lagen, nachts dort aus ihren Betten gezerrt und hinterrücks "auf der Flucht" erschossen. Das geschah vor den Augen der Patienten und des Personals. 2 weitere Personen konnten sich nur durch Glück ihren Henkern entziehen. Der Fall wurde zum Skandal, weil der eine Erschossene Sohn eines pensionierten Militärs war. Der Vater brachte ihn an die Öffentlichkeit. Eingeschüchterte Zeugen wollten nur anonym über die Tathergänge berichten. Nur zögernd begannen die offiziellen Stellen mit einer Untersuchung des Falles, ging es ihnen doch an den eigenen Krügen.

Am meisten gefürchtet und verhaßt sind aber die "Sinchis". Seit Jahren verbreiten sie Angst und Schrecken bei den Dorfgemeinschaften auf dem Land. Mit Vorliebe werden sie gegen Landbesitzer eingesetzt. Bei ihren zahlreichen Überfällen auf Bauerndörfern terrorisieren sie die Bevölkerung, nehmen die Männer mit, mißhandeln Kinder und Alte, vergewaltigen die Frauen, sengen und brennen und rauben das Vieh. Oft dringen die Nachrichten von neuen Schandtaten gar nicht bis in die Zentren vor, da sie sich weit ab auf dem Land abspielen. Aber auch wenn sie bekannt werden, wie im Fall am 27. Juli 82 bleiben sie ungeahndet. Damals besetzte ein Kommando der Sinchis ein kleines Dorf in der Nähe von Ayacucho. Alle Bewohner waren zu einer Dorffest zusammengelassen und von dem Überfall völlig überrascht. Alle wurden verhaftet und die meisten mehr als 3 Tage festgehalten. Man war auf der Suche nach Terroristen. Das Dorf bot nach Abzug der Truppe ein Bild der Verwüstung.

Die Neue Zürcher Zeitung machte sich am 4. September Überlegungen zu der Tatsache, daß trotz gründlicher Durchkämmung der Gebiete bisher nur sehr wenige "Senderistas" festgenommen werden konnten, da sie nicht glaubt, daß die Guerilla bereits eine erhebliche Verankerung innerhalb der Landbevölkerung besitzt, kann sie sich das nur so erklären: "Die Campesinos haben Angst vor den Senderistas, vor den Sinchis fürchten sie sich aber noch mehr."

Was der Regierung nicht gelungen ist, war die propagandistische Vermischung von Drogenhandel und Terrorismus. So einfach hätte sie es gern gehabt. Aber die Drahtzieher und Bosse dieses Geschäfts müssen die feinen Herren schon in ihren eigenen Reihen suchen. Falls eine Verbindung zwischen Guerilla und den Drogen besteht, dann höchstens die, daß die Drogenmafia hin und wieder durch geeignete Maßnahmen zur Kasse gebeten wird.

### Die parlamentarische Linke und Sendero Luminoso

Spätestens seit dem spektakulären 2. März sieht sich die Linke gezwungen, sich näher mit dem Thema Guerilla auseinanderzusetzen und Position zu beziehen. Vorher waren es immer die Aktionen einiger kleiner terroristischer Splittergruppen ohne Rückhalt in den Massen". Die Situation der parlamentarischen Linken ist prekär, sitzt sie doch zwischen allen Stühlen. Von Sendero Luminoso seit den Parlamentswahlen als Verräter des Klassenkampfes abgestempelt, isoliert von der unzufriedenen Basis, der sie durch ihr Parlamentsprogramm immer weniger angedeihen hat und zu der sie aufgezogen von innerparteilichen Querelen und leidiger Bürokratenarbeit den Kontakt verloren hat, angegriffen von den Rechten als Extremisten und Kollaborateure der Guerilla.

Das hatten sich die linken Parteien 1980 ganz anders vorgestellt, als sie sich fast alle für das Parlament als Tribune für den Klassenkampf entschieden. Die Basis ist weg und im Parlament sind sie an die Wand gespielt. Darüber kann auch der relative Wahlerfolg bei

den Gemeinderatswahlen 1980 nicht hinwegtäuschen. Sie werden selbst Opfer der Repressionen. Obwohl die Ursache des politischen und sozialen Elends in der Ausverkaufspolitik der Herrschenden zu suchen ist, macht doch ein erheblicher Teil der verbleibenden Linken (IU) die "Terroristen" für die sich zuspitzende Lage mitverantwortlich. So erklärte die IU in der linken Tageszeitung "El Diadio" am 25.7.82: "... unsere Ablehnung ist Verurteilung dieser Aktionen, die von dogmatischen Gruppen wie Sendero Luminoso durchgeführt werden und dem Terrorismus zuzurechnen sind und dabei die Notwendigkeit unterschätzen, die Massen politisch zu organisieren..." und die "... völlig an den Interessen des Volkes und der Nation vorbeigehen und die repressiven Pläne der Regierung und der Rechten im Allgemeinen begünstigen. ..."

Das ist Revisionsstalinismus. Altbekannt, oft praktiziert. So oder ähnlich hieß es auch 1965 als die isolierten Gruppen in den Bergen fielen, ohne Unterstützung der anderen. Später haben viele Organisationen "MIR" auf ihre Fahnen geschrieben und Che Guevara als Helden gefeiert.

Aber es gibt auch andere Positionen. Auf einem Gewerkschaftstreffen im Mai 82 bekannten sich verschiedene linke Gruppen dazu, daß der bewaffnete Kampf der einzige Weg sei, die Macht zu gewinnen. Sendero Luminoso eine politische Position hätte und damit politisch auch ernst genommen werden müsse und die subjektiven Bedingungen für die Revolution immer schneller heranzureifen, nachdem die objektiven schon lange gegeben seien.

Dazu kommt ein zunehmender Druck von seiten der Basismitglieder, die von ihrer Führung entschiedenere Positionen verlangen und daran gehen, ihre eigenen Aktionen zu starten.

So fordern einige Stimmen, zur Guerrilla - ohne mit Sendero Luminoso in allen Positionen übereinzustimmen - Brücken zu schlagen und verschiedene Kampfformen in eine gemeinsame Strategie einzubeziehen. Kann es sich dabei im Moment um mehr als bloße Appelle handeln? Das setzt ja eine Geschlossenheit und Reife innerhalb der permanenten Linken voraus, die zur Zeit sicher nicht zu erwarten ist. Der Kampf geht also weiter.

## Rezensionen

Sieglinde Braeucker: »Frauenwiderstand in Lateinamerika«

Verlag Libertäre Assoziation (1982)

Ottenser Hauptstr. 53, 2 Hamburg 15

Sieglinde Braeuckers Buch "Frauenwiderstand in Lateinamerika" ist in erster Linie ein Ergebnis ihrer Arbeit in der Chilesolidarität. "Jahrelang arbeitete ich u.a. in der Frauengruppe "Freiheit für politisch gefangene Frauen in Chile", in der wir uns zum Ziel gesetzt hatten, weibliche politische Gefangene durch die Übernahme von Patenschaften frei zu bekommen." (S.6.)

Während dieser Aktivitäten sind eine Menge von Fragen entstanden, die im vorliegenden Buch ausführlich behandelt werden: Welches Frauenbild herrscht in den linken Organisationen. Wie wird mit der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung umgegangen? Was bedeutet es für die Identität einer chilenischen Frau, in erster Linie "Kämpferin" zu sein und sich erst auf diesem Hintergrund als Frau und Mutter sehen zu dürfen?

Die Autorin hat sich nicht nur auf die Chileninnen beschränkt, sondern auch die Geschichte der proletarischen Frauenbewegung in Bolivien aufgearbeitet und am Beispiel Brasiliens die allgemeinen Formen der Frauenunterdrückung in Lateinamerika dargestellt. Die allgemeinen Thesen und historischen Erläuterungen werden immer wieder durch Interviews lebendig gemacht.

Neben den "berühmten" Frauen des chilenischen Widerstands kommen auch einige unbekanntere zu Wort.

Der zweite Strang des Buches befasst sich mit einem Problem, das die bisher vorgestellte Fragestellung notwendig ergänzt und in den Zusammenhang rückt, der ihre eigentliche Bedeutung erst richtig klar macht. Hierbei geht es um die Frauen in Kuba, um die "Frauenunterdrückung nach der Revolution". Nachdem S.B. die theoretischen Auseinandersetzungen darlegt, die zum Thema Frauenemancipation in Kuba in den letzten 20 Jahren gelaufen sind, überprüft sie die Ansprüche an der Realität. Sie kommt dabei zu dem Ergebnis, daß es einen "Machismo" kubanischer Prägung durchaus gibt. Diesen beschreibt sie genau anhand seiner verschiedenen Aspekte. Sie kommt zu dem Schluß, daß die Kubanerinnen zwar sehr viel bessere Voraussetzungen haben, sich beruflich gleich zu stellen, daß sich aber dort dasselbe wiederholt, was wir von anderen sozialistischen Ländern kennen. "Die Frauen (sind) einer dreifachen Belastung ausgesetzt, da ihnen obendrein noch die Sorge und Belastung um den Haushalt und die Familie aufgebürdet wird." (S.200).

Angelika Löw: »Was wird aus uns, wenn keine sich wehrt?«

Kolumbien: Die alltäglichen Kämpfe der Frauen.

Reinbeck: Rowohlt 1982 (rororo Frauen aktuell)

Viele von uns erhoffen sich von einer Reise in die Länder der 3. Welt mit eigenen Augen und Ohren mehr darüber zu erfahren, was Unterentwicklung und politische Repression, aber auch noch nicht so

zerstörte Sozialbeziehungen für das Leben der Menschen dort wirklich bedeuten. Und immer mehr Frauen interessieren sich besonders für die Situation der Frauen in den sogenannten Entwicklungsländern. In der Regel bleiben wir auf unsere Beobachtungsgabe beschränkt und bestimmt der Zufall, ob wir unseren Status als beliebige austauschbare Touristen durchbrechen und nach dem fragen können, was uns so brennend interessiert.

Angelika Löw hatte in Kolumbien die Gelegenheit, mit Frauen ins Gespräch zu kommen und sie hatte diese in einem Buch weitergegeben, dessen Lektüre für mich selber wie eine Reise war. Eine Reise in die Lebensgeschichten von Frauen, wie sie mir als überzeugende Persönlichkeiten in lateinamerikanischen Ländern begegnet und in Erinnerung geblieben sind. In zehn Interviews erzählen Frauen offen und engagiert aus ihrem Leben, erzählen, was ich mir so manchmal zusammengereimt habe, und überraschen mich doch immer wieder, mit welcher Klarheit sie, die nicht gewohnt sind, viele Worte über sich zu verlieren, sich zu vermitteln wissen.

Da Frauen verschiedenen Alters und aus unterschiedlichen sozialen Schichten zu Wort kommen, werden eine Fülle von Aspekten und Problemen angesprochen, die das Leben der Frauen bestimmen. "Die Geschichte einer jeden Frau spiegelt Allgemeines wider, insofern sie als Repräsentantin einer bestimmten sozialen Gruppe begriffen wird, und auch Besonderes als unverwechselbare Einzelpersönlichkeit." (S.13)

So werden wir aus der Sicht der betroffenen Frauen über die Lebensbedingungen in den Elendsvierteln, die Lage der armen Landbevölkerung, der politischen Gefangenen und der Hausangestellten aufgeklärt. Wir erfahren, wie die Geschichte des Landes und die soziale Herkunft der Eltern das Leben der Frauen geprägt haben, was für sie Schulbildung und frühe Erwerbstätigkeit bedeutete, was sie sich als Mädchen vom Leben erwünscht haben und was daraus wurde.

Die von der Autorin erstellte Chronologie des Landes und kleine Einschübe mit zusätzlichen Informationen zu bestimmten Problembereichen vertiefen den Einblick in die gesellschaftlichen Bedingungen der Situation der Frauen.

Für die meisten Frauen ist das Leben ein täglicher Existenzkampf und zwar in physischer als auch psychischer Hinsicht.

Ein Kampf auf den sie zwar von kleinauf vorbereitet wurden, da sie es nie anders erlebt haben, der aber deswegen noch nicht leicht zu bestehen ist.

Mich haben die Aussagen der Frauen über ihre psychischen Belastungen sehr beeindruckt. Diese psychischen Leiden, verursacht durch die extreme Ausbeutung, die sexistische Diskriminierung unter dem Machismo, die ungesicherte Existenz und oft vermißte Anerkennung und Liebe, sind eine wesentliche Triebkraft zur Auseinandersetzung mit ihrer sozialen Umwelt. Aus dem Bericht jeder einzelnen Frau wird deutlich, daß psychisches Leiden kein Privileg der Reichen ist.

Der Einsatz aller ihrer Kräfte fürs Überleben verlangt von ihnen viel psychische Stärke und beinhaltet für sie auch soziales Engagement für ein besseres Leben und ihre Würde und Rechte als Frauen. Dies zu verstehen, ermöglicht uns auch erst, die Frauen der 3. Welt nicht nur als Opfer eines brutalen Systems zu sehen, sondern auch schon unter diesem System ihre Anstrengungen und Hoffnungen für eine bessere Gesellschaft wahrzunehmen. Ihre Auflehnung gegen Unterentwicklung und Unterdrückung erfordert eine politische Lösung. "Doch findet die Vorbereitung auf diese Kämpfe auf einer ganz anderen Ebene statt: im täglichen kleinen Krieg um psychische und physische Überleben, und er wird nicht nur von revolutionären Helden geführt, sondern von Menschen, von deren Niederlagen und Siegen keine Notiz genommen wird." (S.12)

Albert Lot: »Verboten des Sturms-Aufzeichnungen aus dem neuen Nicaragua«

Matthes und Seitz, München 1981

Lot will als Sozialist die Probleme analysieren, vor denen Nicaragua im zweiten Jahr nach dem Sieg der Sandinisten steht. Er kommt dabei auf alle Fragen, die unter den Linken ständig diskutiert werden, zu sprechen, erwähnt die Fragwürdigkeit der gemischten Wirtschaft, das bleibende Elend der Armen, die bürokratischen Tendenzen im Staatsapparat und viele kritische Punkte. Sie lassen ihn zum Schluß kommen, daß in Nicaragua alles auf einen Staatskapitalismus hinausläuft, der geführt wird von einer Staatsbourgeoisie: "außenpolitische Annäherung an die Sowietunion, innenpolitisch die revisionistische Hegemonie über die proletarischen Klassen, die Campesinos, Arbeiter und Marginados" (S.93)

Diesem Weg, den er als den Plan der FSLN charakterisiert, stellt Lot eine eigene Perspektive entgegen: das Modell der "antipossessiven Ökonomie". Um dieses zu charakterisieren, müssen wir uns an dieser Stelle mit einem Kernsatz begnügen: "Das antipossessive Modell würde bedeuten: Selbstverwaltung der Arbeiter, eine Umverteilung von Lohnkosten auf staatlich finanzierten Konsum, der in gleichem Umfang je Person bereitgestellt würde und der keine Eigentumsrechte mehr beinhaltet. Die Konsumgüter würden damit zunehmend ... kollektive Form annehmen." (S.101)

Soweit die eine Seite des Buches. Damit könnte man sich noch abfinden, obwohl sowohl die Charakterisierung der politischen und ökonomischen Realität als auch die Darlegung des Gegenmodells in Begriffen, Phrasen und Plattheiten erfolgt, die deutlich machen, daß der Autor zwar die Gemeinplätze und den Jargon linker Dilettanten kennt, aber keine Ahnung davon hat, wie mit wissenschaftlichen Begriffen und Analysen historische Ereignisse beschrieben werden können.

Lot hat nämlich seine politischen Überlegungen mit geschichtlichen Rückblicken, sowie Beobachtungen und Erlebnissen versehen, die aus einem Aufenthalt in Nicaragua stammen. In diesen Passagen kommt eine Haltung zum Ausdruck, die jeden guten Willen und alles Bemühen widerlegen, welche man ihm nach dem oben Gesagten vielleicht hätte unterstellen können.

Da wird erzählt, wie die Kommandanten der Revolution während des Bürgerkriegs in Costa Rica saßen, wo sie "mit Frauen rummachten und sofften" während die "muchachos" den Kopf hinhalten mußten.

Da werden die Frauen im Stile verkommenster sexistischer Arroganz auf ihre "glänzenden Körper und ihre Wunderschönheit" reduziert, "denen das Nervöse und Eckige der Frauen von Europa fehlt". (S.37) Wilde Unterstellungen, sensationslüsterne Gerüchte, sentimentale Tränengeschichten, alles im Ton des allwissenden Erzählers, der locker und floppig seine Geschichten leicht lesbar, leicht skurrill und etwas mysteriös verpackt, damit die Leser ja das Gefühl bekommen, hier werde ihnen die Wahrheit auf eine nicht alltägliche Art und Weise serviert.

Ich habe mir sagen lassen, daß das Buch als Raubdruck in Berlin in der Szene großen Anklang findet. Deshalb ist es auch hier besprochen worden, denn zu dieser Szene gehören durchaus diejenigen, die mit Nicaragua sympathisieren und ehrlich etwas wissen wollen.

Natürlich sollte niemand das Buch kaufen, das ist mit dieser Rezension keineswegs bezweckt. Es lohnt sich wirklich nicht. Albert Lot ist ein Pseudonym. Ich wollte mich eigentlich um die Identität des Herrn kümmern, erpfand es jedoch als zu großen Aufwand. Er gehört sicher in die Kreise des "Pflasterstrand" oder der "Transatlantik", vielleicht ist er auch ein "Unabhängiger". Traurig und ärgerlich, daß er ein so falsches und zynisches Buch über Nicaragua geschrieben hat.

## Chile: Spendenaufruf für Rahue Alto

Wir bitten um Unterstützung der Basisgemeinde "Jesus Obrero" in Osorno/Chile, die wir von Oktober '80 bis März '81 besucht haben. Osorno ist ein 150.000-Einwohner-Stadt im ländlichen Süden Chiles. Die Stadt und ihre Umgebung leben von der Landwirtschaft und einigen Industriebetrieben zur Verarbeitung von Agrarprodukten. Seit dem Putsch von 1973 sind im Zuge der monetaristischen Wirtschaftspolitik der Militärregierung zahlreiche Industriebetriebe zugrunde gegangen. Heute gibt es in Osorno noch ganze drei große Fabriken, eine Molkerei, eine Fleischfabrik und eine Mühle, mit jeweils etwa hundert Beschäftigten, deren Zahl aber ständig abnimmt. Auch in der Landwirtschaft hat die Zahl der Beschäftigten abgenommen. Sie bietet den zahlreichen Arbeitslosen nur für wenige Wochen Arbeit.

Rahue Alto, der Stadtteil, in dem die Gemeinde "Jesus Obrero" liegt, ist das ärmste Viertel von Osorno. Dort leben etwa 40.000 Menschen unter zum größten Teil menschenunwürdigen Bedingungen. Die Zahl der Bewohner schwankt durch die saisonbedingte Arbeitssuche und die dadurch verursachte Bevölkerungsbewegung zwischen Stadt und Land. Insgesamt wachsen die Elendsviertel jedoch immer mehr. Die Wohnverhältnisse sind katastrophal: die meisten Familien leben in zugigen Hütten von 10 - 15 m<sup>2</sup>, oft notdürftig aus Pappe, Plastikfolie und einigen Brettern zusammengezinnt. Auf etwa zwanzig Hütten kommt ein Wasserhahn, Stromversorgung ist meist garnicht vorhanden. Die meisten Männer in Rahue Alto sind arbeitslos.

Die unmittelbaren täglichen Bedürfnisse sind der Ansatzpunkt für die Arbeit der Gemeinde "Jesus Obrero" (Jesus der Arbeiter). Sie wird geleistet von drei Frauen, die dem Orden "Sagrado Corazon" angehören, und zahlreichen freiwilligen Mitarbeitern. Ihre wesentlichen Bestandteile sind eine Krankenstation, eine Frauenwerkstatt und eine Kinderspeisungsstätte. In der Krankenstation (40 m<sup>2</sup>, 3 Räume) arbeiten eine der Ordensschwwestern und drei behelfsmäßig von ihr ausgebildete Krankenschwestern. Die Krankenstation dient der ambulanten Erstversorgung. Daß mit einem Jahresetat von 10.000 DM bei ca. 9.000 Patienten pro Jahr (1980) eine effektive medizinische Betreuung nicht gewährleistet werden kann, hat zur Folge, daß viele schwer Erkrankte nicht behandelt werden können.

In der Kinderspeisungsstätte bekommen täglich etwa 150 - 180 Kinder eine warme Mahlzeit. Dieses Essen, das für viele Kinder oft das einzige am Tag bleibt ist sehr dürftig: meist nur eine Tasse Milch und ein Teller Suppe. In der Frauenwerkstatt werden aus Stoffresten Kunsthandwerk und Kleider für die Kinder hergestellt.

Wie die Krankenstation keine hinreichende medizinische Versorgung für die Bewohner von Rahue Alto darstellt, werden auch weder die Kinder durch die Kinderspeisungsstätte ausreichend ernährt, noch können die Frauen mit ihren Textilien mehr als nur einen winzigen Bruchteil dessen erwirtschaften, was für den Unterhalt ihrer Familien notwendig wäre. Die Hauptbedeutung dieser Einrichtungen liegt darin, daß sie ein Treffpunkt für die Leute sind, daß sie dort anfangen, ihre gemeinsamen Probleme zu erkennen und sie gemeinschaftlich anzugehen.

Wir haben mit den Leuten dort damals ausgerechnet, daß monatlich DM 800 zur Aufrechterhaltung der Arbeit notwendig sind. Im Mai 1981 haben wir eine Spendenaktion für Rahue Alto bei unseren Freunden und Bekannten begonnen, die monatlich DM 300 erbringt. Jetzt suchen wir Einzelpersonen und Gruppen, die uns mit regelmäßigen Spenden helfen, die benötigten DM 800 monatlich zusammenzubringen. Dazu gibt es ein Spendenkonto:

Kto-Nr. 0740171321, Stadtparkasse Berlin - W, BLZ 10050000  
Kto-Inhaber: S. Dewey, Gustav-Müller-Platz 1, 1000 Berlin 62  
Kennwort: Hilfe "Rahue Alto"

Weitere Informationen auch bei S. Dewey (Tel. 030/7817586)

## Zeitschriftenschau

I K A Nr.21, August 1982, Zeitschrift für Kulturaustausch und Internationale Solidarität, c/o CON, Westerdeich 38, 28 Bremen

Kommentar zur aktuellen israelischen Politik - "Wenn man das Bild nicht ändert, kann es auch im Kopf keine Lösung geben", eine Reise durch Israel, den Libanon und die besetzten Gebiete - Reisemöglichkeiten in Palästina - "Ich kam wegen meiner Gedichte ins Gefängnis", Lyrik in Nordafrika-Aufschrei und Hoffnung - Marokko zwischen Repression und Widerstand - Quer durch ein freies Kuba, zum 80. Geburtstag des kubanischen Lyrikers Nicolás Guillén - Die Dritte Welt und die Massenmedien - Fernsehen in Madagaskar - Weiße Helden für einen farbigen Kontinent, US-Comics in Lateinamerika - Comics für den brasilianischen Widerstand, aus der Arbeit kirchlicher Basisgemeinden (von Siegfried Pater) - Materialien, neue Bücher, Zeitschriftenschau

Sonderkorrespondenz der Christen für den Sozialismus, Nr.35/36, Sept.'82  
CfS - Büro c/o Tamen Köhler, Wasserhorst 8, 2820 Bremen 77

Zentrales Thema: FRIEDEN AUF KATHOLISCH, Analysen Erfahrungen Gegenaktionen zum Frieden von oben in Kirche und Gesellschaft  
Analysen: Amtskirchlicher Frieden von oben - Der Ärger katholischer Oberläien mit dem Frieden; wie die katholische Oberschicht die Friedensbewegung verarbeitet und die progressiven Katholiken die 'Friedenspolitik' ihrer Oberen verarbeiten - Mutmaßungen über die ideologische Bedeutung der kath. Militärseelsorge - Jesaja: Schwerter zu Pflugscharen - Die SS-20 im Auge des Bruders - Die Vorleistung Gottes, ein Gedicht von Dorothee Sölle - Sozialistische Politik und Friedenssicherung - Die neue Globalstrategie der USA - NATO und Dritte Welt - Friedensbewegung und Solidaritätsbewegung - Deutsche Waffen für die Dritte Welt - Die neuen Richtlinien der Bundesregierung für den Waffenexport - Rüstungsexport und Arbeitsplätze - Resolution der dt. Rüstungsarbeiter von 1919

Erfahrungen: Die dt. kath. Bischöfe und Hitlers Kriege - Advent 1942: Ein Bischof schreibt nach Stalingrad - "Ich bin Soldat, aber auch Christ" - Brief eines kath. Feldbischofs der Wehrmacht - Aus der Kriegsgeschichte der Mutter Kirche: Skizze von NS-Feldbischof Rarkowski - Die Kontroverse über Gewaltlosigkeit: D.Barrigan-Ernesto Cardenal

Gegenaktionen: Die Freiburger Zivilschutzaktion - Unterrichtsprojekt: Dieser Panzer ist besetzt - Solidarität mit Kuno Füssel - Atomfreie Zonen-fangen wir bei uns an - Aktionsvorschlag: Regionale atomwaffenfreie Zonen - Das Umrüstungsspiel - Hattenbach-oder: die Angst vor der Angst - Zivilschutz durch Kulturschutz

AIB-Aktuell: Israels Libanonkrieg und wir/ Mittelamerika: Reagan regionalisiert den Kriegszustand - Daniel Ortega: Reagan ist für die Eskalation verantwortlich - Carlos Rafael Rodriguez: Kuba ist unverkäuflich - Salvador Cayetano Carpio: Der Krieg in El Salvador - Honduras Linke macht mobil - Wirtschaftssanierung à la Reagan/ Chile: Das neue Gesicht der Opposition/ Libanon: Wie weiter nach dem Abzug der PLO aus Beirut? - Israels Libanonpraktiken erfüllen den Tatbestand des Völkermords - Beginn "humane Kriegführung" - Der Standort der BRD/EG zu Israel/ Südliches Afrika: Südafrikas "totaler Krieg" gegen die Frontstaaten / Bundesrepublik - Afrika: Das Horn von Afrika im Visier der Friedrich-Ebert-Stiftung/Ost-Timor. Der lebende Zaun/ Befreiungskampf: Che Guevara - der neue Mensch / Rückblick: Aufstand der "Mau Mau"

Blätter des iz3w Nr.104 September 1982, Postfach 5328, 78 Freiburg

Nachrichten und Berichte: Libanon; Argentinien/ Rüstung: Waffengeschäfte Brasiliens/ Internationalismus: Solidaritätsbewegung in den USA - Ein Brief aus Nicaragua - Kampuchea-Konferenz in Paris/ Chile: Die Kirche und die Linke - Die Linke arbeitet jetzt zusammen - Kriegsgerichte in Chile/ Pflanzengifte: Zur Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes/ Kultur: Der Fall Ngugi wa Thiong'o / Aktionen: Rüstungsexporte - Treffen entwicklungspolitischer Aktionsgruppen/ Repression: Prozess gegen Flugblattverteiler

BRASILIEN NACHRICHTEN Nr 7/8 1982 c/o CON, Westerdeich 38, 28 Bremen 1

NEUES ZUM ATOMPROGRAMM Brasiliens Stromversorgung -DOKUMENT: Spiegel-Artikel- Brasilia dementiert: kein militärisches Atomprogramm - Kurzfassung zu Wolf Graben-dorffs "Aufzeichnungen betr.: Bedingungsfaktoren und Strukturen der Nuklear-politik Brasiliens" - Gedicht von Vinicius de Moraes: Die Atombombe/ INDIANISCHE NACHRICHTEN: Das große Geschäft mit dem Erdöl-Rezension: Indianer Reader/ DAS KIRCHLICHE ENGAGEMENT FÜR DIE BRASILIA NISCHEN ARBEITER/ Französische Priester und 13 Posseiros weiter in Haft

ILA - INFO Nr.59, September 1982, Römerstr.88,53 Bonn 1

Indianer im Miskitoland: Zwischen Großmachtinteressen und der Konsolidierung einer neuen Gesellschaft/ El Salvador: Der politische Tod der Christdemokraten und die Organisierung der Rechten/ El Salvador: Projekt zur Förderung der Grundnahrungsmittelproduktion/ Kuba: Die Intervention hat viele Gesichter/ LÄNDERNACHRICHTEN Bolivien: unregierbar - Mexiko: Der Öltraum wird zum Alp-traum - Peru: "Sendero Luminoso"?/ SOLIDARITÄTBEWEGUNG: Zentralamerika: BRD im Windschatten Reagans - "Ausrüstungshilfe" für Honduras gestoppt?- Offener Brief an MDP/SPD Herterich - "Was können Christen in der BRD von Christen in Lateinamerika Lernen?" - Offener Brief an den Vertreter der Militärdiktatur Boliviens - Argentinien: Nach jahrelanger Haft in "überwachter Freiheit"

PERIPHERIE nr.9 (3.Jahrgang/Uommer 1982) c/o FDCL, Mehringhof, Gneisenaustr.2, 1 000 Berlin 61

Traditionale Gesellschaft und politische Kultur in Afghanistan/ Kultur und Natur in den Anden/ Proálcool - ein Energieprogramm für Brasilien?/ Selbsthilfe bei der Wohnungsversorgung in unterentwickelten Ländern

## Termine

### SOZIALDEMOKRATIE und MITTELAMERIKA

Vom 22.- 24.Oktober veranstaltet die lateinamerika-Koordination der Bundes-ESG ein Seminar zum o.g. Thema. Die Diskssuion über die Bedeutung der Sozialdemokratie in Lateinamerika hat, nicht zuletzt durch die Prozesse in Nicaragua und El Salvador eine Hochkonjunktur. Die Solidaritätsbewegung sieht die Bedeutung d. Sozialdemokratie in den revolutionären Entwicklungen Mittelamerikas mit einem "gewissen Unbehagen". Wir wollen an diesem Wochenende darüber diskutieren, welche Rolle die Sozialdemokratie in den Ländern Mittelamerikas einnehmen, die momentan außerhalb der Solidaritätskonjunktur stehen - nämlich die in Honduras und Costa Rica. Ihr Bedeutung für die Entwicklungen Nicaraguas, El Salvador und Guatemalas sollen ebenfalls diskutiert werden. Referent: E. Richter, z.Zt. Hannover  
Anmeldungen an: lateinamerika-Koordination in der ESG, Karl-Heinz Klein, Universitätsstr. 2; 4300 Essen 1. Anmeldung bis zum 15.10., Teilnehmergebühr 25,-DM.  
Das Seminar findet in Essen statt, genaueres erfahrt Ihr nach der Anmeldung.

Die Alternative Liste Berlin veranstaltet am 29. und 30. Okt. 1982 im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, eine offene Diskussion zum Thema: "Neue Soziale Bewegung und Traditionelle politische Organisationen in Lateinamerika". Ausgangspunkt für diese Veranstaltung ist die tatsächliche oder bloß behauptete Krise bisher praktizierter linker Politiken in Lateinamerika. In den letzten Jahren tauchen zunehmend neue soziale Bewegungen auf, die in ihren politischen Ausdrucksformen und Theorien nicht mehr bruchlos den traditionellen linken Organisationen zuzuordnen sind. Die hieraus entstehenden Konflikte sollen Gegenstand der Diskussion werden. Eingeladen sind zwei Vertreter der jeweiligen Richtungen aus sieben lateinamerikanischen Ländern.

Die Veranstaltung findet statt:  
Fr. 29.10.82 1900 Uhr Diskussion im Mehringhof  
Sa. 30.10.82 1200 Uhr work-shop im Mehringhof

Weitere Informationen bei der Alternativen Liste Berlin oder AL Bereich Dritte Welt Tel.: 030/ 7852863  
Gneisenaustr. 2 1000 Berlin 61

Seminar "Apartheid in der BRD und Gastarbeiter in Südafrika" - Parallelen am Beispiel der Entwicklung der Gesetzgebung, ihrer Ursachen und Folgen.  
29. - 31. Oktober 1982 in Karlsheim/Kirchhähr  
Teilnehmerbeitrag: 35,-DM

Medienwerkstatt "Produktion und Arbeitshilfen zu ausgewählten Beispielen 'Sozialer Bewegungen' in der Dritten Welt"  
16. - 21. November 1982 im Bessunger Forst

Anmeldung/Information bis spätestens 14 Tage vor Beginn an:

AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228 / 234021  
z. Hd. Ute Wanning

## Frauentagung

Vom 29.10.-1.11.82 findet im Westfalen-Kolleg in Dortmund eine Tagung statt zu dem Thema:

Frauenbewegung in Lateinamerika und der BRD

An diesem Wochenende werden Arbeitsgruppen zu folgenden Themenschwerpunkten arbeiten:

- Frauenwiderstand in Lateinamerika, aufgezeigt am Beispiel El Salvadors und Chiles
- Frauen im revolutionären Prozeß: Cuba, Nicaragua, El Salvador
- Chancen und Probleme der solidarischen Zusammenarbeit lateinamerikanischer und deutscher Frauen
- Perspektivendiskussion zum internationalen Frauenkampf
- Mechanismen der Unterdrückung der Frau (Ideologie, Medien, Religion)
- Geschichte des Frauenkampfes gegen Unterdrückung in der BRD und in Lateinamerika

-----

Wichtig!!!

An dieser Tagung können nur Frauen teilnehmen:

Es ist unbedingt erforderlich daß Ihr Euch anmeldet:  
CAMUR - Dortmund, c/o Große Bücherstube, Große Heimstr. 62,  
4600 Dortmund 1

Weitere Informationen: 0234/705769, 0201/741717 oder 0231/617965

Die Veranstaltung findet statt im: WESTPHALEN KOLLEG DORTMUND  
Kleppingstr. 21-23  
46 Dortmund (Innenstadt-  
nähe Reinoldikirche)

# BOLIVIEN

## Ein Volk im Widerstand



Zum Inhalt des Buches:

Die Berliner Arbeitsgruppe legt ein Buch vor, in dem auf rund 200 Seiten versucht wird, dem deutschen Leser die bolivianische Realität verständlich zu machen und näher zu bringen. Es wird nicht der Anspruch erhoben, Bolivien und all seine Probleme und Widersprüche in Geschichte und Gegenwart ausführlich darzustellen und zu analysieren. In diesem Buch werden einige wichtige Bereiche herausgegriffen und anschaulich dargestellt. Dieser Überblick eignet sich vor allem als Einführungsliteratur, wird aber sicherlich auch dem Kenner noch eine Reihe wichtiger und interessanter Informationen und Aspekte bieten.

Der erste Teil geht auf die Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur ein. Im Mittelpunkt der Darstellungen stehen der mineralische Rohstoffbereich und die Landwirtschaft sowie die Bergarbeiter und die Campesinos. Der zweite Teil behandelt die politische Entwicklung. Hier wird die Breite der gesellschaftlichen Kräfte im abhängigen Bolivien deutlich. Indios und Militär, Gewerkschaften und Kirche, die Revolution der MNR von 1952 und die Guerilla werden in diesem Kapitel analysiert, und zugleich wird ein Bezug zur gegenwärtigen politischen Entwicklung hergestellt. Relativ breiten Raum nimmt die Aufarbeitung des Demokratisierungsprozesses von 1978-80 ein. Danach wird auf den Putsch vom Juli 1980 und die Entwicklungen, die sich danach ergaben, eingegangen.

Das Buch endet mit einer kurzen Darstellung der Beziehungen zwischen Bolivien und der Bundesrepublik. Ein ausführliches Glossar sowie ein Namensregister und ein Abkürzungsverzeichnis helfen dem Leser, die bolivianischen Bezeichnungen, die im Text vorkommen, zu verstehen.

Mit diesem Buch legen die LN in ihrer Reihe der Länder-Nummern einen deutschsprachigen Überblick in leicht verständlicher Form vor, wie er bisher fehlte.

Sondernummer

**LATEINAMERIKA NACHRICHTEN**

Berlin

September 1981

Solidaritätspreis DM 9,-